



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Einzelpreis 25 Pfennig.



Nummer 1
7. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreissliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zustellung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Hafend. 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse G, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

Berlin
5. Januar
1926

Das Saargebiet in der deutschen Politik.

Neujahrswünsche für das Saargebiet.

Mit dem neuen Jahr ziehen neue Wünsche und neue Hoffnungen in die Herzen des einzelnen und der Völker. Sehnen aller wirklich Friedensfertigen ist es, daß nun endlich die Saat wahren, ehrlichen Friedens aufgehen möge, die

wird, dieser Geist muß kommen und sich betätigen. Er darf nicht ein Geist, ein Schemen bleiben, er muß Leben, Gestalt, Kraft gewinnen! Nur dann können sich die Erwartungen erfüllen, die an diesen Geist geknüpft werden.

man in Locarno gesät. Noch herrscht vielfach das Mißtrauen auf beiden Seiten, noch werden uns von der Gegenseite zu wenig Beweise eines neuen Geistes und noch zu viel Taten des Versailler Geistes gegeben. Ein besonders steinig Gebiet scheint die Locarno-Saat im Saargebiet zu finden, wo die Verwaltungsmethoden der vom Völkerbund eingesetzten Regierungs-Kommission noch immer die gleichen geblieben sind und auch die dort vertragswidrig noch immer anwesende französische Besatzung weiterhin sich in der „Siegerrolle“ gefällt.

Welche Hoffnungen unsere führenden Staatsmänner und Politiker als Auswirkung des neuen Geistes von Locarno für das Saargebiet hegen, haben wir durch eine Umfrage festzustellen versucht. Zahlreich sind die Antworten, ziemlich einheitlich ihre Grundstimmung. Man

könnte sie auf die Grundgedanken der Hindenburgschen Neujahrsworte bringen, die er bei dem diplomatischen Neujahrsempfang sprach: Gerechtigkeit, Sittlichkeit und Freiheit müssen die Grundsteine sein, auf denen sich das Zusammenarbeiten der Völker aufbauen und entwickeln kann! Es ist nicht damit getan, daß mit dem Locarno-Pakt ein neuer Geist erwartet

Saarländischer Neujahrsgruß 1926.

Bergeht sie nicht der Jubelfeier Stunde,
Wie Wetterleuchten zog sie durch das Land;
Die deutschen Banner rauschten frohe Kunde,
Das ewig eint des Blutes heilig Band.
Wie hehrer Himmelstrost sank es hernieder,
Er sah uns alle einig Hand in Hand,
Und brausend klang's wie Schwur durch Heldenlieder:
Wir grüßen dich, du liebes Vaterland!

Und ringen wir um's Recht in Not und Sorgen,
Sind auch der Tränen viel in unsern Reih'n;
Wir ahnen doch den freien deutschen Morgen,
Das Frühlingsglück in hellem Sonnenschein.
In tiefem Glauben, nicht in leichtem Wahn
Sind alle, alle wir dir zugewandt,
Wir denken dein in stillem heißen Sehnen
Und grüßen dich, du liebes Vaterland!

Des Saartals Treue hebt mit Adlerschwingen
Die Seelen über Leid und Sturmgebräus,
Nicht welschem Lug, noch Trug wird es gelingen,
Wir kennen nur ein deutsches Vaterhaus.
Geduld, bis alter Mut trotz Schicksalschlägen
Den steilen Weg zum neuen Ruhme fand,
Dann blühet neu ein Lenz auf unsern Wagen:
Glück auf, Glück auf, du liebes Vaterland!

Albert Zühlke.

Dieser Geist darf stofflich nicht eingeeengt, abgegrenzt sein; er muß, wie der Sauerteig allmählich den ganzen Teig durchseht, die ganzen Beziehungen zwischen Deutschland und seinen einstigen Gegnern in ihrer Gesamtheit beeinflussen. Es darf in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß man im diplomatischen Umgang die verbindlichsten Formen zeigt, gleichzeitig aber die alten Annexionsmethoden beibehält. Was ist es z. B. anders als ein Verstoß gegen den Geist von Locarno, wenn die Saarregierung der Gemeinde Mittelbergbach einen Bürgermeister nicht bestätigt, weil sie verlangt, er müsse ein geborener Saarländer sein. Keine Bestimmung von Versailles schreibt etwas derartiges vor, allein der Poincarégeist läßt derartige Willkürakte verständlich erscheinen. Poincarégeist und Locarnogeist stehen sich aber wie zwei feindliche Elemente gegenüber.

Also noch vieles muß sich an der Saar ändern, ehe man davon sprechen kann, daß Gerechtigkeit, Sittlichkeit und Freiheit dort herrschen. Auch das ist nicht der Geist, der von Locarno ausgehen soll, der nach jüngsten Meldungen daran denkt, wie die Besatzungsfristen so auch das Saargebiet zu Schachzwecken zu benutzen sind, indem Deutschland Frank-

reich in der bevorstehenden Fortsetzung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen für Zugeständnisse in diesen Fragen das Meistbegünstigungsrecht für gewisse französische Exportwaren unter Ausschluß der Gegenseitigkeit gewährt. Man sollte sich auf der anderen Seite hüten, auch nur den Anschein zu erwecken, als sei der Geist von Locarno eine Handelsware, wo er doch in Wirklichkeit sein soll und will das freiwillige und ehrliche Zugeständnis, das Unrecht durch das Recht, den Haß durch die Versöhnung, die Unterdrückung durch die Freiheit abzulösen.

So beurteilt man in Deutschland den Geist von Locarno, so erwartet man auch für das Saargebiet eine Lösung in dieser Richtung. Dieser Gedanke spricht auch aus dem größten Teil der Neujahrsgrüße und -worte an das Saargebiet, die wir hier folgen lassen und aus welchen wir mit Genugtuung feststellen, daß man allüberall im deutschen Vaterland der deutschen Saartreue mit Freude und Achtung gedenkt.

Die Reichsregierung:

Das Saargebiet ist und bleibt deutsch. Mit vorbildlicher Treue hat seine Bevölkerung bei jeder sich bietenden Gelegenheit mannhaft und unerschütterlich ihr Deutschtum bekundet. Das deutsche Volk in allen seinen Teilen fühlt sich unlösbar mit ihr verbunden und sehnt wie sie den Zeitpunkt herbei, wo das Saargebiet mit dem Mutterlande wieder vereinigt ist. Soll der Geist von Locarno dauernde Früchte tragen, so darf auch das Saargebiet von ihm nicht unberührt bleiben. Möge das neue Jahr den Saarbewohnern sichtbare Zeichen dieses Geistes in reicher Fülle bescheren. In diesem Sinne zum Jahreswechsel: ein herzliches Glückauf!

Berlin, den 28. Dezember 1925.

Mit der Führung der Geschäfte des Herrn Reichsministers des Innern beauftragt

Dr. Geßler, Reichswehrminister.

Zum Jahreswechsel entbiete ich dem deutschen Saargebiet einen deutschen Gruß. Dem schwindenden Jahre hat das Vertragswerk von Locarno das politische Gepräge gegeben. Die Hoffnungen und Bemühungen der Völker und Regierungen geleiten dieses Werk in das neue Jahr. In uns lebt das Vertrauen, daß es durch gemeinsame Anstrengung nun besser werden muß und wird. Das Saargebiet kann überzeugt sein, daß wir es nicht vergessen, daß es in unseren Sorgen und Gedanken einen Vorzugsplatz hat. Möge es ihm wie dem ganzen deutschen Volke beschieden sein, bald bessere Zeiten zu sehen.

Berlin, den 24. Dezember 1925.

Dr. Brauns,

Reichsminister für die besetzten Gebiete.

Mag kürzere oder längere Zeit noch das Saarland vom Deutschen Reich und der Deutschen Verkehrseinheit getrennt bleiben, der Glaube und die Hoffnung, daß die Wiedervereinigung kommen wird, bleiben lebendig und geben uns die Kraft, die Jahre der Trennung zu überwinden.

Berlin, den 29. Dezember 1925.

Der Reichsverkehrsminister

Krohne.

Die Staatsregierungen:

Das vergangene Jahr hat den Völkern Europas besonders eindringlich zur Kenntnis gebracht, was ein moderner Krieg bedeutet. Noch immer, oder vielmehr jetzt erst recht fühlen wir, daß Europa aus tausend Wunden blutet. Nicht nur die Unterlegenen des Weltkrieges, sondern auch die Siegerstaaten tragen hart unter den Zerstörungen, die der Weltkrieg angerichtet hat.

In dieser allgemeinen Not gesellt sich im Saargebiet noch eine besondere. Die Einbeziehung des Saargebiets in das französische Zollgebiet, vor allem aber der Verfall des im Saargebiet zum alleinigen Zahlungsmittel erklärten Frankens hat weite Kreise der Bevölkerung in eine besonders schwierige Lage gebracht.

Aber alle Opfer und Lasten haben die Bevölkerung des Saargebiets nicht wankend gemacht in ihrer Treue zum Reich und zu Preußen. Die Bevölke-

rung an der Saar hat das bei der Feier ihres 1000-jährigen Verbundenseins mit dem Reich machtvoller, als es bei jeder ähnlichen großen Veranstaltung der Rheinprovinz hervortrat, kundgegeben. Gelegentlich eines Besuchs in Saarbrücken habe ich mich persönlich davon überzeugen können, wie trotz aller künstlichen Schranken sich das Band zwischen dem Saargebiet und der deutschen Heimat immer enger schließt.

Ein Lichtblick im Dunkel unserer wirtschaftlichen Zukunft ist der Vertrag von Locarno, der die Feinde von gestern zu friedlichen Nachbarn wandeln soll. Möge dieser Vertrag recht bald dazu führen, auch die Leiden und Opfer der Saarbevölkerung zu mildern und die Schranken niederzureißen, die sie heute noch äußerlich vom Heimatlande trennen. Ich weiß mich eins mit der preussischen Staatsregierung, wenn ich in diesem Sinne der Saarbevölkerung die herzlichsten Grüße und Glückwünsche für das neue Jahr übermittle.

Berlin, im Dezember 1925.

Der Preussische Minister des Innern:
Severing.

Der Saar und der Pfalz, die nach der Wiedervereinigung mit dem alten Vaterlande in andauernder Treue sich sehnen, einen aufrichtigen und herzlichen Gruß aus dem benachbarten Badenerlande, das mit Herz und Willen treudeutsch sein und bleiben will wie Saar und Pfalz. Und zu dem Gruß den Ausdruck innigster Segenswünsche und froher Hoffnung, daß die 1924 zu London begonnene, im scheidenden Jahre 1925 zu Locarno fortgesetzte Politik einer Verständigung und Versöhnung zu einem wirklichen Frieden führen möge, im Sinne des Wertes von Locarno und in seinem Geiste insbesondere auch zu Auswirkungen für die Saar und Pfalz, so daß in rascher Folge ihnen Recht werde. Auf diesem Wege sei das Jahr 1926 ein Jahr glücklicher Entwicklungen, ein Jahr zum Segen von Saar und Pfalz!

Mit Badener treudeutschem Brudergruß!

Karlsruhe i. Baden, den 23. Dezember 1925.

(gez.) Trunk,

Staatspräsident von Baden.

Mit Stolz und Bewunderung verfolgen wir Württemberger den zähen Kampf der ferndeutschen Saarländer für ihr deutsches Volkstum. Der alte Wahlspruch der Württemberger „Furchtlos und treu“ gilt auch für unsere Brüder an der Saar: Furchtlos gegen fremden Druck, treu dem deutschen Vaterland! So wird auch für die Saar die Stunde der Befreiung kommen.

Stuttgart, den 23. Dezember 1925.

(gez.) Bazzille,

Staatspräsident von Württemberg.

Nach wie vor nehme ich lebhaftesten Anteil an dem Geschehe dieses echt deutschen Gebietes und arbeite für dessen baldige Rückkehr zum deutschen Vaterlande.

Mein Neujahrswunsch soll sein:

„Glückauf für 1926 der treuen deutschen Saar! Möge bald aus Locarno das Licht der Wahrheit aufleuchten und die Versailler Saar-Lüge für ewig auslöschen!“

Mit freundlichen Wünschen für die Weiterarbeit des Bundes.

Würzburg, den 24. Dezember 1925.

(gez.) Dr. von Henle,

Regierungspräsident von Unterfranken und Aschaffenburg.

Politiker und Parlamentarier:

Der treudeutschen Bevölkerung des Saargebietes übermittle ich zum Jahreswechsel die besten Wünsche und die herzlichsten Grüße. Mögen unseren Stammesgenossen an der Saar, die durch Geschichte, Sprache und Kultur unlöslich mit dem deutschen Volke verbunden sind, in ihrem Kampfe um die Erhaltung ihres Deutschtums und die Wieder-

erlangung ihrer Freiheit im neuen Jahre dem Geiste des Vertrages von Locarno entsprechend greifbare Erfolge beschieden sein! Das gesamte deutsche Volk zollt seinen Brüdern und Schwestern an der Saar, die trotz allem Druck fremder Machthaber unter den schwierigsten Verhältnissen dem deutschen Vaterlande die Treue bewahrt haben, aufrichtigsten Dank. Die Saarländer dürfen versichert sein, daß das deutsche Volk und seine verantwortlichen Führer geschlossen hinter ihnen stehen und sich auch in Zukunft nach besten Kräften für ihre Interessen und ihre Freiheit einsetzen werden.

Köln a. Rhein, den 22. Dezember 1925.

(gez.) Adenauer, Oberbürgermeister.

Den an der Saar für den deutschen Gedanken und für die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche kämpfenden und leidenden Brüdern und Schwestern senden wir von der Mosel nachbarliche und treue Grüße. Die Jahreswende 1925/26 vollzieht sich unter Verhältnissen, die uns hoffen lassen, daß für die Saar die Stunde der Befreiung näher gerückt ist. Aus diesen Hoffnungen Wirklichkeit werden zu lassen, ist eine der gebietendsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik der nächsten Zeit. Kein ehrbewußter Deutscher und kein vernünftiger Europäer kann sich damit abfinden, daß noch länger Grenzpfähle stehen bleiben, die wirtschaftlich ein Non-sens, moralisch eine Vergewaltigung unverzichtbarer Rechte, politisch eine Torheit sind.

An der Saar sind weder für den Völkerbund noch für Frankreich noch Vorbeeren zu holen. Es gibt nur eine Tat, die sich vor dem Forum der Gerechtigkeit und der Moral vertreten läßt: die beschleunigte Freigabe dessen, was man nie besessen hat.

Möge das Jahr 1926 diesem Gedanken den Weg bahnen!

Trier, den 1. Januar 1926.

Prof. Dr. Ludwig Kaas,

Mitglied des Reichstags und des Preussischen Staatsrats,
Domkapitular und Päpstlicher Hausprälat.

Um die Eingangspforte des Jahres 1926 rankt sich ein Kranz von Hoffnungen aller unter dem lastenden Schicksal des sog. Versailler Vertrages stehenden besetzten deutschen Gebiete, insbesondere auch des Saarlandes, dessen Bereich durch die Bestimmungen jenes Diktats der deutschen Landeshoheit vorläufig entzogen ist, dessen deutsches Herz aber kein noch so gewaltiges Machtgebot von dem warmen Blutstrom deutschen Fühlens und Denkens und deutschvölkischen Kulturlebens loszureißen vermag. Diese Hoffnungen dürfen nicht enttäuscht werden, denn der Enttäuschung müßte bittere Verzweiflung folgen. Diese Hoffnungen sind emporgeblüht aus dem Frühlingsschmerz eines neuen Geistes, den die Welt vom Lago maggiore emporsteigen zu fühlen glaubte. Dieser Geist von Locarno der in den Vertragsunterschriften von London seinen Niederschlag fand, muß sich auch in der Neugestaltung der Verhältnisse des Saargebietes offenbaren. Der Völkerbund, in dessen Kreis einzutreten nun auch Deutschland beschluß- und vertragsgemäß seine vorbereiteten Maßnahmen trifft, muß aus dem bisher engen Gremium nur einzelner und dazu politisch einseitig eingestellten Staaten hineinwachsen in die größeren Funktionen einer wahrhaft alle Völker umspannenden und verbindenden Organisation. Er muß sich mit dem Geiste wahren Friedenswillens und unerschütterlicher Gerechtigkeit erfüllen, wenn er ein vertrauensverweckender Treuhänder auch des Saarbeckens sein soll, und diesen Geist auch dem von ihm bestellten Saarregierungsausschuß einpflanzen. Als ein innerlich so gestalteter Treuhänder wird er auch der Bevölkerung des Saarstaates jenes Maß von Rechten der Selbstverwaltung und Mitbestimmung einräumen, auf das sie vor Gott und der Welt Anspruch zu erheben berechtigt ist. Gott schütze die Saar, Gott schütze Deutschland.

München, im Januar 1926.

Abgeordneter Professor Spang.

2. Vorsitzender der Landtagsfraktion d. Bayer. Volkspartei.

Die ferndeutsche Saarbevölkerung kann mehr wie je sicher sein, daß das gesamte deutsche Volk mit brennender Ungeduld den Tag erwartet, an dem die Saardeutschen von jeglicher fremdherrschaftlichen Bindung frei in das durch die republikanische Verfassung geeinte und gefestigte deutsche Reich zurückkehren werden. Im neuen Jahre muß das Ziel wahrer deutscher Politik stets sein, die Herbeiführung dieses Tages zu beschleunigen. Im Zeichen des Geistes von Locarno wird sich deshalb zeigen müssen, daß militäristische Redens- und Hatzpolitiker für das deutsche Volk weder wort- noch federführend sind. Je mehr das gesamte Europa das Gefühl der Sicherheit vor neuen kriegerischen Entwicklungen erhält und damit die Voraussetzung für eine dauernde Befriedung geschaffen wird, desto eher wird das Saargebiet seine Freiheit wiedererlangen. In diesem Sinne

den Brüdern an der Saar

ein „Glückauf“ fürs neue Jahr“.

Berlin, den 21. Dezember 1925.

(gez.) Hermann Müller, M. d. L.,

Reichsminister a. D.

Seitdem die Räumung des Kölner Bräutertopfes vollzogen und die Besatzung in der zweiten und dritten Zone vermindert wird, dürfen wir hoffen, daß bei unseren westlichen Nachbarn der Glaube dahin ist, sich für immer am Rheine festsetzen zu können. Internationale Verträge beginnen die internationale Besetzung abzulösen. Noch ist das Saargebiet von diesen Erleichterungen ausgeschlossen. Erst das Jahr 1926 soll über sein Schicksal entscheiden. Uns ist dieses Jahrzehnt zu lang. Ueber den ungeteilten Willen der Saarbevölkerung kann nach sieben Jahren Widerstand kein Zweifel sein. Deutschland und Frankreich sollten sich unter der Führung des Völkerbundes so bald als möglich auch über die Saar unter der selbstverständlichen Voraussetzung des Deutschtums dieses Gebietes verständigen. Die ungeklärten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar sind eines der schweren Hemmnisse, die der Befriedung Europas entgegenstehen.

Köln a. Rhein, im Januar 1926.

Wilhelm Sollmann, M. d. R.

Die Stadt Köln rüstet sich, ihre nahe Befreiung von fremdem Joch in würdiger Weise zu begehen. Da treten alle die Geschehnisse vaterländischen Unglücks und heimatlicher Not, die wir in den Jahren der Besatzung erlebt haben, mahnend und warnend uns wieder vor Augen. Von neuem erhebt uns aber auch wieder die Erinnerung an die Standhaftigkeit und Treue der Rheinländer, an ihre Geschlossenheit im Abwehrkampf und ihren selbstlosen Opfermut. Vor allem aber gedenken wir unserer Brüder im besetzten Gebiet, denen die Stunde der Freiheit noch nicht schlagen soll, und senden den heldenmütigen Saardeutschen Dank und Gruß.

Der „Geist von Locarno“ wäre nichts anderes, als eine inhaltsleere Redensart, wenn nicht das ganze Gebiet in kürzester Frist von der Besatzung geräumt und wenn nicht zur selben Zeit dem Saargebiet das Recht gegeben würde, in freier Abstimmung seine Zukunft zu bestimmen. Wann aber auch diese Abstimmung stattfinden wird, jetzt oder später, sie wird den Beweis erbringen, daß es nirgendwo treuere Deutsche gibt, als an der Saar. Saarnot ist deutsche Not, Saartreue deutsche Treue und Saarland ist und bleibt ferndeutsches Land. Auch im kommenden Jahr wird ganz Deutschland sich seiner unlöslichen Verbundenheit mit dem Saargebiet und seinen deutschen Menschen bewußt sein.

Köln, den 26. Dezember 1925.

(gez.) Justizrat Falk, M. d. L.

Der „Saar-Berein“ hat sich im Jahre 1925 meiner Meinung nach dadurch ein besonderes Verdienst erworben, daß er die wichtige Frage der sogenannten „Saarlüge“ wesentlich geklärt hat. In der von dem „Saar-Berein“ verlegten Broschüre des Rechtsanwalts Giersberg über „Die Saarlüge“ wird der deutschen Öffentlichkeit zum ersten Male mitgeteilt, daß die Behauptung, mit der Clemenceau die Zustimmung Wilsons zur Errichtung des Saarstaates durchgesetzt hat und wonach 150 000 Einwohner von insgesamt 600 000 Seelen in einer Petition die Einverleibung in Frankreich begehrt hätten, auf einer Lüge beruhen würde. Diese Broschüre Giersbergs verweist auf die Veröffentlichung der elßässischen Wochenschrift „Die Zukunft“ vom 4. Juli 1925, in der berichtet wird, daß abgesehen von einigen Unterschriften aus Saarlouis die meisten dieser Unterschriften unter dieser Petition aus den lothringischen Kreisen Saargemünd, Saarburg und dem Kanton Saarunion stammen, also nicht aus dem Gebiet des neuen Saarlandes.

Diese Behauptung scheint mir von ganz außerordentlich weittragender Bedeutung zu sein, denn wenn sie richtig ist, so ist der amerikanische Präsident Wilson seinerzeit von Clemenceau wissentlich belogen worden. Seine Zustimmung kann also nicht als endgültig erteilt angesehen werden. Es müßte vielmehr möglich sein, von den Amerikanern zu erreichen, daß sie unter Hinweis auf den stattgehabten Betrug ihre Zustimmung zu diesem Punkt des Versailler Friedensdiktates zurückziehen.

Diese Angelegenheit scheint mir also für das Saargebiet von so großer Bedeutung zu sein, daß der „Saar-Berein“ im Jahre 1926 alle seine Kräfte daran setzen müßte, diesen Punkt noch näher aufzuklären und alsdann daraus die nötigen diplomatischen Schritte abzuleiten. Aus dieser Angelegenheit allein ergibt sich die Bedeutung der Tätigkeit des „Saar-Bereins“ für unser Deutsches Reich.

Berlin, den 31. Dezember 1925.

Dominicus, Staatsminister a. D.

Was immer uns das Jahr 1926 an Rückwirkungen des Wertes von Locarno bringen wird — wir wissen, daß sie die Treue des Saar- und Rheinvolkes zur Voraussetzung haben. Und die Voraussetzung ist gegeben und bleibt bestehen.

Nieder-Ingelheim am Rhein, den 31. Dezember 1925.

Korell, Pfarrer und M. d. R.

Den Deutschen an der Saar herzliche Grüße! Sie haben die wirtschaftlichen Leiden zweier Nationen zu erdulden, die der deutschen und die der französischen. Sie sind vom Schicksal bestimmt, noch mehr zu leiden für ihre deutsche Gefinnung und für ihr nationales Empfinden wie die Bevölkerung des Rheinlandes. Aber die Deutschen von Saar und Rhein haben tapfer die Probe bestanden, und wir werden sie weiter bestehen. Denn noch ist das Schicksal nicht abgeschlossen. Die Frage, die uns das Jahr 1926 beantworten muß, heißt: Soll das Saargebiet bis zum Jahre 1935 in der Lage bleiben, in der es sich jetzt befindet? Als ein Niemandsland, das formell weder zu Deutschland noch zu Frankreich gehört? Wir antworten: nein! Wir haben die Locarno-Politik der Regierung Luther-Stresemann unterstützt, weil sie uns einen Lichtblick zu bieten scheint für die Zukunft des Rheinlandes und der Saar. In dieser Hoffnung muß uns das Jahr 1926 einen großen Schritt weiter führen. Was die Saarbevölkerung dazu tun kann, wird gewiß geschehen. Wir im Reich wollen versprechen, auch an unserem Teil unsere Pflicht zu tun.

Berlin, den 23. Dezember 1925.

(gez.) Ant. Erkelenz,

Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei.

Die ersten Monate des Jahres 1926 bringen der nördlichen Zone des besetzten Gebietes die Freiheit. Besetzt bleiben die zweite und dritte Zone. Unter der Herrschaft Frankreichs, vor die nur die Kulisse des

Völkerbundes gezogen ist, bleibt das Saargebiet. Aufgabe der deutschen Politik muß es sein, auf Grund des Vertrages von Locarno zu kämpfen für eine baldige Räumung der zweiten und dritten Zone und damit zusammenfallend für die Abstimmung im Saargebiet, die diesem, wie niemand zweifelt, die Freiheit und die Zugehörigkeit zu Deutschland wiedergibt. Bis dies Ziel erreicht ist, wird es Aufgabe der deutschen Außenpolitik sein, im Völkerbund für die Interessen des Saargebietes einzutreten und die französische Vormachtstellung im Saargebiet zu brechen. Französische Garnisonen und Gendarmerie haben im Saargebiet nichts zu suchen und müssen verschwinden. Die besetzten Rheinlande wie das Saargebiet haben sehr schwere Zeiten hinter sich. Aber wir sehen die Morgenröte einer besseren Zukunft und haben den Glauben an die Freiheit, weil wir ihn schöpfen aus der unerschütterlichen Treue, mit der beide Lande an ihrem Deutschtum und ihrem Vaterlande festgehalten haben.

Köln-Braunsfeld, den 24. Dezember 1925.

(gez.) Prof. Dr. Moldenhauer,
Mitglied des Reichstags.

Es ist mir eine große Freude, den Brüdern und Schwestern von der Saar namens der Deutschen Volkspartei zum Jahresanfang aus deutschem Herzen kommende Grüße übermitteln zu dürfen. Es ist gewiß, daß die Saarbevölkerung in diesen Jahren der Fremdherrschaft auf eine harte Probe gestellt wird, aber wir wissen auch, daß sie trotz allem Schweren und aller Bedrückung den Kampf um ihr Deutschtum siegreich bestehen wird. Diese Zuversicht darf aber die verantwortlichen Stellen im Reich nicht davon abbringen, ihrerseits kein Mittel unversucht lassen, die Not und Bedrängnis zu erleichtern und wenn irgend möglich abzufürzen. Auf dieses Ziel hat insonderheit die Deutsche Volkspartei ihre Politik in den letzten Jahren eingestellt. Noch wissen wir nicht, wann und wie wir das Ziel erreichen — ein Beweis dafür, daß wir auf falschem Wege sind, sondern dafür, wie schwer und dornenvoll der Weg ist und wie groß der Erfolg, wenn wie schließlich doch Schritt für Schritt vorwärts kommen. Daß dem so sei, daß wir in diesem Jahr, in das wir eben eingetreten sind, dem Ziel der Befreiung auch unseres Saarlandes sichtbar näher kommen und in absehbarer Zeit die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande feiern dürfen, das ist unsere Ueberzeugung und unser herzlichster Wunsch für die Freunde an der Saar zum Beginn des neuen Jahres. Es war uns immer eine besondere Genugtuung, daß die Saarbevölkerung unseren Bestrebungen vollstes Verständnis entgegengebracht hat. Ich darf daher auch für die Zukunft die Hoffnung auf ein vertrauensvolles Zusammenwirken aussprechen und verbinde damit den herzlichsten Dank unserer Freunde aus allen Teilen des Reichs für die Treue, Tätigkeit und Geschlossenheit, mit denen das Saarvolk in allen Schichten und Ständen sein Deutschtum behauptet. Deutschlands Einheit und Freiheit — das sei unsere gemeinsame Parole in aller Zukunft!

Berlin, im Januar 1926.

A. Kempkes, M. d. R.

Staatssekretär z. D.,

Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei.

Den Volksgenossen auf der Wacht an deutscher Saar Dank und Treuegruß zum neuen Jahr.

Saardeutsche haltet aus im Kampfe für Freiheit und Recht. Traut auf die eigene Kraft und die Unterstützung der deutschen Brüder, dann wird auch für euch die Stunde der Befreiung schlagen.

Berlin, den 2. Januar 1926.

Die Deutschnationale Volkspartei.

D. Windler.

Des Saargebietes Neujahrshoffen.

Nühet die Zeit!

Das Rad der Zeit dreht sich in geräuschvollem Schwung. Im Lotteriespiel des Weltkrieges als eine Art Gewinn an die Kriegsgegner Deutschlands gefallen, erträgt die Saarbevölkerung seit bereits mehr als sieben Jahren einen staatsrechtlichen Zustand, der nicht nur jeder inneren Berechtigung entbehrt, sondern ihr im Vergleich zu den Volksgenossen im Reich auch ein Mehr von seelischer und materieller Not gebracht hat.

Es ist ein Glück der Nationen, wenn in ihren Grenzlanden widerstandsfähige und nationalbewusste Bürger wohnen. Als solche sind die Saarländer, allen Versuchen aufrecht trotzend und sich ihrer nationalen Bestimmung bewußt, mit unerschütterlicher Festigkeit von einem Jahre ihrer staatlichen Zwischenstellung in das andere eingetreten. 1926! Ein Schicksalsjahr für uns?

Wenn jemals unsere Hoffnung auf eine, vor 1935 erfolgende Lösung der Saargebietsfrage gerechtfertigt war, so jetzt im Zeitalter von Locarno. Locarno bringt nach meiner Meinung mehr eine seelische und moralische, als physische Abrüstung. Zur Abrüstung gehört unstreitig auch die Beseitigung von Zuständen, die ihre Entstehung einem einseitigen Machtpruch verdanken und obwohl für den Nutznießer wertlos, für die betroffene Bevölkerung eine besondere Last darstellen.

Alle Welt ist sich heute darüber klar, daß das Saargebiet keine Abstimmung nötig hat. Es wird auch bis 1935 nicht anders. Warum denn auf dieser Frist bestehen, wie Schloß auf seinen Schein? Der französische Sozialdemokrat Uhry gab seinem Lande vor kurzem den Rat, sich mit einer vornehmen Geste aus dem Saargebiet zurückzuziehen. Eine bessere Zeit für diese Geste als die heutige läßt sich kaum noch erwarten.

Nachdem nunmehr die Bevölkerung an der Saar ihr Schicksal lange Jahre selbst gemeißelt hat, wäre es angebracht, daß die Reichsregierung jetzt die Initiative ergreift, um sich mit Frankreich wirtschaftlich in diesem Punkte zu verständigen. Andere als wirtschaftliche Interessen kann Frankreich an der Saar nicht mehr haben. Eine solche Lösung dürfte auch dem reparationsbelasteten Reiche heute schon möglich sein, zumal unsere deutschen Auslandszahlungen 1935 höher sind als heute und der Rückkauf der Saargruben dann mindestens ebenso schwer ist. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß von dem Zeitpunkt der Wiedervereinigung mit dem Reiche auch die gesamte Steuerkraft des Saargebietes dem Reiche nutzbar wird, was im Laufe der noch in Betracht kommenden neuen Jahre einen erheblichen Teil der benötigten Rückkaufsumme ergibt.

Vom deutschen Standpunkt aus braucht hier nicht nach Gründen für die baldige Lösung gesucht werden. Die weltpolitische Situation läßt das Verlangen gerechtfertigt erscheinen. Die Interessen Frankreichs können dabei befriedigt werden. Deutschland selbst darf keinen Tag ungenützt versäumen, um seine Gebiete und Bevölkerung wieder zu vereinigen. Das Prestige des Völkerbundes würde bei Aufgabe seiner Saargebietsverwaltung keinen Verlust erleiden. Und, um die Hauptsache zum Schluß zu betonen, die Saarbevölkerung will es so!

Wenn 1926 uns diese Lösung bringt, dann soll es uns mehr als seine Vorgänger begrüßt sein.

Saarbrücken, im Dezember 1925.

Bal. Schäfer.

Das abgelaufene Jahr war für die Bevölkerung des Saargebietes ein neuer Beweis, wie not ihr die Einigkeit tut und es ist ihr zum neuen Jahre nicht besseres zu wünschen, als daß der Geist der Einigkeit und Geschlossenheit sie auch fernerhin beseele und befähige, die gemeinsame deutsche Saarsache zu einem baldigen glücklichen Ende führen zu helfen.

St. Ingbert, den 3. Januar 1926.

Scheuer.

Am Feste der göttlichen Erbarmung und zum Feste des Einzuges eines neuen Jahres können wir nur immer wieder erneuern unsern unerschütterlichen Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache, unsere unbeirrbar Hoffnung auf eine baldige Lösung der Saarfrage im Geiste von Locarno und eine heiße Liebe zu unserm Vaterlande und allen denen, die eines guten Willens sind . . .

Wo ein Gedanke immer wach und der Wille aller tatbereit bleibt, kann es an Erfolg nicht fehlen. Diese Vor-

bedingungen sind hier restlos erfüllt. Sie werden dem „Geist von Locarno zu einer raschen Lösung drängen.“

Saarbrücken, den 25. Dezember 1925.

(gez.) W. Martin,

Mitglied des Landesrats des Saargebietes.

Werde jeder Deutsche ein echter Tatkrist; dann wird jeder auch wahrhaft deutsch, demokratisch und sozial handeln. Die innere Befriedung Deutschlands und die Wiedererreichung seiner Weltgeltung werden die köstlichen Früchte sein!

Dies mein Neujahrswunsch meinem deutschen Volk und Vaterland, an die ich glaube und denen jeder Berufene uneigennützig dienen sollte!

Saarbrücken, Neujahr 1926.

Peter Kiefer

Mitglied des Landesrates.

Der Kampf der letzten Jahre, der in der Jahrtausendfeier des verfloßenen Sommers seinen überzeugenden Ausdruck fand, hatte zum Ziele, der Welt und damit Frankreich zu beweisen, daß das gesamte Saargebiet ohne Ausnahme deutsch ist und deutsch bleiben will. Dieser Kampf ist gewonnen!

Frankreich ist heute überzeugt, daß weder ein Anschluß des Saargebiets an Frankreich, noch ein Verharren in dem widersinnigen Zustande des Völkerbundsgebiets in Frage kommt. Wenn einzelne Franzosen und auch „Deutsche“ glaubhaft zu machen versuchen, daß eine der Zukunftsmöglichkeiten noch die Selbstständigkeit des Saargebiets sein könnte, so geschieht dieses blos, um ihr eigenes Dasein als eine gewisse Notwendigkeit erscheinen zu lassen. Das französische Volk ist sich heute klar darüber, daß auch diese Lösung weder der Saarbevölkerung, noch dem deutschen oder französischen Volke irgend welchen Nutzen bringen könnte. Denn der wirtschaftliche Unsinn der Versailler Schöpfung macht sich auch in Frankreich drückend bemerkbar. Die verschiedenen französischen Industrien und viele andere Erwerbszweige fangen an zu begreifen, daß die saarländischen Industrien ein Pfahl im Fleische auf dem französischen Markte sind. Wir gehören eben dort nicht hin und sind als Konkurrent auf dem französischen Markte unerträglich. Wann wird der Unsinn des Vertrages von Versailles, der das Saargebiet zur trennenden Scheidewand zwischen Deutschland und Frankreich machte, beseitigt werden?!

Vorzeitiger Rückkauf der Saargruben seitens Deutschlands und damit zugleich Rückkehr des Saargebiets zum Mutterlande — das ist die einzige Lösung, die dem Interesse beider Völker gilt. Auch Frankreichs Steuerzahler ist zu arm, um sich den Luxus einer Saarkolonie unter Völkerbundsverwaltung mit wirtschaftlichem Verlustsaldo leisten zu können.

Böcklingen, den 28. Dezember 1925.

(gez.) Dr. Hermann Röckling.

Dem Saarverein zum Jahreswechsel die herzlichsten Glückwünsche. Möge das Jahr 1926 unsere liebe deutsche Saarheimat der Wiedervereinigung mit dem Vaterlande entgegenführen! Locarno hat den Weg dazu geebnet. Die Saarbevölkerung wiederholt zum Beginn des neuen Jahres ihr feierliches Gelöbniß: „Wir waren Deutsche, sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben.“

Saarbrücken, den 26. Dezember 1925.

(gez.) Steegmann, Rechtsanwalt.

Vorsitzender der Zentrumsfraktion der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung.

Ein weiteres Jahr sozialpolitischen Stillstandes ist für das Saargebiet verstrichen. Amsonst erhoben, wie so oft schon, die Gewerkschaften des Saargebiets ihre Stimme bei der Regierungskommission sowohl wie bei dem Völkerbunde in Genf, um die künstliche Ungleichheit auf sozialpolitischem und arbeitsrechtlichem Gebiete

zwischen dem Saargebiet und dem Reich endlich zu beseitigen. Die Arbeitnehmerschaft ist, nach den mancherlei Erfahrungen mit der in keiner Weise vom Vertrauen der Bevölkerung getragenen Regierungskommission, hierüber kaum noch besonders enttäuscht. Der Völkerbundsrat hat wahrscheinlich bis heute noch keine Zeit gefunden, die der Saararbeiterschaft im Versailler Vertrag garantierten Rechte, sowie seine sonstigen Grundsätze auf sein eigenes durchaus nicht musterhaftes Staatsgebilde zur Anwendung zu bringen.

So hofft denn die Arbeitnehmerschaft des Saargebiets mehr denn je auf die Hilfe der Reichsregierung, der, getreu dem Geiste von Locarno, nunmehr die Pflicht erhebt, die Niederlegung dieser unnatürlichen Schranke in der sozialen Gesetzgebung unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Das deutsche und vaterländische Empfinden der Arbeitnehmerschaft an der Saar ist über alle falschen Meinungen oder gar mißtrauischen Verdächtigungen Uebelwollender oder Uebereifriger weit erhaben. Der hier genau wie überall auf wirtschaftliche und parteipolitische Gegensätze beruhende Kampf der Meinungen vermag über diese klare Wahrheit nur ganz Fernstehende vorübergehend hinwegzutäuschen.

Stolz und selbstbewußt nach allen Seiten hin seine Rechte zu verteidigen, allen Feinden des Fortschritts und der Freiheit frei und kühn die Stirne zu bieten und dabei tief im Herzen doch das köstliche Kleinod, wahre Vaterlandsiebe, zu wahren, das war im verflochtenen Jahre die unerschütterliche Parole der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Führung an der Saar. Daß diese auch der Ungewißheit des Schicksals im neuen Jahre hoffnungstrotz, das Ziel der Befreiung von jeglicher gewalttätigen Unterdrückung des Menschen durch den Menschen unentwegt verfolgend, entgegenschreiten möge, das sei mein glühender Wunsch beim Jahreswechsel.

Glück auf!

Saarbrücken, den 25. Dezember 1925.

(gez.) Wilh. Kimmritz,

Bezirkssekretär der freien Gewerkschaften im Saargebiet.

Deutsches Volk an der Saar! Eine gewaltige Tat hast du vollbracht im Jahre 1925. Wohl selten in der Geschichte hat ein Volk so einmütig verlangt zu seinem Vaterlande zurückzukehren als du. Eine Heldentat war's und ist es, weil du zu deinem Vaterland zurückkehren willst, das tief geknechtet daniederliegt und dem es noch schlechter geht als dir. Das war lebendige Abstimmung im letzten Jahr. Geschmolzen wie Schnee ist der „Saarbund“ vor der zu heißen Junisonne des letzten Jahres. Das neue Jahr 1926 wird uns wohl dem Wunsche, den wir alle im Herzen tragen und auch laut bekennen: „Die Entfernung der chinesischen Mauer“, die man künstlich um uns errichtet hat, näher bringen. Aber halbe Lösung wollen wir nicht. Ganz zurück zu Deutschland, wie es ehemals gewesen. Das wollen wir! Das wollte die Jahrtausendfeier im letzten Jahre! Das soll die Zukunft uns bringen.

Püttlingen (Saar), im Januar 1926.

Schwiderath, Kaplan.

Dem Wunsche der Schriftleitung des „Saar-Freund“ nach einem Gruß und Geleitwort zum Übergang ins neue Jahr entspreche ich mit herzlichster innerer Bereitschaft. Ich tue dies umso lieber, weil es mir dadurch ermöglicht wird, auch an dieser Stelle zum Ausdruck zu bringen, mit welchem Vertrauen in die Teilnahme der alten Heimat an dem saarländischen deutschen Volksgeschick mich meine Teilnahme an der großen Berliner Saarkundgebung am 4. Dezember des nun zu Ende gegangenen Jahres erfüllt hat. Es sind Bekenntnisse überwältigender Heimattreue und unlösbarer Stammesverbundenheit gewesen, deren Zeuge ich im Herzen des Deutschen Reiches sein durfte. Und wenn von Unkundigen mitunter geklagt wird, man habe uns vergessen, so stelle ich aus unmittelbarem eigenem Schauen dieser falschen Meinung die Wahrheit entgegen, daß von treuen unermüdlisch schaffenden undwerbenden Männern gepflegt im alten Vaterlande die Liebe zur

westlichen Grenzmark bei vielen Tausenden eine treu bewahrte Pflegestätte besitzt.

Zwei starke Impulse berühren sich auf der Grenzscheide des alten und des neuen Jahres: Drüben im Vaterlande die Treue gegen uns und die heiße durch nichts zu zerstörende Liebe zum deutschen Volke an der Saar; und bei uns auf unserem vorgeschobenen Etappenposten der trohige Beharrungswille, der sich nicht beugen und beugen läßt, die standhafte tief im Volkstum gewurzelte Verbundenheit mit der deutschen Schicksalsgemeinschaft.

In solcher Gesinnung setzen wir im Saarland getrost und zuversichtlich den Fuß über die Schwelle des neuen Jahres und gehen voll Vertrauen den kommenden Tagen entgegen. Wenn wir von Jahr zu Jahr hier immer freier geworden sind, so dürfen wir mit vaterländischem Stolz sagen: Das hat sich das deutsche Volk an der Saar, von der Treue der alten Heimat gestützt, aus eigener zäher Kraft erkämpft! Schritt um Schritt hat es mit bewunderungswürdiger Zielbewußtheit den alten heiligen, mit dem Blute der Väter getränkten deutschen Heimatboden den feindlichen Gewalten abgezwungen! Mit einem tiefen Gefühl für seine nationale Ehre wie für seine nationale Pflicht hat dieses deutsche Grenzvolk Tag und Nacht die Mahnung vor Augen gehabt:

„Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es um es zu besitzen!“

Die Sorge um unser künftiges Geschick ist völlig gegenstandslos. Deutsch sind wir, wie wirs waren, und allezeit bleiben werden. Eine saarländische Frage im Sinne einer etwa noch ausstehenden Entscheidung, wohin wir gehören, gibt es nicht und hat es nie gegeben!

Auch dem verblendeten Blick um dem widerstrebendsten Willen hat die ergreifende Jahrtausendfeier des vergangenen Jahres die Augen aufgetan für die Erkenntnis, daß die Herzen in unserem Lande in heißer Liebe zur Heimat schlagen und daß das schöne Spiel um dieser Grenzmark Seele verloren ist.

Wir wollen weiter in selbstverständlicher Treue auf den Schanzen stehen und in diesem Sinne und Geiste gelte dem treuen Volke an der Saar, den alten Freunden in der deutschen Heimat, unseren tapferen Sachwaltern und den unermüdlischen Vorkämpfern unserer heiligen Sache ein herzliches

Glück auf!

Saarbrücken, am Neujahrstage 1926.

Pfarrer Wilhelm Reichard.

Wie die Saar zum deutschen Rhein strömt allen Hemmnissen zum Troh, so geht des Saarkvolks Streben aus innerstem Drang zum deutschen Vaterland. Der „Saar-Verein“ sei uns in unserer Sehnsucht Not der treue Helfer wie bisher.

Neunkirchen-Saar, an Weihnachten 1925.

Pfarrer Beder.

Nachdem sich das Volk an der Saar die Anerkennung seines deutschen Volkstums erkämpft hat — und daran ist nach der Jahrtausendfeier 1925 kein Zweifel mehr erlaubt —, bleibt als höchster Wunsch für 1926 und die fernere Zukunft:

Möge das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das in den letzten Jahren so oft kleinlichen Parteigeist siegreich überwand, auch dann noch lebendig und beispielgebend wirken, wenn nach der Rückkehr ins deutsche Vaterland die alten deutschen Erbfeinde: Parteigeist und nationale Zersplitterung, die Früchte der in gemeinsamer Not erworbenen Gemeinschaft zu zerstören drohen.

Bedingen (Saar), den 1. Januar 1926.

Bodo Karcher.

Grüße von ausgewiesenen Saardeutschen.

Sechs Jahre sind es her, seitdem ich das Saargebiet verlassen mußte. In den 6 Jahren hat meine Liebe und mein Interesse für das mir zur zweiten Heimat gewordene Saargebiet und zu der dortigen treudeutschen Bevölkerung nicht nachgelassen. So ist es auch heute am Jahreswechsel mein lebhafter Wunsch, meinen früheren

Kreisangehörigen meine herzlichsten Grüße zu senden. Möge es ihnen in nicht allzu ferner Zeit vergönnt sein, wieder mit ihrer alten Heimat vereinigt zu werden.

Hildesheim, den 1. Januar 1926.

(gez.) Dr. jur. von Haltern,
Regierungspräsident.

Die Jahrtausendfeier im Saargebiet war die schlagendste Widerlegung der Clemenceau'schen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen, die überzeugendste, einmütigste Abstimmung der Bewohner für Deutschland. „Möge der hier ausgesprochene Wille der treudeutschen Bevölkerung zur baldigen Rückkehr zum deutschen Vaterlande als Rückwirkung des Vertrags von Locarno im Jahre 1926 in Erfüllung gehen!“ Das ist der herzlichste Neujahrswunsch aller Deutschen für ihre Brüder an der Saar.

Darmstadt, den 26. Dezember 1925.

(gez.) Mangold, Oberbürgermeister.

Saardeutsche Worte vom Rhein und aus dem Reich.

Meinen lieben Landsleuten an der Saar entbiete ich für das neue Jahr die besten Glück- und Segenswünsche. Niemand kann Eure Sorgen und Nöte so verstehen, wie der

Landsmann, der im besetzten Gebiet wie Ihr die Kette spürt, der auch am stolzen Rhein das „liebe Heim am schönen Strand der Saar“ nicht vergessen kann. Die Schicksalsverbundenheit und Notgemeinschaft soll unseren Mut wachsen lassen, unsere Treue noch tiefer machen. Das Feuer härtet Eisen und Stahl, tatfrohe Entschlossenheit fördert den schwarzen Diamanten! Wir wollen es der ganzen Welt sagen: Fest steht und treu die Wacht am Rhein — die Vorwacht an der Saar!

Ein herzliches Glück auf!

Andernach, den 26. Dezember 1925.

(gez.) Adolf Koch, Pfarrer.

Ich glaube, daß das abgelaufene Jahr dank der in ihrem guten Recht begründeten Haltung der Saarbevölkerung und dank dem Wirken ihrer tatkräftigen Vertreter in Genf keinen Zweifel mehr gelassen hat, daß zu gegebener Stunde das Saar- und Pfalzland zum deutschen Vaterlande ganz zurückkehren wird. Möge 1926 ein weiterer Markstein auf diesem immer noch opfervollen Wege werden.

Berlin, den 28. Dezember 1925.

Dröge,

Bergassessor und Bergwerksdirektor a. D.

Ein Jahr Saardeutschtumskampf.

Von Richard Posselt.

Rückblick.

Das Jahr 1925 neigt seinem Ende zu. Wie im Leben des einzelnen, so ist die Jahreswende dazu angetan, auch im saarpolitischen Leben einen Rückblick zu werfen auf das, was das letzte Jahr an Freuden und Leiden, an Sturm, Regen und Sonnenschein gebracht hat. Alles in allem kann festgestellt werden, daß im abgelaufenen Jahre im Kampf der Saargebietsbevölkerung um seine Rechte und seine Freiheit die Sturm- und Regentage überwogen, da die schönen Worte der verschiedensten Führer der großen Politik nicht mit ihren Taten in Übereinstimmung zu bringen sind.

Bevor wir auf die einzelnen Stufen der zurückgelegten Jahreswanderung zurückblicken geziemt es sich, zunächst der Toten zu gedenken, die im abgelaufenen Jahre aus diesem Leben abgerufen wurden und dem Saargebiet nahe standen. Hier nennen wir an erster Stelle den am 28. Februar 1925 verstorbenen ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der während seiner Amtstätigkeit mehr als einmal zum Ausdruck brachte, mit welsch großem Interesse und aufrichtiger Anerkennung er der deutschen Treue des Saargebiets gedachte. Das Saargebiet hat dem verstorbenen Reichspräsidenten denn auch das erste Friedrich-Ebert-Denkmal am 13. September in dem Bergmannsort Herrensohr errichtet. Wenige Tage vor dem Heimgang des ersten deutschen Reichspräsidenten, am 24. Februar, verstarb in Stockholm der schwedische Außenminister Branting, den wir in einem Nachruf „einen Freund und treuen Kämpfer für des Saargebietes Recht und Gerechtigkeit“ nannten. Und schließlich starb Mitte Oktober der Abstimmungskommissar für das Saargebiet, der Schweizer Alfred Bouzon, der ein Beispiel dafür gegeben hat, wie wahre Neutralität sich zu betätigen hat. Sein Vorbild hat bei der Saarregierung leider keine Nachahmung gefunden.

Ehre dem Andenken dieser Toten, die ein Herz, eine Seele und ein Gewissen für das Saargebiet hatten!

★

Betrachten wir den saarpolitischen Kampf rückblickend im Jahre 1925, so kann als hervorstechendes Merkzeichen mit Genugtuung festgestellt werden, daß deutsche Treue und deutsches Stammesbewußtsein allen Verwelschungsbestrebungen und Propagandaorganisationen zum Trotz einen unbestrittenen Sieg davongetragen haben. Selbst in Frankreich mußte man sich zu dem Bekenntnis bekehren, daß das Saargebiet politisch für Frankreich verloren ist. Den Aufschwung zu dem sieghaften Durchdringen deutschen

Volksgemeinschaftsgefühls an der Saar gaben mit Ausgang des Jahres 1924 die Saarlouiser Stadtverordneten, die in einer einmütig gefaßten Erklärung dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Herriot, wie auch der deutschen Reichsregierung zum Ausdruck brachten, daß sie sich unlöslich verbunden fühlen mit ihren deutschen Stammesbrüdern und sich auf das heftigste gegen die Abtrennung auch nur einer Fuhbreite deutschen Bodens wenden. Dieses Treubekenntnis von Saarlouis fand in der Silvesterfeier zum aufziehenden Jahr 1925 eine weithin hallende und sichtbar lobende Betonung durch die Silvesterfeier des deutschen Saargebiets zu deutscher mitternächtlicher Stunde. Die schnelle Wiedereinführung der mitteleuropäischen Zeit im Saargebiet durch die Saarregierung war die bis dahin schroff abgelehnte Antwort. So begann das Jahr 1925 mit einem Sieg deutschen Willens an der Saar!

Die Jahrtausendfeiern im Saargebiet brachten in dem gleichen Sinne mit nie erlebter Kraft, Einmütigkeit und ungekünstelt diesen deutschen Treueschwur überwältigend zum Ausdruck. Und wenn in der Landesratsitzung vom 17. November von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten der einheitliche Ruf erklang: „Zurück zu Deutschland“, dann ist das der stärkste Beweis dafür, daß die Lüge Clemenceaus über die angeblichen 150 000 Saarfranzosen reflos als solche entlarvt ist, so entlarvt, daß man selbst in der französischen Kammer davor zurückschrakte, die bisherige französische Saarpolitik weiter öffentlich zu vertreten.

★

Wie gründlich sich die Verhältnisse in diesem einen Jahre geändert haben, erweist die Gegenüberstellung zweier französischer Ausprüche. In einer Besprechung Herriots mit den Parteivorständen am 7. April erklärte dieser unter anderem: „Der Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl vertritt nur die Interessen Lothringens sowie der unter französischem Mandat stehenden Gebiete, nämlich des Saargebiets, Logos, Kameruns und Syriens“. Der sozialistische Abgeordnete der französischen Kammer, Uhrig, aber warnte die französische Regierung im Oktober 1925 in einem Aufsatz im „Peuple“ unter anderem: „Wenn die französische Regierung nicht will, daß wir das Saargebiet unter beklagenswerten Umständen verlassen, muß sie schon jetzt eine elegante Lösung suchen, indem sie dafür sorgt, Frankreich die unerlässlichen Kohlen zu sichern und sich einer internationalen

zwischen dem Saargebiet und dem Reich endlich zu beseitigen. Die Arbeitnehmerschaft ist, nach den mancherlei Erfahrungen mit der in keiner Weise vom Vertrauen der Bevölkerung getragenen Regierungskommission, hierüber kaum noch besonders enttäuscht. Der Völkerbundsrat hat wahrscheinlich bis heute noch keine Zeit gefunden, die der Saararbeiterschaft im Versailler Vertrag garantierten Rechte, sowie seine sonstigen Grundsätze auf sein eigenes durchaus nicht musterhaftes Staatsgebilde zur Anwendung zu bringen.

So hofft denn die Arbeitnehmerschaft des Saargebiets mehr denn je auf die Hilfe der Reichsregierung, der, getreu dem Geiste von Locarno, nunmehr die Pflicht ersteht, die Niederlegung dieser unnatürlichen Schranke in der sozialen Gesetzgebung unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Das deutsche und vaterländische Empfinden der Arbeitnehmerschaft an der Saar ist über alle falschen Meinungen oder gar mißtrauischen Verdächtigungen Uebelwollender oder Uebereifriger weit erhaben. Der hier genau wie überall auf wirtschaftliche und parteipolitische Gegensätze beruhende Kampf der Meinungen vermag über diese klare Wahrheit nur ganz Fernstehende vorübergehend hinwegzutäuschen.

Stolz und selbstbewußt nach allen Seiten hin seine Rechte zu verteidigen, allen Feinden des Fortschritts und der Freiheit frei und kühn die Stirne zu bieten und dabei tief im Herzen doch das köstliche Kleinod, wahre Vaterlandsliebe, zu wahren, das war im verflochtenen Jahre die unerschütterliche Parole der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Führung an der Saar. Daß diese auch der Ungewißheit des Schicksals im neuen Jahre hoffnungstrotz, das Ziel der Befreiung von jeglicher gewaltsamen Unterdrückung des Menschen durch den Menschen unentwegt verfolgend, entgegenschreiten möge, das sei mein glühender Wunsch beim Jahreswechsel.

Glück auf!

Saarbrücken, den 25. Dezember 1925.

(gez.) Wilh. Kimmrich,

Bezirkssekretär der freien Gewerkschaften im Saargebiet.

Deutsches Volk an der Saar! Eine gewaltige Tat hast du vollbracht im Jahre 1925. Wohl selten in der Geschichte hat ein Volk so einmütig verlangt zu seinem Vaterlande zurückzukehren als du. Eine Heldentat war's und ist es, weil du zu deinem Vaterland zurückkehren willst, das tief geknechtet daniederliegt und dem es noch schlechter geht als dir. Das war lebendige Abstimmung im letzten Jahr. Geschmolzen wie Schnee ist der „Saarbund“ vor der zu heißen Junisonne des letzten Jahres. Das neue Jahr 1926 wird uns wohl dem Wunsche, den wir alle im Herzen tragen und auch laut bekennen: „Die Entfernung der chinesischen Mauer“, die man künstlich um uns errichtet hat, näher bringen. Aber halbe Lösung wollen wir nicht. Ganz zurück zu Deutschland, wie es ehemals gewesen. Das wollen wir! Das wollte die Jahrtausendfeier im letzten Jahre! Das soll die Zukunft uns bringen.

Püttlingen (Saar), im Januar 1926.

Schwiderath, Kaplan.

Dem Wunsche der Schriftleitung des „Saar-Freund“ nach einem Gruß und Geleitwort zum Uebergang ins neue Jahr entspreche ich mit herzlichster innerer Bereitschaft. Ich tue dies umso lieber, weil es mir dadurch ermöglicht wird, auch an dieser Stelle zum Ausdruck zu bringen, mit welchem Vertrauen in die Teilnahme der alten Heimat an dem saarländischen deutschen Volksgeschick mich meine Teilnahme an der großen Berliner Saarkundgebung am 4. Dezember des nun zu Ende gegangenen Jahres erfüllt hat. Es sind Bekenntnisse überwältigender Heimmattreue und unlösbarer Stammesverbundenheit gewesen, deren Zeuge ich im Herzen des Deutschen Reiches sein durfte. Und wenn von Unkundigen mitunter geklagt wird, man habe uns vergessen, so stelle ich aus unmittelbarem eigenem Schauen dieser falschen Meinung die Wahrheit entgegen, daß von treuen unermüdlisch schaffenden undwerbenden Männern gepflegt im alten Vaterlande die Liebe zur

westlichen Grenzmark bei vielen Tausenden eine treu bewahrte Pflegestätte besitzt.

Zwei starke Impulse berühren sich auf der Grenzscheide des alten und des neuen Jahres: Drüben im Vaterlande die Treue gegen uns und die heiße durch nichts zu zerstörende Liebe zum deutschen Volke an der Saar; und bei uns auf unserem vorgeschobenen Etappenposten der trotzig beharrungswille, der sich nicht beugen und beugen läßt, die standhafte tief im Volkstum gewurzelte Verbundenheit mit der deutschen Schicksalsgemeinschaft.

In solcher Gesinnung setzen wir im Saarland getrost und zuversichtlich den Fuß über die Schwelle des neuen Jahres und gehen voll Vertrauen den kommenden Tagen entgegen. Wenn wir von Jahr zu Jahr hier immer freier geworden sind, so dürfen wir mit vaterländischem Stolz sagen: Das hat sich das deutsche Volk an der Saar, von der Treue der alten Heimat gestützt, aus eigener zäher Kraft erkämpft! Schritt um Schritt hat es mit bewunderungswürdiger Zielbewußtheit den alten heiligen, mit dem Blute der Väter getränkten deutschen Heimatboden den feindlichen Gewalten abgezwungen! Mit einem tiefen Gefühl für seine nationale Ehre wie für seine nationale Pflicht hat dieses deutsche Grenzvolk Tag und Nacht die Mahnung vor Augen gehabt:

„Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es um es zu besitzen!“

Die Sorge um unser künftiges Geschick ist völlig gegenstandslos. Deutsch sind wir, wie wirs waren, und allezeit bleiben werden. Eine saarländische Frage im Sinne einer etwa noch ausstehenden Entscheidung, wohin wir gehören, gibt es nicht und hat es nie gegeben!

Auch dem verblendeten Blick um dem widerstrebendsten Willen hat die ergreifende Jahrtausendfeier des vergangenen Jahres die Augen aufgetan für die Erkenntnis, daß die Herzen in unserem Lande in heißer Liebe zur Heimat schlagen und daß das schöne Spiel um dieser Grenzmark Seele verloren ist.

Wir wollen weiter in selbstverständlicher Treue auf den Schanzen stehen und in diesem Sinne und Geiste gelte dem treuen Volke an der Saar, den alten Freunden in der deutschen Heimat, unseren tapferen Sachwaltern und den unermüdlischen Vorkämpfern unserer heiligen Sache ein herzliches

Glück auf!

Saarbrücken, am Neujahrstage 1926.

Pfarrer Wilhelm Reichard.

Wie die Saar zum deutschen Rhein strömt allen Hemmnissen zum Troh, so geht des Saarpvolks Streben aus innerstem Drang zum deutschen Vaterland. Der „Saar-Verein“ sei uns in unserer Sehnsucht Not der treue Helfer wie bisher.

Neunkirchen-Saar, an Weihnachten 1925.

Pfarrer Becker.

Nachdem sich das Volk an der Saar die Anerkennung seines deutschen Volkstums erkämpft hat — und daran ist nach der Jahrtausendfeier 1925 kein Zweifel mehr erlaubt —, bleibt als höchster Wunsch für 1926 und die fernere Zukunft:

Möge das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das in den letzten Jahren so oft kleinlichen Parteigeist siegreich überwand, auch dann noch lebendig und beispielegend wirken, wenn nach der Rückkehr ins deutsche Vaterland die alten deutschen Erbfeinde: Parteigeist und nationale Zersplitterung, die Früchte der in gemeinsamer Not erworbenen Gemeinschaft zu zerstören drohen.

Beddingen (Saar), den 1. Januar 1926.

Bodo Karcher.

Grüße von ausgewiesenen Saardeutschen.

Sechs Jahre sind es her, seitdem ich das Saargebiet verlassen mußte. In den 6 Jahren hat meine Liebe und mein Interesse für das mir zur zweiten Heimat gewordene Saargebiet und zu der dortigen treudeutschen Bevölkerung nicht nachgelassen. So ist es auch heute am Jahreswechsel mein lebhafter Wunsch, meinen früheren

Kreisangehörigen meine herzlichsten Grüße zu senden. Möge es ihnen in nicht allzu ferner Zeit vergönnt sein, wieder mit ihrer alten Heimat vereinigt zu werden.

Sildesheim, den 1. Januar 1926.

(gez.) Dr. jur. von Haffern,
Regierungspräsident.

Die Jahrtausendfeier im Saargebiet war die schlagendste Widerlegung der Clemenceau'schen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen, die überzeugendste, einmütigste Abstimmung der Bewohner für Deutschland. „Möge der hier ausgesprochene Wille der treudeutschen Bevölkerung zur baldigen Rückkehr zum deutschen Vaterlande als Rückwirkung des Vertrags von Locarno im Jahre 1926 in Erfüllung gehen!“ Das ist der herzlichste Neujahrswunsch aller Deutschen für ihre Brüder an der Saar.

Darmstadt, den 26. Dezember 1925.

(gez.) Mangold, Oberbürgermeister.

Saardeutsche Worte vom Rhein und aus dem Reich.

Meinen lieben Landsleuten an der Saar entbiete ich für das neue Jahr die besten Glück- und Segenswünsche. Niemand kann Eure Sorgen und Nöte so verstehen, wie der

Landsmann, der im besetzten Gebiet wie Ihr die Rette spürt, der auch am stolzen Rhein das „Liebe Heim am schönen Strand der Saar“ nicht vergessen kann. Die Schicksalsverbundenheit und Notgemeinschaft soll unseren Mut wachsen lassen, unsere Treue noch tiefer machen. Das Feuer härtet Eisen und Stahl, tatfrohe Entschlossenheit fördert den schwarzen Diamanten! Wir wollen es der ganzen Welt sagen: Fest steht und treu die Wacht am Rhein — die Vorwacht an der Saar!

Ein herzliches Glück auf!

Andernach, den 26. Dezember 1925.

(gez.) Adolf Rosch, Pfarrer.

Ich glaube, daß das abgelaufene Jahr dank der in ihrem guten Recht begründeten Haltung der Saarbevölkerung und dank dem Wirken ihrer tatkräftigen Vertreter in Genf keinen Zweifel mehr gelassen hat, daß zu gegebener Stunde das Saar- und Pfalzland zum deutschen Vaterlande ganz zurückkehren wird. Möge 1926 ein weiterer Markstein auf diesem immer noch opfervollen Wege werden.

Berlin, den 28. Dezember 1925.

Dröge,

Bergassessor und Bergwerksdirektor a. D.

Ein Jahr Saardeutschtumskampf.

Von Richard Poselt.

Rückblick.

Das Jahr 1925 neigt seinem Ende zu. Wie im Leben des einzelnen, so ist die Jahreswende dazu angetan, auch im saarpolitischen Leben einen Rückblick zu werfen auf das, was das letzte Jahr an Freuden und Leiden, an Sturm, Regen und Sonnenschein gebracht hat. Alles in allem kann festgestellt werden, daß im abgelaufenen Jahre im Kampf der Saargebietsbevölkerung um seine Rechte und seine Freiheit die Sturm- und Regentage überwogen, da die schönen Worte der verschiedensten Führer der großen Politik nicht mit ihren Taten in Übereinstimmung zu bringen sind.

Bevor wir auf die einzelnen Stufen der zurückgelegten Jahreswanderung zurückblicken geziemt es sich, zunächst der Toten zu gedenken, die im abgelaufenen Jahre aus diesem Leben abgerufen wurden und dem Saargebiet nahe standen. Hier nennen wir an erster Stelle den am 28. Februar 1925 verstorbenen ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der während seiner Amtstätigkeit mehr als einmal zum Ausdruck brachte, mit welch großem Interesse und aufrichtiger Anerkennung er der deutschen Treue des Saargebiets gedachte. Das Saargebiet hat dem verstorbenen Reichspräsidenten denn auch das erste Friedrich-Ebert-Denkmal am 13. September in dem Bergmannsort Herrensohr errichtet. Wenige Tage vor dem Heimgang des ersten deutschen Reichspräsidenten, am 24. Februar, verstarb in Stockholm der schwedische Außenminister Branting, den wir in einem Nachruf „einen Freund und treuen Kämpfer für des Saargebietes Recht und Gerechtigkeit“ nannten. Und schließlich starb Mitte Oktober der Abstimmungskommissar für das Saargebiet, der Schweizer Alfred Bouzon, der ein Beispiel dafür gegeben hat, wie wahre Neutralität sich zu betätigen hat. Sein Vorbild hat bei der Saarregierung leider keine Nachahmung gefunden.

Ehre dem Andenken dieser Toten, die ein Herz, eine Seele und ein Gewissen für das Saargebiet hatten!

★

Betrachten wir den saarpolitischen Kampf rückblickend im Jahre 1925, so kann als hervorstechendes Merkzeichen mit Genugtuung festgestellt werden, daß deutsche Treue und deutsches Stammesbewußtsein allen Verwelschungsbestrebungen und Propagandaorganisationen zum Trotz einen unbestrittenen Sieg davongetragen haben. Selbst in Frankreich mußte man sich zu dem Bekenntnis bekehren, daß das Saargebiet politisch für Frankreich verloren ist. Den Auftakt zu dem sieghaften Durchdringen deutschen

Volksgemeinschaftsgefühls an der Saar gaben mit Ausgang des Jahres 1924 die Saarlouiser Stadtverordneten, die in einer einmütig gefaßten Erklärung dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Herriot, wie auch der deutschen Reichsregierung zum Ausdruck brachten, daß sie sich unlöslich verbunden fühlen mit ihren deutschen Stammesbrüdern und sich auf das heftigste gegen die Abtrennung auch nur einer Fuhbreite deutschen Bodens wenden. Dieses Treubekenntnis von Saarlouis fand in der Silvesternacht zum aufziehenden Jahr 1925 eine weithin hallende und sichtbar lodernde Betonung durch die Silvesterfeier des deutschen Saargebiets zu deutscher mitternächtlicher Stunde. Die schleunige Wiedereinführung der mitteleuropäischen Zeit im Saargebiet durch die Saarregierung war die bis dahin schroff abgelehnte Antwort. So begann das Jahr 1925 mit einem Sieg deutschen Willens an der Saar!

Die Jahrtausendfeiern im Saargebiet brachten in dem gleichen Sinne mit nie erlebter Kraft, Einmütigkeit und ungekünstelt diesen deutschen Treueschwur überwältigend zum Ausdruck. Und wenn in der Landesratsitzung vom 17. November von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten der einheitliche Ruf erklang: „Zurück zu Deutschland“, dann ist das der stärkste Beweis dafür, daß die Lüge Clemenceaus über die angeblichen 150 000 Saarfranzosen restlos als solche entlarvt ist, so entlarvt, daß man selbst in der französischen Kammer davor zurückschrakte, die bisherige französische Saarpolitik weiter öffentlich zu vertreten.

★

Wie gründlich sich die Verhältnisse in diesem einen Jahre geändert haben, erweist die Gegenüberstellung zweier französischer Aussprüche. In einer Besprechung Herriots mit den Parteivorständen am 7. April erklärte dieser unter anderm: „Der Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl vertritt nur die Interessen Lothringens sowie der unter französischem Mandat stehenden Gebiete, nämlich des Saargebiets, Togos, Kameruns und Syriens“. Der sozialistische Abgeordnete der französischen Kammer, Uhr, aber warnte die französische Regierung im Oktober 1925 in einem Aufsatz im „Peuple“ unter anderm: „Wenn die französische Regierung nicht will, daß wir das Saargebiet unter beklagenswerten Umständen verlassen, muß sie schon jetzt eine elegante Lösung suchen, indem sie dafür sorgt, Frankreich die unerlässlichen Kohlen zu sichern und sich einer internationalen

Kommission für die Verwaltung der Bergwerke zu bedienen.“

Angesichts solcher sichtbaren Erfolge deutschen Einheitskampfes an der Saar ist es erklärlich, daß man im Saargebiet immer wieder die Mahnung an das deutsche Volk außerhalb des Saargebiets richtete, allen parteipolitischen Hader zurückzustellen, um den Kampf um deutsche Freiheit, deutschen Wiederaufbau und deutsche Machtgeltung erfolgreicher auch zum Nutzen des Saargebiets führen zu können. Wäre im deutschen Volk mehr nationale Einigkeit und weniger parteipolitische Zersplittertheit vorhanden, auch für das Saargebiet wäre in der großen Politik mancher Erfolg zu erreichen gewesen. Das Saargebiet selbst gibt uns hierfür das Beispiel!

*

Die Tatsache, daß das Saargebiet dem Völkerbund unterstellt ist, bis die für das Jahr 1935 vorgesehene Volksabstimmung die Grundlage für das Zukunftsschicksal des Saargebiets geben wird, läßt die Frage berechtigt erscheinen: Was hat der Völkerbund im abgelaufenen Jahre zur Sicherung der Wohlfahrt und der Rechte der Saargebietsbevölkerung getan? Die Antwort ist leider kurz und eindeutig: nichts! Er hat die Saarregierung wie in den vorausgegangenen vier Jahren ohne Kontrolle weiterarbeiten lassen und nur dann einen schüchternen Versuch unternommen, sie an ihren Auftrag zu erinnern, wenn die Proteste seitens der Saargebietsbevölkerung, der deutschen Regierung und des Auslandes gar zu unbehagen in Genf empfunden wurden. Und das englische Unterhausmitglied Rumciman erklärte im Unterhaus am 5. März über die Handhabung der Saarverwaltung durch die Völkerbundscommission u. a.: „Wenn die Verwaltung des Saargebiets nicht streng unparteiisch bis zur Volksabstimmung von 1935 ist, so wird das Saarproblem eines der schwierigsten Probleme werden, welches die britischen und französischen Staatsmänner zu lösen haben werden.“

*

Die vertragswidrigen Verwaltungsmethoden der Saarregierung waren im abgelaufenen Jahr überhaupt sehr oft und sehr eindeutig Gegenstand scharfer Kritik. In einer Denkschrift der Landesratsfraktionen der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und der Zentrumsparlei vom 10. Januar 1925 wurden alle bisherigen Mißbräuche und Mißstände in der Verwaltung des Saargebiets sehr eingehend und beweiskräftig zusammengestellt. Der Völkerbund hat trotzdem keinen Anlaß genommen, für durchgreifende Änderungen des Saarregimes Sorge zu tragen. Das frühere Mitglied der Saarregierungscommission, der Kanadier Waugh, schrieb am 29. Januar 1925 in einer Zuschrift an die Stockholmer Zeitung „Evenska Dagbladet“ über die Regierungsweise des Herrn Rault u. a., daß „der französische Präsident regelmäßig vom Quai d'Orsay instruiert“ würde, und daß „der Völkerbund nicht fähig sei, den dominierenden Einfluß Frankreichs zu hemmen“. „Ich bin der Meinung, daß das Saargebiet ein Unruhezentrum Europas ist.“ Dieses Urteil wurde von der Londoner „Times“ am 29. August in einem Aufsatz über das Saargebiet bestätigt, in dem zusammenfassend festgestellt wurde, „daß die Mitglieder der Regierungskommission mehr daran interessiert seien, nach den augenblicklichen Interessen Frankreichs zu schauen und die künftigen Interessen Frankreichs zu sichern, als in Übereinstimmung mit dem Geist und den Buchstaben des Vertrages und der Verfassung die Wohlfahrt der Einwohner zu fördern“. Die „Ere Nouvelle“ nannte Herrn Rault in einem Artikel vom 5. August 1925 „schlecht beraten und unfähig“.

*

Trotz dieser übereinstimmenden Urteile über die Unfähigkeit, Parteilichkeit und Böswilligkeit des Herrn Rault in der Verwaltung des Saargebiets aber bestätigte der Völkerbundsrat Herrn Rault in seiner Sitzung vom 11. März 1925 auf ein weiteres Jahr als Präsident der Saarregierung. Selbst die „Daily News“ sagte damals: „Chamberlain hat öffentlich die Wiederernennung des Vorsitzenden der Saarkommission gutgeheißen, eines

Mannes, dessen Name ein Symbolist für die schlimmste Art von Ungerechtigkeiten des poincaristischen Regimes.“ Ueber die Nachfolge Raults ist noch nichts bekannt. Herr Rault ist während der Septembertagung in Genf dafür tätig gewesen, Herrn Bezenski als geeigneten Nachfolger zu empfehlen. Das ist schon verdächtig. Neuerdings hört man, daß man sich innerhalb des Rates unter den ausschlaggebenden Ratsmitgliedern bereits einig geworden sei, an Stelle Raults wieder das neu zu ernennende französische Mitglied zum Saarpräsidenten zu ernennen. Man ließ auch bereits als Versuchsballon den Namen des jetzigen französischen Botschafters in Washington, Daeschner, auf. Es ist auffällig, daß man englischerseits nicht darauf reagierte. Man scheint demnach hinter den Kulissen ganz im „Geiste von Locarno“ die Präsidentenstelle in der Saarkommission in allbeliebter und üblicher Weise diplomatisch verhandelt zu haben. Wie sagte doch im Februar 1925 das englische Unterhausmitglied Kennworthy in einem Ausspruch im „Outlook“ über die französische Politik: „Die französische Politik ist die Bestimmungen des Versailler Vertrages nur solange einzuhalten gewillt, solange sie der französischen Politik dienen“. In den Saarstatutsbestimmungen steht nämlich nichts davon, daß Frankreich den Präsidenten in der Saarregierungscommission zu stellen hat.

*

Frankreich wird aber für die Dauer der Völkerbundsverwaltung an der Saar stets auf den Präsidenten Anspruch erheben, weil diesem Präsidenten bei Streitigkeiten über die Auslegung von Bestimmungen des Saarstatuts das alleinige Auslegungsrecht zusteht. Mit Hilfe dieses Auslegungsrechts des Saarpräsidenten — der bisher stets ein Franzose war — hat Frankreich seine Saarpolitik treiben können nach dem Auftrage, den Loucheur Herrn Rault im Jahre 1921 erteilte: „sich stets zu erinnern, was das Vaterland von ihm verlangt“.

Eingedenk dieses Auftrages hat Herr Rault bei seinen ganzen Verwaltungsmahnahmen „nur die augenblicklichen und die künftigen Interessen Frankreichs an der Saar“ im Auge gehabt. Trotz des ihm wiederholt vom Völkerbund erteilten Auftrages, durch Ausbau der örtlichen Gendarmerie die Zurückziehung der französischen Saarbesetzung zu ermöglichen, hat Herr Rault auch im Jahre 1925 so gut wie nichts in diesem Sinne getan. Nicht nur das: er hat in völliger Untätigkeit zugehört, daß französische Besatzungsangehörige sich in zunehmendem Maße in frivolster und schlimmster Weise gegen die Saarbevölkerung Übergriffe erlaubte, sie an Leben, Gesundheit und Eigentum schädigte und so die Ruhe und Ordnung an der Saar in bedrückender Weise störten. Nichtbestrafung der Schuldigen mußte geradezu als Auforderung zu solchen Übergriffen aufgefaßt werden.

Obwohl dem Saarpräsidenten vom Völkerbund aufgetragen worden war, in seinen Schulmahnahmen alles zu vermeiden, was als Förderung des französischen Schulwesens aufgefaßt werden könnte, so hat er keine entsprechenden Schulverordnungen dennoch in vollem Umfange aufrechterhalten, um sie „zu gegebener Zeit“ sofort wieder in dem ursprünglichen Sinne zur Hand zu haben. Wenn trotzdem das französische Schulwesen an der Saar wesentlich zurückgegangen ist, so ist das nicht das Verdienst des Herrn Rault, sondern ein Beweis für den Abwehrwillen der Saargebietsbevölkerung der französischen Schulpropaganda gegenüber. Der bekannte Landesratsabgeordnete, Direktor Rarius, sagte in einer Katholikenversammlung in Heiligenwald — wo die französische Schule bekanntlich unter dem schändlichen Druck der Saargrubenverwaltung sich geradezu eine Hochburg errichtet hatte — zu der Frage der französischen Schulpolitik Anfang des Jahres 1925 a. a.: „Es ist ein schmachvolles Geschäft, mit Gewalt und List der deutschen Bevölkerung ihre Sprache zu nehmen. Der Franzose sollte sich schämen, solche Versuche an der deutschen Bevölkerung an der Saar zu machen. Die französische Schule im Saargebiet ist geeignet, die Achtung herabzubrüden, die man vor der französischen Nation bisher hatte. Es ist ein sehr entwürdigendes Geschäft, das man hier im Saargebiet mit der deutschen Jugend treibt.“

Während Herr Rault die Zahl der in der Saarregierung angestellten französischen Beamten auch

im laufenden Jahre ständig vermehrte, war er ängstlich darauf bedacht, daß die Zahl der reichsdeutschen Beamten im Saargebiet nicht durch Zugang erhöht wurde. Noch in den letzten Tagen des Jahres verweigerte er die Bestätigung des zum Bürgermeister von Mittelbergbach gewählten Berufsbürgermeisters Dr. Vogt in Biersen, obwohl er geborener Pfälzer ist, jedoch nicht, wie es Herr Kault verlangt, geborener Saar-Pfälzer. Seine Entscheidung würde sicherlich anders gelautet haben, wenn Dr. Vogt aus Lothringen oder gar aus Inner-Frankreich käme. Ueberhaupt hat die Saarregierung im Laufe des Jahres in zahlreichen Fällen wieder in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden eingegriffen, sei es bei der Wahl von Beigeordneten, bei der Anstellung von Beamten, der Aufnahme von Anleihen, bei Zuschüssen zu den Jahrtausendfeiern usw. Ueberall zeigte sich das Bestreben der Saarregierung, die kommunale Selbstverwaltung im Sinne der Politik der Saarregierung zu beeinflussen.

Auf der andern Seite zeigte sich Herr Kault weich wie Wachs und ohne Rückgrat, sobald es sich um Maßnahmen der französischen Saargrubenverwaltung handelte. Auf Grund eines im abgelassenen Jahre bekanntgewordenen Briefes des französischen Finanzministers an den französischen Finanzinspektor Labie vom 27. November 1920 nannte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Herrn Labie den stillen wirtschaftlichen Diktator des Saargebietes. Offiziell wurde damals Herr Labie der Saarregierung als Finanzbeamter zugeteilt, in Wirklichkeit bestimmte Herr Labie die finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die der französische Finanzminister und der französische Außenminister zu erstreben „Wiederangliederung des Saargebietes“ an Frankreich für nützlich hält. Herr Labie führt auch heute noch dieses Kontrollrecht der Saarregierung gegenüber aus, er ist noch heute der Kontrolleur oder besser der Herr der Gruben und Zölle, obwohl die im Saargebiet ankommenden Zölle und Steuern ausschließlich dem Saargebiet selbst zugute kommen sollen.

Die Steuerpolitik der Saarregierung war auch im abgelassenen Jahre ein Kapitel für sich. Während der französische Saarfiskus entsprechend dem Wert der Gruben und ihrer Produktion etwa die Hälfte der gesamten Steuern zahlen mußte, zahlt er auf Grund des zwischen Saarregierung und Frankreich abgeschlossenen Steuerabkommens nur etwa 15 Prozent. Von diesem Steuerabkommen des Herrn Kault mit der französischen Regierung erfuhrt man im Saargebiet erst auf Umwegen. Der Saarlandesrat nahm daher in seiner Sitzung vom 12. Februar Veranlassung, gegen diese Eigenmächtigkeit des Herrn Kault, die das Saargebiet um zahlreiche Millionen schädigt, auf das energischste zu protestieren. Die Saarregierung hat sich aus begreiflichen Gründen wohl gehütet, dem Landesrat das Abkommen vorzulegen, womit sie beweist, daß sie etwas zu verbergen hat, zu verbergen hat, daß der französische Saarfiskus mit ihrem Wissen und Willen zum Schaden der Saargebietsbevölkerung ungeheure Steuersummen hinterzieht.

Ein wie weites Gewissen die Saarregierung hierbei hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß Herr Kault unter Verheimlichung des Tatbestandes der französischen Saar-Mosel-Gesellschaft in Merlenbach gestattete, von der auf lothringischem Boden liegenden Grube Merlenbach aus unterirdisch reichhaltige Kohlenflöze auf saarländischem Boden abzubauen, ohne daß hierfür Abgaben oder Steuern an das Saargebiet entrichtet werden brauchen. Das Bekanntwerden in der Presse hat Herr Kault vielstündig mit Stillschweigen beantwortet.

Wie wenig sich Herr Kault auch im letzten Jahre um die Interessen der Saargebietsbevölkerung und um ihre Sicherheit gekümmert hat, stellte im August des vergangenen Jahres die Saarbrücker „Volksstimme“ fest, indem sie davon Mitteilung machte, daß der eben erwähnten französischen Bergwerksgesellschaft Saar und Mosel gestattet wurde, in unmittelbarer Nähe der saarländisch-lothringischen Grenze ein Sprengstofflager zu errichten, das rund 75 000 Kg. Sprengstoff aufnehmen kann. Die in der Nähe dieses Munitionslagers liegenden Orte Lauterbach, Karlsbrunn, St. Nikola

und Rahweiler sind durch dieses Lager aufs ernste gefährdet, was sich bereits aus der am 21. Dezember erfolgten Explosion eines kleinen, ebenfalls der Saar-Mosel-Gesellschaft gehörenden Munitionslagers bei Freimengen in der Nähe von Merlenbach erwies, wo zwei Arbeiter getötet und rund 50 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Auch hier hat die Saarregierung nichts unternommen, um diese Gefahr von der bedrohten Saargebietsbevölkerung abzuwenden.

—

Mit welcher Rücksichtslosigkeit die Saarregierung die Interessen der ihr anvertrauten Bevölkerung mißachtet, ergab sich im Berichtsjahre in der Frage der Beamtenbesoldung. Vor der Einführung der Frankenwährung glaubte die Saarregierung sich auf ein altes preussisches Beamtenbesoldungsgesetz berufen zu können, um „die Gleichstellung der saarländischen Beamten mit den Reichsbeamten“ zu verlangen. Sie beabsichtigte damit, die Gemeindeverwaltungen zur Zahlung der Beamtengehälter in Franken zwingen zu können, was ihr durch ihr bekanntes Diktat damals auch gelang. Nachdem auf diesem Umwege der Saarregierung die Einführung der Frankenwährung gelungen ist, hat sie an dem Ergehen der betreffenden Beamten kein Interesse mehr. Als schließlich unter den Inflationswirkungen des Franken die saarländischen Beamten auf Grund der seinerzeit von der Saarregierung angeführten Verordnung über die Gleichstellung der Beamten eine entsprechende Gehaltsregelung verlangten, lehnte die Saarregierung dies kaltblütig ab. Selbst ein von der 5. Zivilkammer des Saarbrücker Landesgerichts ergangenes Urteil zugunsten der Beamten konnte daran nichts ändern. Die Beamten durften hungern, weil die Saarregierung wegen der Steuervergünstigungen an den französischen Saarfiskus angeblich keine Gelder zur Aufbesserung der Beamtengehälter zur Verfügung hatte.

—

Die sozialpolitischen Verhältnisse haben im Saargebiet, seitdem es der Völkerbundsverwaltung unterstellt ist, besonders im vergangenen Jahr eine außerordentlich ungünstige Entwicklung genommen. In einer Denkschrift der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und der Zentrums-partei an den Völkerbund wurde darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der finanziellen Leistungen der saarländischen Sozialversicherung eine stets abwärtssteigende Tendenz zeigt, so daß diese Leistungen teilweise bis zu 80 Prozent hinter den Leistungen der Sozialversicherungen des Reiches zurückstehen. Daß diese Verschlechterung der Sozialversicherung im Saargebiet in erster Linie auf die sinnlose Trennung des Saargebiets von der deutschen Sozialversicherung zurückzuführen ist, ist eine unbestreitbare Tatsache. Diese Trennung wurde jedoch nicht zur Sicherung der Wohlfahrt und der Rechte der Bevölkerung, sondern zur „Sicherung der künftigen Interessen Frankreichs“ vorgenommen. Gewerkschaftssekretär Jacob Micheli kennzeichnete die sozialpolitische Lage im Saargebiet in einer Vorstandskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Sommer 1925 dahin: „Die völlig unzureichende soziale Fürsorge trifft die Arbeitnehmerchaft des Saargebiets um so härter, als diese infolge der ungenügenden Entlohnung keinerlei Rücklagen für die Tage der Krankheit und des Alters machen kann.“ Es ist daher begreiflich, daß die saarländische Arbeitnehmerchaft die Wiederangliederung der Sozialversicherung des Saargebiets an die Sicherungsträger des Deutschen Reiches verlangte.

Was von der sozialen Fürsorge gilt, gilt in gleichem Maße von den arbeitsrechtlichen Maßnahmen der Saarregierung. Auch hier ist im letzten Jahre nichts geschehen. Am 30. September veröffentlichte zwar die Saarregierungs-kommission die seit Jahren versprochene Verordnung über die Errichtung einer Arbeitskammer. In dieser Verordnung kommen aber im wesentlichen die Gesichtspunkte des französischen Großarbeitgebers, des Saarfiskus, zur Geltung, ohne daß die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerchaft irgendwie Berücksichtigung gefunden haben. Auch die Arbeitskammer hat lediglich gutachtliche, nicht aber beschließende Rechte, hat also in arbeitsrechtlichem Sinne

solange für die Arbeitnehmerschaft keine Bedeutung, als die Saarregierung in allen Fragen der arbeitsrechtlichen Regelung usw. abhängig ist vom Grubenfiskus.

Insofern stellt also die Arbeitskammer eine ähnliche ohnmächtige Körperschaft wie der Saarlandesrat dar. Dieses am 27. Januar 1924 neugewählte Scheinparlament befindet sich eigentlich noch immer in der Schwebe, nachdem diese Wahlen angefochten wurden, ohne daß bisher eine letztinstanzliche Entscheidung gefallen ist. Die bisherigen Entscheidungen stellen jedoch eine so groteske „Rechtsentscheidung“ dar, daß man nur erstaunt darüber sein kann, wie ein vom Völkerbund geschaffenes Rechtsinstrument zu solcher Vergewaltigung anerkannter Rechtsbegriffe kommen kann. Dieses sogenannte Obergericht in Saarlouis hat sich immer mehr als ein ausführendes Organ des Herrn Kault zugunsten der Französisierungsbestrebungen erwiesen. Im September 1925 wurde in der „Saarbrücker Zeitung“ ein Briefwechsel veröffentlicht, der sich auf den Meineidminister Hector bezieht. Daraus ergibt sich mit voller Klarheit, daß der Präsident der Saarregierung durch Einwirken auf den „Herrn Justizminister“ den Generalstaatsanwalt verhindert hat, ein Verfahren gegen Hector wegen Meineids anhängig zu machen.

★

Aus einem solchen Vorgehen des verantwortlichen Leiters der Saarregierung ergibt sich ein **Korruptionssystem**, wie es beschämender nicht zu denken ist. Noch heute steht die Antwort und Rechtfertigung der Saarregierung auf die ebenfalls in der „Saarbrücker Zeitung“ veröffentlichten Kennel-Dokumente aus. Aus diesen hat sich unwiderprochen ergeben, daß von dem damaligen „Obersten Polizeiverwalter“, Adler, der dem Präsidenten Kault unmittelbar unterstand, Kennel beauftragt wurde, Dokumente anzufertigen, die das Bestehen rechtsradikaler Geheimorganisationen im Saargebiet „beweisen“ sollten. Diese Herrn Kault als gefälscht bekannten Dokumente benutzte er, um dem Völkerbundsrat die Notwendigkeit seiner Verordnungen zur Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit zu begründen. Kennel ist ohne Strafverfolgung geblieben, weil seine Veröffentlichungen gegen die Saarregierung nicht zu erschüttern sind. Adler und sein Gehilfe Kollin hat man zwar notgedrungen von ihren Posten entfernt, ihnen jedoch eine Abfindung von je rund 100 000 Franken gewährt. Daß unter solchen Verhältnissen die Korruption im Saargebiet zunimmt, ist um so verständlicher, als noch immer staatliche französische Gelder für Unternehmungen gezahlt werden, die der **französischen Propaganda an der Saar** dienen. Der „Neue Saar-Kurier“ hat zwar wiederholt erklärt, daß er nicht in Diensten der französischen Propaganda stehe, er hat aber andererseits noch keine Erklärung dafür geben können, welche Gründe den französischen Propagandacheß für das Saargebiet, Richter, seinerzeit bewogen haben, den „Saar-Kurier“ zu gründen, welche Gründe maßgebend waren, „Saar-Kurier“ und Saarbund in Personalunion mit Herrn Schoettler zu bringen. Es ist zum mindesten auch eigenartig, daß der „Saar-Kurier“ auch im vergangenen Jahre immer nur die Politik machte, die dem Deutschland abträglich, den französischen Interessen aber dienlich war.

Was den Saarbund selbst anbetrifft, so hat er im letzten Jahre völlig abgewirtschaftet. Als im Laufe des Jahres aus einer Mitgliederliste des Saarbundes eine ganze Reihe Namen veröffentlicht wurden, setzte eine Flucht aus dem Saarbund ein, die bewies, daß kein anständiger Mensch mit dieser französischen Bauernfänger-Organisation in Verbindung gebracht werden will.

Der einstige „Chefredakteur“ des „Saar-Kurier“, Schoettler, hat den Verleumdungsfeldzug gegen Beamte und Persönlichkeiten des Saargebiets, die in vorderster Linie des Kampfes um die Rechte und Freiheit der Saargebietsbevölkerung standen, in einer Weise geführt, daß dieser sich wiederholt vor den Schranken des Gerichts einfinden mußte. Seine mehrfache Verurteilung zu mehreren Monaten Gefängnis wegen verleumderischer Beleidigung hat ihn veranlaßt, das Saargebiet zu verlassen und die freundlicheren Gefilde Frankreichs aufzusuchen. Er dürfte sich mit dem rheinischen Separatisten Matthes zu-

sammengefunden haben, um einen „Klub unverstandener Präsidentschaftsanwärter“ zu bilden. Herr Henry Ruchel, der während der Abwesenheit Schoettlers die „Redaktion“ des „Saar-Kuriers“ führte, ist aus den gleichen Gründen den gleichen Weg gegangen. Man darf gespannt sein, welchen Ausgang die Gerichtsverhandlung gegen jene Persönlichkeiten nehmen wird, die nach der Darstellung Schoettlers gegen ihn einen Attentatsplan ausführen wollten. Nachdem Schoettler aus Freiheitsgründen das Saargebiet meidet, würde in diesem Prozeß der Hauptzeuge fehlen, vielleicht hat er auch noch ein anderes Interesse daran, der Aufdeckung der „Attentatspläne“ nicht beizuwohnen. Siehe Kennel-Affäre!

★

Das vergangene Jahr zeichnet sich im übrigen durch systematische Verfolgung des Oberbürgermeisters von Saarbrücken, Dr. Reikes, durch die Saarregierung aus, gegen den wegen seiner Veröffentlichungen gegen den Leiter der Schulabteilung der Saarregierung, Dr. Kotton, ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung eingeleitet worden war. Bisher konnte trotz aller Versuche eine Verurteilung Dr. Reikes' nicht erzielt werden, da seine Feststellungen, die Tätigkeit Dr. Kottons sei der deutschen Sache schädlich gewesen, vor Gericht in vollem Umfang bestätigt wurden. Obwohl Dr. Reikes in dem gegen ihn anhängig gemachten Verfahren ein obliegendes Urteil erreichte, hat man bisher nichts erfahren, was aus dem Disziplinarverfahren geworden ist, das Dr. Kotton gegen sich selbst beantragt hat. Offenbar ist es aus erklärlichen Gründen im Sande verlaufen. Die Tätigkeit des Herrn Dr. Kotton hat durch neue Veröffentlichungen in der Saarpresse im November auch nach der Richtung hin eine grelle Beleuchtung erfahren, daß er sich schon im Jahre 1919 und später für die kirchliche Separierung des Saargebiets von Deutschland einsetzte. Seine dahingehenden Bestrebungen sind jedoch an dem Widerstand der bischöflichen Behörde in Trier gescheitert. Wenn er trotzdem heute noch im Dienste der Saarregierung steht, so ist das kein Beweis für die Uneigennützigkeit seiner saarpolitischen Betätigung, sondern lediglich dafür, daß seine Bestrebungen die Anerkennung der Saarregierung gefunden haben.

★

Wenn wir unsere Blicke auf die **wirtschaftlichen Verhältnisse** des Saargebiets im abgelaufenen Jahre richten, so ist zunächst gleich zu Beginn des Jahres die Aufrichtung der saarländisch-deutschen Zollgrenze festzustellen. Dieses Ereignis drückte der ganzen weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Saargebiets den Stempel auf: das Saargebiet wurde zollpolitisch von Deutschland getrennt, von seinen natürlichen wirtschaftlichen Verbindungen losgerissen. Mit besonderer Schärfe trat von diesem Zeitpunkt an das wirtschaftliche Ringen Frankreichs um das Saargebiet in den Vordergrund. Trotzdem: was man in Frankreich aus dieser zollpolitischen Verbindung des Saargebiets mit Frankreich erhofft hatte, nämlich die allmähliche politische Umstellung des Saargebiets nach Westen, ist ausgeblieben. Man hat sogar im Laufe des Jahres unter den Wirkungen der Frankeninflation und der dadurch erleichterten Konkurrenzfähigkeit der Saarindustrie mit der französischen auf dem Weltmarkt erkannt, daß man sich mit der Einschließung des Saargebiets in das französische Zollsystem selbst einen Konkurrenten herangezogen hat, der Frankreich allmählich beginnt fürchterlich zu werden. Der damalige französische Finanzminister Clementel hatte zwar versucht, durch Schaffung einer eigenen Saarwährung dieser Konkurrenz die Flügel zu beschneiden. Der aber sofort einsetzende scharfe Protest gegen die Versuche, im Saargebiet neue Währungsexperimente anzustellen, haben veranlaßt, daß Clementel seinen Plan nicht durchführte. Man hat wahrscheinlich in Frankreich auch befürchtet, daß eine beabsichtigte neue Währungspolitik im Saargebiet der dortigen Bevölkerung ein auch nach außen hin anerkanntes Recht auf Wiedereinführung der deutschen Währung geben könnte.

In einer Denkschrift, die die Landesratsfraktionen im Februar 1925 an den Völkerbundsrat richteten, wurde auf die **unhaltbare zollpolitische Lage des Saargebiets** hingewiesen, ohne daß es zu einem Eingreifen des Völkerbunds-

rates kam. Nachdem auch die deutsch-französischen Vereinbarungen über die Saargrenze nicht zur Durchführung kamen, erwartet man im Saargebiet allein noch von den soeben wieder aufgenommenen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen Hilfe. Bleibt diese aus, so läßt sich die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar überhaupt nicht voraussehen. Mit der Saarwirtschaft hängt die Existenz von Dreifünftel der Saargebietsbevölkerung zusammen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf dem Saargruben, in der Privatindustrie und im Handel hat sich im Laufe des Jahres derart verschlechtert, daß heute von einer äußersten Notlage gesprochen werden muß. Die Saarindustriellen glauben auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage nicht in der Lage zu sein, Lohn- oder Gehaltserhöhungen zu gewähren, während andererseits bei sinkendem Franken und gleichbleibenden Löhnen die Teuerung auf allen Gebieten in beängstigender Form zunimmt. Da die Lohnfrage im wesentlichen von dem Verhalten des französischen Grubenfiskus bestimmt wird, die Grubenverwaltung aber sich berechtigten Lohnforderungen gegenüber im wesentlichen ablehnend verhalten hat, so ist nicht zu übersehen, wie sich die Dinge dort entwickeln werden. Im Dezember verhandelten die Grubengewerkschaften mit dem französischen Arbeitsminister die Monzie teils in Saarbrücken, teils in Paris über neue Lohnforderungen der Bergarbeiter. Die von ihm zugestandenen Lohn-erhöhungen waren so geringfügig, daß die Arbeiterschaft sie ablehnte. So herrscht zu Ende des alten Jahres unter der Saararbeiterschaft auf der ganzen Linie Krisenstimmung. Im Baugewerbe dauert Streik und Aussperrung schon seit Wochen an und unter den Bergarbeitern spricht man vom Generalstreik, nachdem ein solcher, allerdings nur für zwei Tage, bereits im Juli des alten Jahres stattgefunden hat.

Was die Grubenverwaltung selbst betrifft, so stellt sie sich weiterhin auf den Herrenstandpunkt, ohne auf Arbeiter- oder Saargebietsinteressen Rücksicht zu nehmen. Sie tritt nun schon seit Jahren brutalen Raubbau, der die Erdoberfläche ins Wanken, Häuser, ja ganze Ortschaften zum Einstürzen bringt. Das bekannte Bergmannsdorf Schnappach mußte aus diesem Grunde bereits geräumt werden. Im ganzen Grubenbezirk zeigen sich die bedenklichsten Grubenschäden. Dabei hat die Korruptions- und Wetteernwirtschaft in der Grubenverwaltung eine Ausdehnung genommen, daß der sozialistische französische Kammerabgeordnete Uhrn eine ganze Artikelserie gegen dieses unverantwortliche Vorgehen der Saargrubenverwaltung veröffentlichte.

★

Die Locarno-Verhandlungen, die mit der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages ihren Abschluß fanden, haben besonders auf Grund von Veröffentlichungen in der französischen Presse im Saargebiet die Hoffnung erweckt dadurch, daß der geborene neue Geist sich auch im Saargebiet auswirken wird. Dabei herrscht jedoch im Saargebiet Einmütigkeit darüber, daß Rückwirkungen des Locarno-Paktes auf das Saargebiet sich nicht als Teillösungen, sondern als völlig neue Regelung der Saarfrage erweisen müßten, wenn der Gerechtigkeit und dem Selbstbestimmungsrecht der Saarbevölkerung entsprochen werden soll. Im Saargebiet erwartet man letzten Endes eine wesentliche Beschleunigung der Volksabstimmung gleichzeitig mit der vorzeitigen Räumung der zweiten und dritten Rheinlandzone. Dagegen wendet sich das Saargebiet entschieden gegen gewisse französische Bestrebungen, die auf eine sogenannte Grenzberichtigung im Saarlouiser Kreise, auf eine Übertragung der Saargruben an ein internationales Konjunktium oder auf andere Apikationen hinauslaufen, die einer Verschärfung des Saargebiets oder eines Teiles seiner Bodenschätze oder seiner Wirtschaftsbetriebe hinauslaufen. Das Saargebiet verlangt die baldige restlose Wiedervereinigung mit Deutschland, nachdem sich nicht nur die politische Saarlüge von den 150 000 Saarfranzosen, sondern auch die wirtschaftliche Lüge von der Notwendigkeit der Heranziehung der Saargruben zu den Reparationen für die zerstörten Gruben Nordfrankreichs eben als bewußte Lüge herausgestellt haben.

Dieser Rückblick auf die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge im Saargebiet im Jahre 1925 kann selbstverständlich nur einen kleinen Ausschnitt der dortigen Entwicklung geben. Dieser aber genügt schon, um nachzuweisen, wie vielseitig der Kampf um das Saargebiet sich gestaltet hat, wie zahlreich die Probleme sind, die sich aus dem Saarstatut entwickelt haben und wie notwendig es war und ist, über diese Dinge nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland aufklärend zu wirken. Dieser Aufklärungsarbeit hat sich der Bund der Saarvereine und der „Saar-Freund“ auch im vergangenen Jahre im Rahmen seiner Mittel und der ihm gestellten Aufgaben gewidmet. Er darf ebenso wie die Saargebietsbevölkerung befriedigt auf diese Arbeit zurückblicken, auf die Arbeit, die nur ein Abglanz sein konnte von deutscher Treue an der Saar, vom Festhalten am deutschen Vaterland und an deutschem Volkstum. Die am 6. und 7. Juni 1925 in Hannover stattgefundene Bundestagung des Bundes der Saarvereine hat gezeigt, wie tief seine Aufklärungsarbeit in das deutsche Volk schon eingedrungen ist und mit welcher Dankbarkeit das deutsche Volk auf seine Vorpostenkämpfer an der Saar blickt. Der Bund der Saarvereine nahm auch Gelegenheit, den neuen Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg über Arbeit und Erfolg seiner Tätigkeit zu berichten. Wie sein Vorgänger, so hat auch Hindenburg dieser Arbeit um deutsches Volkstum, um deutsche Heimat und deutsches Recht an der Saar wärmstes Interesse entgegengebracht.

So dürfen wir mit Stolz und mit Genugtuung auf ein Jahr mühevoller Arbeit zurückblicken: Trotz bitterster Not, trotz neuer Bedrückungen, trotz fortgesetzter Rechtsverletzungen hat die Saargebietsbevölkerung auch im Jahre 1925 ein Verhalten an den Tag gelegt, das, wie Rathenau wenige Tage vor seinem Tode im Reichstag sagte, „dem ganzen deutschen Volke Beispiel und Muster sein sollte“. Dieser zähe Kampf hat unter den Stürmen berechtigter Abwehr die Anschläge von Westen zurückgewiesen und hat schließlich auch den Gegner davon überzeugt:

das Saargebiet war, ist und bleibt deutsch!

★

Ein Ausblick.

Wie sich die Verhältnisse im Saargebiet im kommenden Jahre gestalten werden, läßt sich aus den Schleiern der Zukunft nicht erkennen. Allgemein ist im Saargebiet die Auffassung vertreten, daß so, wie die Dinge sich in den letzten Jahren entwickelt haben, es nicht weiter gehen kann. Im Saargebiet hofft man auf das Bestimmteste, daß sich die Abmachungen von Locarno auch im Saargebiet sinngemäß auswirken müssen. Dabei denkt man nicht daran, daß die Verhältnisse von heute auf morgen sich umstellen lassen. Das Saargebiet wird als ersten Beweis eines neuen Geistes und eines wirklich guten Willens den Beschluß des Völkerbundrates über die künftige Zusammensetzung der Saarregierungscommission betrachten. Die Amtstätigkeit des Herrn Kault soll mit dem 31. März 1926 befristet ablaufen. Die Saarregierung erwartet, daß auch Herr Lambert und Dr. Wezenstun durch neutralere Persönlichkeiten ersetzt werden, und daß zum Präsidenten nicht wieder ein Franzose ernannt wird. Wenn diesen durchaus berechtigten und den Bestimmungen des Saarstatuts entsprechenden Wünschen der Saargebietsbevölkerung Rechnung getragen würde, dann könnte man damit rechnen, daß im Geiste von Locarno auch für das Saargebiet ein Systemwechsel beabsichtigt ist.

Als nächsten Wunsch hegt die Bevölkerung an der Saar nunmehr die unverzügliche Zurückziehung der französischen Saarbesetzung, die schon allzu lange und unter Vertretung übelster „Sieger“-Methoden sich rechtswidrig im Saargebiet aufhält. Dem Rechtsgedanken ist erst dann restlos Rechnung getragen, wenn die letzte französische Uniform aus dem Saargebiet verschwunden ist. Nur dann kann die Saargebietsbevölkerung das Sicherheitsgefühl haben, daß sie vor Übergriffen landfremder Elemente geschützt ist. Die nächsten Bestrebungen gehen auf eine Vereinerung der Saarverwaltung hinaus, in welcher keine Elemente ein Unterkommen finden dürfen, die auch in einem ordentlichen Staatswesen niemals

unterkommen würden. Die Abteilungen der Regierung, denen das heilige deutsche Kulturgut im Saargebiet anvertraut wurde, müssen von solchen Persönlichkeiten gesäubert werden, die dieses Kulturgut zu schmälern oder zu schädigen geeignet sind. Jede Einflussnahme auf die Willensmeinung der Bevölkerung muß unterbleiben, da die Regierungskommission entsprechend ihrem Auftrage das Amt eines Treuhänders verwaltet und sich weder für noch gegen Frankreich einsetzen darf.

In wirtschaftspolitischer Beziehung erwartet das Saargebiet durch die neu aufgenommenen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen eine Regelung, die der wirtschaftlichen Struktur des Saargebiets, der Lebensfähigkeit seiner Industrie und damit den Existenzvoraussetzungen der arbeitenden Bevölkerung des Saargebiets entspricht. Naturwidrige Regelungen, wie sie zum Teil im Saarstatut vorgesehen sind, müssen den Bestimmungen des Artikels 19 der Völkervereinbarung, müssen den Grundsätzen des abgeschlossenen Westpactes unterworfen werden, damit dem Grundgedanken des Saarstatuts entsprochen wird, die Wohlfahrt und die Rechte der Bevölkerung zu sichern.

Was das Saargebiet ferner verlangt, ist ein Mitbestimmungsrecht über sein Schicksal, ein Einspruchsrecht gegen Willkür und Unrecht, ist ein Kontrollrecht über die Verwendung der von ihr geforderten Steuern, ist das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf freie Selbstbestimmung. Was die Bevölkerung fordert, ist weiter, daß in dem von Herrn Raut vor fünf Jahren prophezeiten Arbeiterstaat an der Saar endlich die sozialpolitischen Grundsätze zur Durchführung kommen, die als Mindestanspruch in einem vom Völkerbund verwalteten Gebiet erhoben werden können. Die Wiedervereinigung der Sozialversicherung mit der des Deutschen Reiches wäre die einfachste und gerechteste Regelung.

Was bald und grundföhrlich herbeigeföhrt werden muß, ist die Ausschaltung irgendwelchen Einflusses der Saarregierung aus der kommunalen Selbstverwaltung. Die Gemeinden müssen mit der Beföhrung ihrer Stellen, in der Verwendung ihrer Gelder, in der Gestaltung ihres Gemeinwesens die Freiheit und Selbständigkeit zuröckgewinnen, die ihnen vertragsmäßig zugesichert worden ist.

Völlig zu verschwinden haben die französischen Propagandastellen, Propagandaorgani-

sationen und Propagandaorgane. Sie waren von Anfang an vertragswidrig und sind es heute um so mehr. Die Saargebietsbevölkering weiß selbst, was sie will, und braucht keine französischen Lehrmeister, braucht keine Agenten und braucht keine Spigel.

Die französische Grubenverwaltung muß in ihren Befugnissen auf die Gebiete begrenzt werden, die ihr das Ausbeutungsrecht allein auferlegt, wie es im Saarstatut festgelegt wurde. Sie muß durch den Völkerverbund angehalten werden, ihren Arbeitern den Lohn zu zahlen, auf den sie billigerweise in einem Völkerverbundsland Anspruch erheben dürfen. Die unwürdige Behandlung, der die Arbeiterschaft auf den Saargruben durch französische Vorgesetzte ausgeöhrt ist, muß aufhören. Die Gruben dürfen ihre wirtschaftliche Macht weder ihren Angestellten noch der Saargebietsbevölkering gegenüber weiter in dem Maße ausnützen, wie es in der Vergangenheit durch Kohlenentzug, Ablegung, Wohnungswegnahme usw. geschehen ist.

Alles das können selbstverständlich nur die ersten Auswirkungen des neuen Geistes von Locarno sein, wie sie im Laufe des kommenden Jahres in Erscheinung treten müßten. Das Endziel für die Umstellung der Saarverwaltungsmethoden muß sein, daß entsprechend der Wiederherstellung der Gruben Nord-Frankreichs und ihrer Föhrerergebnisse die Saargruben als Reparationsobjekt ausscheiden und daß somit das Verwaltungsregime, das lediglich im Interesse einer ungehinderten Ausbeutung der Saargruben aufgestellt wurde, weil überflüssig und aus allgemeinem Rechtsempfinden heraus aufgehoben wird. Die Rückgabe des Saargebiets entsprechend dem Willen von 99,9 % seiner Bevölkerung muß ebenso beschleunigt werden, wie die vollständige Räumung der besetzten rheinischen Gebiete.

Hierauf richten sich die Hoffnungen der Bevölkerung an der Saar in dem Glauben an die Ehrlichkeit der deutschen Vertragspartner von Locarno, in dem Wunsch auf endliche Befriedung Europas und in dem Willen, nicht auseinanderreißen zu lassen, was aus nationalen, kulturellen, wirtschaftlichen und stammesgemeinschaftlichen Gründen zusammengehört.

Deshalb kann der Wunsch des Saargebiets wie für die Vergangenheit so auch für die Zukunft nur lauten:

das Saargebiet will und wird deutsch sein!

Deutschlands stärkste Kraft.

Die Bevölkerung des Saargebiets hat in den Jahren der politischen Abtrennung vom Deutschen Reich hinreichend den Beweis ihrer nicht zu erschütternden deutschen Gesinnung gebracht. Diese Gesinnung ist mit in der Hauptsache begründet auf dynastische oder wirtschaftliche Erwägungen. Die Saarbevölkering hält fest an der Schicksalsverbundenheit mit dem deutschen Mutterlande; sie hat ihre Treue zu Deutschland bekundet, als das Mutterland sich in Inflationskrisen wand und bekundet sie auch heute, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar für die Mehrheit der Bevölkerung noch um einiges schlechter sind wie im übrigen Deutschland. Das erscheint als das besonders Erfreuliche, daß an der Saar nicht nur eine in materiellen Nöthigkeitserwägungen rechnende Obersicht die Föhrung hat im Kampfe um die politische Zukunft, sondern die große Idee der politischen, nationalen und kulturellen Einheit aller Deutschen im geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet Wegweiser aller ist. Die Stimme deutschen Blutes, der starke Ritt gemeinsamer deutscher Kultur, der Wille mitzuwirken an der Schöpfung einer deutschen Nation, die ihre besondere Aufgabe in der Welt hat — das ist es, was das Deutsch-

tum an der Saar im Kampfe stark und unbeugsam werden ließ gegen eine fremde Herrschaft, die anders fühlt und etwas anderes will.

Deutschland wird stark und groß sein, wenn die Quellen seiner materiellen Kraft rein erhalten und nicht verschüttet werden. Die stärkste Quelle ist die einer wahren deutschen Gesinnung. Sie entspringt, wo der Deutsche, heimatverbunden mit dem deutschen Boden, deutscher Sitte, deutscher Art ist. Um so kräftiger strömt der Quell dort, wo ein Vergleich mit fremdem Wesen die Eigenart des Deutschen tieft empfinden läßt.

Die bisherige Art der Verteidigung des Deutschtums des deutschen Volkes an der Saar gibt die Gewißheit, daß es im neuen Jahre nicht anders sein wird und daß das hier gegebene Beispiel fortwirkt bis zum endgültigen Siege deutschen Rechtes und deutscher Freiheit.

Berlin, im Januar 1926.

A. Stegerwald,
Staatsminister a. D.

Saar-Eisenbahnraub und franz. „Grenzberichtigungs“-Politik.

Wir berichteten bereits über den Antrag der saarländischen Zentrumsparlei, der die Saarregierung auffordert, „mit allem Nachdruck dahin zu wirken, 1. daß sämtliche im Saargebiet liegenden Strecken und Einrichtungen der ehemals elsäß-lothringischen Reichseisenbahnen dem Eisenbahnnetz des Saargebiets angeliebert werden, 2. daß der ganze durch den bisherigen Zustand dem Saargebiet entstandene Schaden dem Saargebiet von Frankreich ersetzt werde und 3. daß sämtliche auf diesen Strecken tätigen deutschen Angestellten von der Verwaltung der Saarbahnen übernommen und daß dieselben in jeder Beziehung auch hinsichtlich der verfloßenen Zeit ihren Kollegen im Saargebiet gleichgestellt werden.“

Die in diesem Antrag mit der Begründung enthaltenen Angaben haben wohl nirgends mehr als im Saargebiet selbst übersehen — in Binnendeutschland wird man ihnen völlig verständnislos gegenüberstehen. Bis Völklingen — vor den Toren Saarbrückens —, Dillingen und Merzig von der lothringischen Grenze her französischer Eisenbahnbetrieb — ja bei aller Ehrfurcht vor Völklingen und Locarno-Geist: hat man von diesen Dingen weder in Saarbrücken, noch in Genf noch in Berlin, all die 6 Jahre hindurch etwas gehört? Hat es in all diesen Jahren kein deutscher Eisenbahnbeamter der Saarbrücker Eisenbahndirektion für nötig gehalten, auf diese Ungeheuerlichkeit hinzuweisen und hat niemand im Reichsverkehrsministerium in Berlin diese reichseigenen Bahnstrecken auf saardeutschem Boden vermist? Man muß diese Fragen schon stellen, wenn man jetzt erfährt, daß 6 Jahre hindurch niemand sich um diese Dinge gekümmert hat.

Wir deuteten schon an, daß die grundbuchamtliche Uebertragung des betreffenden bahnamtlichen Grundeigentums im Jahre 1922 auf dem Grundbuchamt Saarlouis erfolgte, daß also die Saar-Regierung als Verbündete Frankreichs im Ruhrkampf gegen das deutsche Volk hierbei ihre Hand im Spiele hatte. Ohne Vorverhandlungen Frankreichs mit der Saar-Regierung hätte dieses Manöver gar nicht erfolgen können. Jedenfalls muß die Frage erhoben werden: Wer hat die grundbuchamtliche Uebertragung beantragt, wer hat hierbei die Prüfung der Legitimationen der beantragenden Stelle vorgenommen, und welcher Art waren diese Legitimationen? Weiter: hat die Direktion der Saarbahnen, hat das zuständige Regierungsmitglied, also der Belgier Lambert, dieser Uebertragung vorbehaltlos zugestimmt, und auf Grund welcher vertraglichen Bestimmung hat die Saarregierung auf diese Eisenbahnstrecken zu verzichten können geglaubt?

Wie aus dem Zentrumsantrag hervorgeht, hat man sich bei der Uebertragung auf Artikel 67 des Versailler Diktates bezogen. Dieser Artikel sagt in seinem Absatz 1 und 2 wörtlich:

„Die französische Regierung tritt in alle Rechte des deutschen Reiches auf allen gegenwärtig in Betrieb oder in Bau befindlichen Eisenbahnstrecken ein, die unter Verwaltung des Reichseisenbahnen stehen. Dasselbe gilt für die Rechte des Reiches hinsichtlich der Eisenbahn- und Straßenbahnkonzessionen in den in Artikel 51 bezeichneten Gebieten.“

Artikel 51 aber besagt:

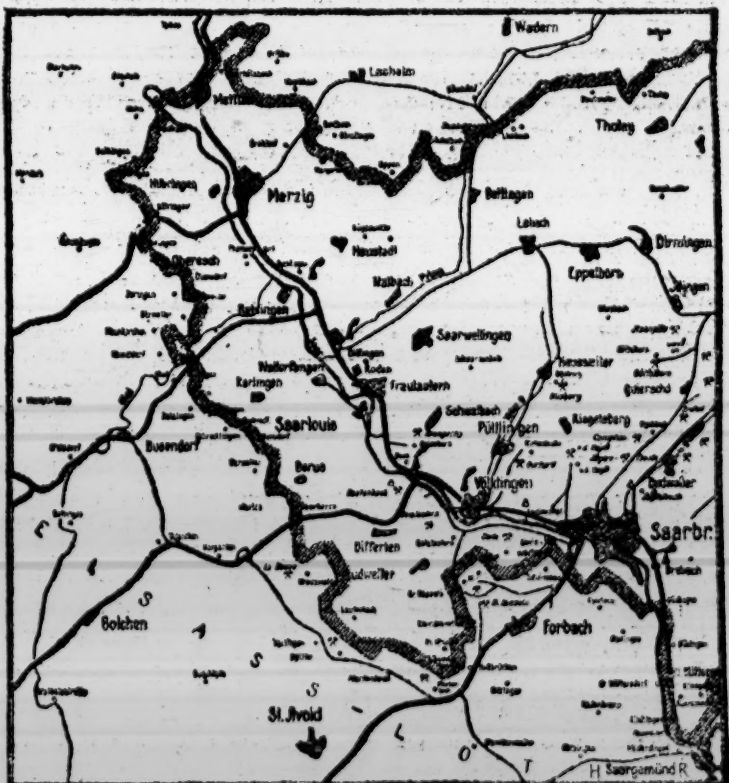
„Die infolge des Versailler Vorfriedens vom 26. Februar 1871 und des Frankfurter Vertrages vom 10. Mai 1871 an Deutschland abgetretenen Gebiete fallen mit Wirkung vom Zeitpunkt des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 ab unter die französische Souveränität zurück. Die Bestimmungen der Verträge über die Grenzführung vor 1871 treten wieder in Kraft.“

Nach diesen Bestimmungen kann ein Zweifel darüber überhaupt nicht bestehen, daß nur an die „Reichseisenbahnen“ gedacht war, die auf lothringischem Boden lagen. Es wäre geradezu widersinnig, hätte man in Versailles Frankreich das Recht einräumen wollen, im Saargebiet Eisenbahnen zu betreiben; man hätte dann eine solche Absicht rückhaltlos zum Ausdruck gebracht, denn moralische oder rechtliche Hemmungen hat man damals auf Seiten der „Friedensmacher“ nicht gekannt.

Wenn man aber die Karte des Saargebietes zur Hand nimmt und sich in die politischen Vorgänge der vergangenen 5—6 Jahre vertieft, dann gewinnt dieser Eisenbahnraub ein ganz anderes

Gesicht. Von Völklingen aus biegt die saarländisch-lothringische Grenze scharf nach Süden um und verläuft erst kurz vor Merlenbach wieder in der ursprünglichen Nordwest-Richtung. Auf diesen von dieser Grenzlinie bis Mettlach und der Saar von Völklingen bis Mettlach abgegrenzten Gebietsstreifen beziehen sich die schon seit langem von französischer Seite erstrebten „Grenzberichtigungen im Kreise Saarlouis“ an der Saar. In dieses Gebiet münden auch die drei Bahnstrecken Hargarten—Ueberherrn—Völklingen, Busendorf—Dillingen und Merzig—Beyendorf. Es gehört wirklich nicht all zu großer politischer Scharfsinn dazu, um zwischen diesem französischen Eisenbahnraub und den französischen Grenzberichtigungsbestrebungen einen Zusammenhang herauszufinden. Nimmt man zu diesen Feststellungen noch die Tatsache hinzu, daß in letzter Zeit auffallend häufig in der französischen Presse die Frage des Rückkaufs der Saargruben durch Deutschland erörtert wurde, so gewinnt man ein ziemlich klares Bild der französischen Bestrebungen an der Saar. Frankreich ist grundsätzlich in der Saarfrage zu „Entgegenkommen“ bereit — so wenigstens bezeichnet Sauerwein diese Art französischer Rüstkaufspolitik —: es würde „gegebenenfalls“ auf die Saarabstimmung verzichten — die es in Wirklichkeit wegen der damit verbundenen Blamage für Frankreich fürchtet —, wenn Deutschland einen entsprechenden, in bar zu entrichtenden Kaufpreis für die Saargruben bezahlt, sich zu einer Abfindung für die im Saargebiet verankerten, „sehr großen wirtschaftlichen französischen Interessen“ bereit findet und in eine „Grenzberichtigung“ hinsichtlich des Gebietes westlich der Bahn Völklingen—Bous—Saarlouis—Dillingen—Merzig—Mettlach einwilligt. Die Saar soll bei diesem „Grenzberichtigungsversuch“ die neue deutsch-französische Grenze bilden, doch will Frankreich „grohmütig“ auf die Saarstädte Völklingen, Bous, Dillingen, Bedingen, Merzig, Mettlach u. a. verzichten, dagegen soll Hersweiler, Geislautern mit Grube, Grube Hostenbach, dann natürlich Saarlouis und Wallerfangen (Jakobler'sche Interessen!), Rehlingen, Fremersdorf und alles, was westlich davon liegt, an Frankreich fallen. Das „Grenzberichtigungsgebiet“ macht etwa ein Sechstel des jetzigen Saarbedengebietes aus und umfaßt rund 350 Quadratkilometer Fläche mit etwa 40 bis 50 000 Einwohnern.

Die von Frankreich erwarteten Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland über die Saarfrage werden neben den verschiedenen und nicht geringen materiellen Abfindungsforderungen auch diese „Grenzberichtigungs“-Ansprüche bringen. Um „Begrün-



dungen“ wird man nicht verlegen sein. Die Herren Fabviers mit ihrem Familienanhang sowie die Söldlinge um das „Saarlouiser Journal“ werden schnell mit „Beweisen“ über die engen „Zusammenhänge des Saarlouiser Kreises mit dem benachbarten Lothringen“ zur Hand sein. Und dann die Eisenbahnen! Rein taktische und natürliche Erwägungen über die Vereinfachung und Verbilligung der nach 1871 geschaffenen industriellen und verkehrstechnischen Verbindungsstrecken von den preussischen zu den lothringischen „Reichseisenbahnen“ müssen jetzt die „Beweise“ dafür abgeben, daß dieses Gebiet selbst von Deutschland als zu Lothringen gehörig betrachtet wurde, „da es selbst die auf diesem Gebiete liegenden Eisenbahnen der esch-lothringischen Reichseisenbahn-Verwaltung unterstellt!“

So hat man — hier ergibt sich ein neuer Beweis — von französischer Seite systematisch darauf hingearbeitet, „Zusammenhänge“ zu schaffen, die „die enge Verbundenheit des Saargebiets mit Frankreich“ nachweisen sollen. Man hat französisches Kapital unter dem Druck der französischen Saarkohle in die saarländische Wirtschaft hineingepreßt, hat alle wirtschaftlichen Verbindungen des Saargebiets mit Deutschland gewaltsam und unter schwersten

Erschütterungen der Saarwirtschaft zerrissen, die Saarwirtschaft verkümmern lassen, die Frankenwährung unter Vertragsbruch eingeführt, die deutsche Wareneinfuhr kontingentiert, zahlreiche französische Wirtschaftsagenten ins Saargebiet entsandt und finanziell unterstützt, nach und nach französische Geschäfte errichtet, aus der Saarindustrie alle aufkommenden flüssigen Gelder herausgezogen, Kredite verweigert und schließlich in den Tagen des Ruhrkampfes die fraglichen Eisenbahnstrecken geraubt — alles, um „die französischen Ansprüche auf das Saargebiet“ zu „begründen“. Und die Saarregierung als Treuhänder-Regierung hat bei all diesen vertragswidrigen, die Annexion durch Frankreich fördernden Maßnahmen Schmiere gestanden, hat Hilfe geleistet, wo es irgendwie möglich erschien.

Darum möchten wir alle Stellen in Deutschland, die es angeht, auffordern, nunmehr energisch die Herausgabe der gestohlenen Eisenbahnlinien mit allem beweglichen und unbeweglichen Eigentum zu verlangen, damit auch in verkehrspolitischer Beziehung der Zustand geschaffen wird, den das Saarkstatut vorschreibt.

Frankeninflation und Saargebiet.

Das Saargebiet ist durch die Willkür der Saarregierung dazu verurteilt, jetzt eine zweite Währungs-inflation über sich ergehen zu lassen. Es machte seinerzeit die ersten schweren wirtschaftlichen Folgen der deutschen Marktinflation mit und jetzt, nachdem durch das bekannte Diktat der Saarregierung dem Saargebiet der französische Franken aufgezwungen wurde, die sich immer katastrophaler auswirkende Frankeninflation. Die Saarbrücker Landeszeitung weist in einem Aufsatz unter der obigen Überschrift zusammenfassend auf die durch die Frankeninflation sich ergebende wirtschaftliche Lage im Saargebiet hin. In dem Aufsatz wird unter anderem ausgeführt:

Wenn wir noch einmal kurz die Auswirkungen der Marktinflation an uns vorüberziehen lassen, so ergeben sich eine ganze Reihe ähnlicher Erscheinungen auf der einen Seite, während andererseits sich ergibt, daß die Auswirkungen der zweiten Inflation erheblich verheerender sind als diejenigen der ersten, zumal wenn die Frankeninflation noch weiter fortschreitet. Als Grenzland hatte ja seinerzeit das Saargebiet unter den Folgen der Marktinflation ganz besonders zu leiden, zumal noch der Franken in immer stärkerem Umfang in die Saarwirtschaft eindrang. Dies bedeutete für die Industrie eine erhebliche Uebersteuerung ihrer Selbstkosten gegenüber der deutschen Konkurrenz, so daß die Konkurrenzfähigkeit in Deutschland überaus stark beeinträchtigt werden mußte, während es trotz des Währungsvorteiles der Saarindustrie kaum gelang, auf dem französischen Markte Fuß zu fassen. Für den Handel bedeutete die Marktinflation eine beispiellose Belebung des Geschäftsganges, zumal bei den Frankenempfängern die Kaufkraft häufig erheblich in die Höhe ging, wenn die Mark einer erneuten Abwärtsbewegung unterworfen war. Allerdings fehlte bei der ganzen Kalkulation jegliche reelle Grundlage, so daß das Endergebnis dieses Ausverkaufs für viele Firmen Substanzverluste, für andere aber auch Substanzgewinne zeigte. Bei der ganzen Entwicklung waren in erheblichem Umfang die Leidtragenden die Arbeitnehmer, die noch in Mark entlohnt wurden, da ihre Kaufkraft bei jedem neuen Kurssturz erheblich zurückging.

Durchaus ähnliche Erscheinungen hat auch die jüngste Frankeninflation hervorgerufen, nur eben daß die Verhältnisse sich herumgedreht haben. Wiederum müssen sich in dem Saargebiet als Grenzland die Entwertungerscheinungen in der Wirtschaft erheblich schnell bemerkbar machen. Wenn es diesmal nicht ein Währungsdualeismus ist, der die Preise verteuert, so ist es eine durchaus ähnliche Erscheinung. Denn wir haben im Saargebiet schon so etwas wie eine Goldwährung. Kredite sind nur auf wertbeständiger Basis zu erhalten und mehr oder weniger bei allen Schuldverhältnissen wird die Geldentwertungsklausel bereits aufgenommen; hier liegen die Verhältnisse insofern schlimmer als bei der Marktinflation, weil damals wenigstens noch Markkredite von der Reichsbank zu erlangen waren, solange die Mark als gesetzliches Zahlungsmittel noch nicht beseitigt war. Daß diese wertbeständigen Kredite bei dem ständigen Sinken des Franc die Warenpreise erheblich verteuern müssen, versteht sich von selber. So kommt es auch, daß naturgemäß die Preise im Saargebiet erheblich schneller steigen müssen als in Frankreich.

Für die Saarindustrie ist die Lage nach der Zollabschnürung eine ganz andere geworden, da es sich jetzt in erster Linie um die Frage der Konkurrenzfähigkeit gegenüber Frankreich handelt. Wenn in besseren Zeiten die Saarindustrie schon auf dem französischen Markte keinen Fuß fassen konnte, so ist sie in Anbetracht der erheblich übersteuerten saarländischen Lebenshaltungskosten

überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig. Wenn sich in Anbetracht des Frankenkurses das Auslandsgeschäft beleben konnte, so macht sich überall die unter günstigeren Bedingungen arbeitende französische Konkurrenz unangenehm bemerkbar. Bei dem Export nach Deutschland ist allerdings durch die vom Deutschen Reich gewährte Zollstundungen für die Saarindustrie ein gewisser Ausgleich gegeben. Aber das Geschäft muß stark beeinträchtigt werden durch die Sorge, wie die zu enormen Beträgen angewachsenen gestundeten Zollbeträge in Zukunft abgetragen werden sollen. Dadurch wird jedenfalls eine große Unsicherheit in das ganze Geschäft hineingetragen.

Dem saarländischen Handel geht es zweifellos erheblich schlechter als zu den Zeiten der Marktinflation. Wenn man in die Frankeninflation hineingegangen ist mit dem Gedanken, sich die Erfahrungen der ersten Inflation zunutze zu machen und möglichst auf wertbeständiger Basis zu kalkulieren, so erweist sich dies im Lichte der Tatsache befehen als unmöglich, weil eben die Kaufkraft fehlt. Es würde dies auch gegenüber der großen Masse der Arbeitnehmer als eine große Ungerechtigkeit erscheinen müssen, wenn diese allein als die schwächsten Schultern die ganze Last der Inflation tragen sollten. So kann man feststellen, daß auf Grund der ziemlich starken Konkurrenz die Preise im Saargebiet gestiegen sind. Wieder zeigt sich, daß die Preise hinter der Währungsentwicklung teilweise hinterherhinken. Was bei der jetzigen Inflation völlig fehlt, sind die Ausverkaufsercheinungen, da eben die Masse fehlt, der in den Doppelwährungszeiten immer neue Kaufkraft über Nacht zuwuchs. Auch halten sich mit Rücksicht auf die scharfe Zollkontrolle die Einkäufe aus Deutschland in nur mäßigen Grenzen. Man wird daher sagen können, daß die Frankeninflation keine Belebung des Geschäftsganges gebracht hat, im Gegenteil macht sich die immer mehr sinkende Kaufkraft der Arbeitnehmerschichten im ganzen Geschäft sehr lähmend bemerkbar.

Wie in früheren Zeiten die marktbeziehenden Arbeitnehmer, so ist es jetzt mehr oder weniger die gesamte Arbeitnehmerschaft, die einen großen Teil der Inflationslast tragen muß, ja man kann wohl sagen, einen zu großen Anteil. Während die Lebenshaltungskosten erheblich höher sind als in Frankreich, zeigt sich das Bestreben, die Löhne nach Möglichkeit nicht über das französische Niveau steigen zu lassen. Das führt natürlich auf die Dauer zu ganz unhaltbaren Zuständen. Wenn schon bisher das saarländische Lohnniveau sich schon auf einer ziemlich niedrigen Höhe bewegt, so ist infolge der letzten Frankentinwertung der Reallohn weitestgehender Bevölkerungsschichten weiterhin sehr stark zurückgegangen, ohne daß inzwischen hier und da erfolgte Lohn-erhöhungen auch nur in etwa einen Ausgleich gebracht hätten. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die gesamten Wirtschaftsverhältnisse denkbar schwierig sind, so muß aber unbedingt ein Ausweg gefunden werden, indem nicht mehr die größte Belastung infolge der Inflationsverhältnisse auf die schwachen Arbeitnehmerschultern abgewälzt wird.

Aus diesem kurzen Ueberblick ergibt sich, wie sehr alle Kreise der Wirtschaft unter der Frankeninflation zu leiden haben, ja daß in mancher Hinsicht die Verhältnisse noch unerheblich mehr zugekippt haben als in den Zeiten der Marktinflation. Ist es da nicht eine unabwiesbare Pflicht der Regierungskommission, diesen unhaltbaren Verhältnissen durch die Wiedereinführung der Markwährung ein Ende zu machen?

So regiert Herr Rault!

Ein neuer Eingriff der Saarregierung in die kommunale Selbstverwaltung.

Die Gemeindevertretung von Mittelberbach hatte in der Gemeinderatsitzung vom 12. Dezember 1925 Herrn Dr. Karl Vogt in Biersen zum Bürgermeister der Gemeinde Mittelberbach gewählt. Dr. Vogt ist geborener Pfälzer, allerdings nicht, wie es die Regierungskommission verlangt, Saarpfälzer. Sie versagte daher dem zum Bürgermeister gewählten Herrn Dr. Vogt die Bestätigung mit der Begründung, daß die Wahl eines Bürgermeisters, der nicht aus dem Saargebiet stammt, unzulässig sei. Die Gemeindevertretung hatte sich daher in ihrer Sitzung vom 22. Dezember neuerdings mit der Wahl zu befassen. Von den abgegebenen 23 gültigen Stimmen fielen wie bei der ersten Wahl 14 Stimmen auf Dr. Vogt, so daß er abermals zum Bürgermeister der Gemeinde Mittelberbach gewählt wurde. Gleichzeitig wurde beschlossen, gegen den Beschluß des Präsidenten der Regierungskommission auf Grund des Artikels 53 der Gemeindeverordnung Beschwerde zu erheben. Die 14 Mitglieder des Gemeinderats, die Herrn Dr. Vogt gewählt haben, wie auch die Gemeindeglieder, die die beiden vorangegangenen Bürgerwahlen besucht haben, stellen sich einmütig auf den Standpunkt, daß für Mittelberbach als Bürgermeister nur ein Pfälzer in Betracht kommt. Es wurde daher beschlossen, eine Kommission zu ernennen, die dem Präsidenten der Saarregierung erneut die Wünsche der Bürgererschaft vortragen soll.

Es handelt sich also um einen neuen Fall des Eingriffs der Saarregierung in die kommunale Selbstverwaltung. Stichhaltige Gründe für die Nichtbestätigung des Dr. Vogt hat die Saarregierung nicht. Sie beruft sich auf eine dem Landesrat nicht vorgelegte Verordnung, daß im öffentlichen Dienst des Saargebietes nur Personen aus dem Saargebiet selbst gewählt werden dürfen, obwohl sie selbst sich um diese Bestimmungen nicht im geringsten kümmert. Schon im Jahre 1923 überwog die Zahl der französischen Beamten in der Zentralverwaltung der Regierungskommission bei weitem. Von den 41 höheren Beamten waren allein 31 Franzosen. Wie groß die Zahl der Franzosen in den weniger einflussreichen Stellungen war, ließ sich überhaupt nicht feststellen. Tatsache ist, daß die Vertreter der Saargebietsbevölkerung selbst in der Zentralverwaltung nur in ganz verschwindend kleiner Zahl und nur in Stellungen ohne nennenswerten Einfluß vorhanden sind. Dieses Mißverhältnis hat sich eher zuungunsten der Franzosen und zu Ungunsten der Saardeutschen verschlechtert als verbessert.

Versuche zur Aushebung von Saarländern für die französische Armee.

Die Saarfrage berichtete in der Weihnachtsnummer von einem neuen Versuch der französischen Besatzung, Saarländer zum französischen Heeresdienst auszuheben. Am 23. Dezember erschien danach in der Hofstadtstraße in Böttlingen ein französischer Gendarm in Uniform, der für den einzigen Sohn einer Witwe eine Einberufung zum französischen Militär überbrachte und den Sohn gleich mitnehmen wollte. Dieses Liebesswürdige Entgegenkommen fand jedoch die gebührende Ablehnung. Der Franzose mußte ununterrichteter Sache wieder abziehen. Der junge Mann, um den es sich dreht, ist in Böttlingen geboren und wurde durch den Versailler Vertrag zwangsweise Franzose, weil er Lothringer Abstammung ist. Er hat inzwischen gemäß § 27 des Saarstatuts die preussische Angehörigkeit wieder erworben und damit die französische Staatsangehörigkeit verloren. Er ist aber außerdem noch geborener Saarländer, und da gemäß § 30 des Saarstatuts im Saargebiet die allgemeine Wehrpflicht verboten ist, so stellt das Vorgehen der Franzosen einen doppelten Rechtsbruch dar.

Der vorliegende Fall steht nicht vereinzelt da. Gerade in letzter Zeit sind in Böttlingen und anderen Gemeinden des Saargebietes ähnliche Vorfälle vorgekommen. Von der Regierungskommission, der ausdrücklich der Schutz der Person übertragen ist, mußte verlangt werden, daß sie solche Vorfälle zu verhindern weiß, dies um so mehr, als die französische Gendarmerie nicht berechtigt ist, im Saargebiet irgendwelche Amtshandlungen gegen Zivilisten vorzunehmen. Wie würde man einschreiten, wenn irgend eine deutsche Behörde Zustellungen direkt an die Saargebietsbevölkerung vornehmen würde. In gleicher Weise, wie es heute die deutschen Behörden tun, hat auch die französische Militärbehörde sich bei Zustellungen der Post zu bedienen, oder die Vermittlung einer saarländischen amtlichen Stelle in Anspruch nehmen. Der Vorfall beweist jedenfalls, daß die französische Regierung, zum mindesten ihre Unterorgane, im Saargebiet sich keinen Deut um die Abmachungen von Locarno kümmern, sondern wie bisher im Saargebiet schalten und walten als seien sie

Herrn des Landes. In Wirklichkeit sind sie Eindringlinge, die unter Vertragsbruch, trotz wiederholten Protestes der Bevölkerung, sich im Saargebiet bequem gemacht haben.

Irrtümlicherweise!

Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat sich die Regierungskommission nach der einmütigen Ablehnung ihres Wohnungsverordnungsentwurfes im Landesrat entschlossen, einen neuen Entwurf auszuarbeiten.

Für die Regierungspraxis im Saargebiet ist es wiederum bezeichnend, daß die Regierungskommission, wie sie erklärt, „irrtümlicherweise“ durch Verkündung im Amtsblatt bereits die am 1. Januar 1926 ablaufende alte Wohnungsverordnung um drei Monate verlängerte, ohne den Landesrat vorher darüber zu hören.

Das Meineidsverfahren gegen Kotton eingestellt.

Wie die „Reutkirchener Zeitung“ berichtet, ist das Verfahren gegen Ministerialdirektor Kotton wegen Meineids eingestellt worden, weil weder Meineid noch fahrlässiger Falscheid vorliegt. Hierzu bemerkt die „Saarbr. Ztg.“: Uns interessiert zunächst sehr, ob das Verfahren durch die Saarbrücker Staatsanwaltschaft eingestellt worden ist oder ob Herr Generalstaatsanwalt Berg gemäß § 146 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Strafverfolgung selbst übernommen hatte.

Saarregierung und Turnvereine.

Der Turnverein Sulzbach beabsichtigte seinen Turnplatz in die Bruchwiese zu verlegen, da er etwas weit vom Orte entfernt ist, woraus sich mancherlei Mißstände ergeben. Er bot ihn deshalb der Forstverwaltung zum Tausch an gegen eine am Schwimmbade gelegene Waldparzelle. Schon wurden Pläne ausgearbeitet zur Beschaffung der Gelder für Rodung und Einhebnung. Schon hatte die Gemeinde bereitwillig erklärt, daß sie die Vermessungs- und Berechnungsarbeiten unentgeltlich vornehmen werde, da kam die niederschmetternde Nachricht, daß die Regierungskommission den Tausch nicht genehmigt habe. Eine Angabe der Gründe wurde nicht für nötig erachtet. Das Verhalten der Behörde paßt aber sehr gut zu der Tatsache, daß sie in den Landeshaushalt keinen Centime zur Pflege der Leibesübungen eingelegt hat.

In dem Verhalten der Regierungskommission kann man nur die kleinliche Rache der zuständigen Stellen für die hervorragende Beteiligung der deutschen Turnvereine an der Jahrtausendfeier der Rheinlande erblicken. Nachsichtige Nabelstichpolitik ist ja bekanntlich eine Spezialität der Franzosen im Saargebiet, die damit ihr Unvermögen, große Aufgaben zu lösen, zu verdecken suchen. Für die ganze Bevölkerung aber ist, sagt sogar die „Saarbr. Ztg.“, die ablehnende Haltung der Regierenden eine erneute nachdrückliche Mahnung, die deutschen Turnvereine nun erst recht mit allen Kräften zu unterstützen.

Die großmütige Saarregierung.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat auf Anregung der Forbacher französischen Unterpräfektur großmütig darauf verzichtet, von lothringischen Händlern beim Besuch saarländischer Märkte die Umsatz- und Gewerbesteuer zu erheben. Nach einer weiteren Forbacher Meldung soll sogar Aussicht bestehen, daß die Regierungskommission an die lothringischen Händler die bisher erhobenen Steuern zurückzahlt. Während die Saarregierung in ihren Berichten und Denkschriften bisher die Aufstellung der vertragsmäßig vorgeschriebenen saarländischen Gendarmerie für unmöglich erklärt hat, weil die Kosten von der Saargebietsbevölkerung nicht aufgebracht werden könnten, verzichtet sie zugunsten französischer Staatsangehöriger auf Steuereingänge, die zu erheben sie das Recht hat. Es geht doch nichts über einen „neutralen“ Saarpräsidenten!

Der Gipfel.

Die „Saarbr. Ztg.“ berichtet:

Assessor Dr. Ferdinand Schmidt hat seine Zulassung als Rechtsanwalt beim Landgericht Saarbrücken beantragt. Man kann hierfür nur eine Erklärung haben. Schmidts Verbrechen des Hoch- und Landesverrats und seine ganze üble Rolle während der separatistischen Schreckensherrschaft in der Pfalz ist, da er es so wollte, gerichtsnotorisch noch einmal festgestellt worden. Als Antwort darauf — sein Antrag. Dafür gibt es nur die Erklärung, daß er heute völlig unzurechnungsfähig sein muß. Ein solcher Gipfelpunkt der Dreistigkeit und Schamlosigkeit ist sonst kaum zu verstehen. Ebenso wenig wie schon sein unter jedem Niveau stehendes Benehmen vor Gericht. Der Richter selbst deutete ja bereits etwas Ähnliches als Grund dafür an, daß er von einer Bestrafung für dieses Benehmen absehe. — Nun, die Stellung der Anwaltskammer wird durchaus eindeutig sein.

dungen“ wird man nicht verlegen sein. Die Herren Fabviers mit ihrem Familienanhang sowie die Goldlinge um das „Saarlouiser Journal“ werden schnell mit „Beweisen“ über die engen „Zusammenhänge des Saarlouiser Kreises mit dem benachbarten Lothringen“ zur Hand sein. Und dann die Eisenbahnen! Kein taktische und natürliche Erwägungen über die Vereinfachung und Verbilligung der nach 1871 geschaffenen industriellen und verkehrstechnischen Verbindungsstrecken von den preussischen zu den lothringischen „Reichseisenbahnen“ müssen jetzt die „Beweise“ dafür abgeben, daß dieses Gebiet selbst von Deutschland als zu Lothringen gehörig betrachtet wurde, „da es selbst die auf diesem Gebiete liegenden Eisenbahnen der esch-lothringischen Reichseisenbahn-Verwaltung unterstellt!“

So hat man — hier ergibt sich ein neuer Beweis — von französischer Seite systematisch darauf hingearbeitet, „Zusammenhänge“ zu schaffen, die „die enge Verbundenheit des Saargebietes mit Frankreich“ nachweisen sollen. Man hat französisches Kapital unter dem Druck der französischen Saarkohle in die saarländische Wirtschaft hineingepreßt, hat alle wirtschaftlichen Verbindungen des Saargebietes mit Deutschland gewaltsam und unter schwersten

Erschütterungen der Saarwirtschaft zerrissen, die Saarwirtschaft verklümmern lassen, die Frankenvährung unter Vertragsbruch eingeführt, die deutsche Wareneinfuhr kontingentiert, zahlreiche französische Wirtschaftsagenten ins Saargebiet entsandt und finanziell unterstützt, nach und nach französische Geschäfte errichtet, aus der Saarindustrie alle aufkommenden flüssigen Gelder herausgezogen, Kredite verweigert und schließlich in den Tagen des Ruhrkampfes die fraglichen Eisenbahnstrecken geraubt — alles, um „die französischen Ansprüche auf das Saargebiet“ zu „begründen“. Und die Saarregierung als Treuhänder-Regierung hat bei all diesen vertragswidrigen, die Annexion durch Frankreich fördernden Maßnahmen Schmiere gestanden, hat Hilfe geleistet, wo es irgendwie möglich erschien.

Darum möchten wir alle Stellen in Deutschland, die es angeht, auffordern, nunmehr energisch die Herausgabe der gestohlenen Eisenbahnlinien mit allem beweglichen und unbeweglichen Eigentum zu verlangen, damit auch in verkehrspolitischer Beziehung der Zustand geschaffen wird, den das Saarstatut vorschreibt.

Frankeninflation und Saargebiet.

Das Saargebiet ist durch die Willkür der Saarregierung dazu verurteilt, jetzt eine zweite Währungs-inflation über sich ergehen zu lassen. Es machte seinerzeit die ersten schweren wirtschaftlichen Folgen der deutschen Marktinflation mit und jetzt, nachdem durch das bekannte Diktat der Saarregierung dem Saargebiet der französische Franken aufgezwungen wurde, die sich immer katastrophaler auswirkende Frankeninflation. Die Saarbrücker Landeszeitung weist in einem Aufsatz unter der obigen Überschrift zusammenfassend auf die durch die Frankeninflation sich ergebende wirtschaftliche Lage im Saargebiet hin. In dem Aufsatz wird unter anderem ausgeführt:

Wenn wir noch einmal kurz die Auswirkungen der Marktinflation an uns vorüberziehen lassen, so ergeben sich eine ganze Reihe ähnlicher Erscheinungen auf der einen Seite, während andererseits sich ergibt, daß die Auswirkungen der zweiten Inflation erheblich verheerender sind als diejenigen der ersten, zumal wenn die Frankeninflation noch weiter fortschreitet. Als Grenzland hatte ja seinerzeit das Saargebiet unter den Folgen der Marktinflation ganz besonders zu leiden, zumal noch der Franken in immer stärkerem Umfang in die Saarwirtschaft eindrang. Dies bedeutete für die Industrie eine erhebliche Uberteuuerung ihrer Selbstkosten gegenüber der deutschen Konkurrenz, so daß die Konkurrenzfähigkeit in Deutschland überaus stark beeinträchtigt werden mußte, während es trotz des Währungsvorteiles der Saarindustrie kaum gelang, auf dem französischen Markte Fuß zu fassen. Für den Handel bedeutete die Marktinflation eine beispiellose Belebung des Geschäftsganges, zumal bei den Frankenempfängern die Kaufkraft häufig erheblich in die Höhe ging, wenn die Mark einer erneuten Abwärtsbewegung unterworfen war. Allerdings fehlte bei der ganzen Kalkulation jegliche feste Grundlage, so daß das Endergebnis dieses Ausverkaufs für viele Firmen Substanzverluste, für andere aber auch Substanzgewinne zeigte. Bei der ganzen Entwicklung waren in erheblichem Umfang die Leidtragenden die Arbeitnehmer, die noch in Mark entlohnt wurden, da ihre Kaufkraft bei jedem neuen Kurssturz erheblich zurückging.

Durchaus ähnliche Erscheinungen hat auch die jüngste Frankeninflation hervorgerufen, nur eben daß die Verhältnisse sich herumgedreht haben. Wiederum müssen sich in dem Saargebiet als Grenzland die Entwertungsercheinungen in der Wirtschaft erheblich schnell bemerkbar machen. Wenn es diesmal nicht ein Währungs dualismus ist, der die Preise verteuert, so ist es eine durchaus ähnliche Erscheinung. Denn wir haben im Saargebiet schon so etwas wie eine Goldrechnungswährung. Kredite sind nur auf wertbeständiger Basis zu erhalten und mehr oder weniger bei allen Schuldverhältnissen wird die Geldentwertungsklausel bereits aufgenommen; hier liegen die Verhältnisse insofern schlimmer als bei der Marktinflation, weil damals wenigstens noch Markkredite von der Reichsbank zu erlangen waren, solange die Mark als gesetzliches Zahlungsmittel noch nicht beseitigt war. Daß diese wertbeständigen Kredite bei dem ständigen Sinken des Franc die Warenpreise erheblich verteuern müssen, versteht sich von selber. So kommt es auch, daß naturgemäß die Preise im Saargebiet erheblich schneller steigen müssen als in Frankreich.

Für die Saarindustrie ist die Lage nach der Zollabschnürung eine ganz andere geworden, da es sich jetzt in erster Linie um die Frage der Konkurrenzfähigkeit gegenüber Frankreich handelt. Wenn in besseren Zeiten die Saarindustrie schon auf dem französischen Markte keinen Fuß fassen konnte, so ist sie in Anbetracht der erheblich übersteuerten saarländischen Lebenshaltungskosten

überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig. Wenn sich in Anbetracht des Frankenkurses das Auslandsgehalt beleben konnte, so macht sich überall die unter günstigeren Bedingungen arbeitende französische Konkurrenz unangenehm bemerkbar. Bei dem Export nach Deutschland ist allerdings durch die vom Deutschen Reich gewährte Zollstundungen für die Saarindustrie ein gewisser Ausgleich gegeben. Aber das Geschäft muß stark beeinträchtigt werden durch die Sorge, wie die zu enormen Beträgen angewachsenen gestundeten Zollbeträge in Zukunft abgetragen werden sollen. Dadurch wird jedenfalls eine große Unsicherheit in das ganze Geschäft hineingetragen.

Dem saarländischen Handel geht es zweifellos erheblich schlechter als zu den Zeiten der Marktinflation. Wenn man in die Frankeninflation hineingegangen ist mit dem Gedanken, sich die Erfahrungen der ersten Inflation zunutze zu machen und möglichst auf wertbeständiger Basis zu kalkulieren, so erweist sich dies im Lichte der Tatsache befehen als unmöglich, weil eben die Kaufkraft fehlt. Es würde dies auch gegenüber der großen Masse der Arbeitnehmer als eine große Ungerechtigkeit erscheinen müssen, wenn diese allein als die schwächsten Schultern die ganze Last der Inflation tragen sollten. So kann man feststellen, daß auf Grund der ziemlich starken Konkurrenz die Preise im Saargebiet gestiegen sind. Wieder zeigt sich, daß die Preise hinter der Währungsentwicklung teilweise hinterherhinken. Was bei der jetzigen Inflation völlig fehlt, sind die Ausverkaufsercheinungen, da eben die Masse fehlt, der in den Doppelwährungszeiten immer neue Kaufkraft über Nacht zunahm. Auch hatten sich mit Rücksicht auf die scharfe Zollkontrolle die Einkäufe aus Deutschland in nur mäßigen Grenzen. Man wird daher sagen können, daß die Frankeninflation keine Belebung des Geschäftsganges gebracht hat, im Gegenteil macht sich die immer mehr sinkende Kaufkraft der Arbeitnehmerschaften im ganzen Geschäft sehr lähmend bemerkbar.

Wie in früheren Zeiten die marktbeziehenden Arbeitnehmer, so ist es jetzt mehr oder weniger die gesamte Arbeitnehmerschaft, die einen großen Teil der Inflationslast tragen muß, ja man kann wohl sagen, einen zu großen Anteil. Während die Lebenshaltungskosten erheblich höher sind als in Frankreich, zeigt sich das Bestreben, die Löhne nach Möglichkeit nicht über das französische Niveau steigen zu lassen. Das führt natürlich auf die Dauer zu ganz unhaltbaren Zuständen. Wenn schon bisher das saarländische Lohnniveau sich schon auf einer ziemlich niedrigen Höhe bewegt, so ist infolge der letzten Frankentwertung der Reallohn weitester Bevölkerungsschichten weiterhin sehr stark zurückgegangen, ohne daß inzwischen hier und da erfolgte Lohn erhöhungen auch nur in etwa einen Ausgleich gebracht hätten. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die gesamten Wirtschaftsverhältnisse denkbar schwierig sind, so muß aber unbedingt ein Ausweg gefunden werden, indem nicht mehr die größte Belastung infolge der Inflationsverhältnisse auf die schwachen Arbeitnehmererschultern abgewälzt wird.

Aus diesem kurzen Überblick ergibt sich, wie sehr alle Kreise der Wirtschaft unter der Frankeninflation zu leiden haben, ja daß in mancher Hinsicht sich die Verhältnisse noch unerheblich mehr zugespitzt haben als in den Zeiten der Marktinflation. Ist es da nicht eine unabwiesbare Pflicht der Regierungskommission, diesen unhaltbaren Verhältnissen durch die Wiedereinführung der Markwährung ein Ende zu machen?

So regiert Herr Kault!

Ein neuer Eingriff der Saarregierung in die kommunale Selbstverwaltung.

Die Gemeindevertretung von Mittelbergbach hatte in der Gemeinderatsitzung vom 12. Dezember 1925 Herrn Dr. Karl Vogt in Biersen zum Bürgermeister der Gemeinde Mittelbergbach gewählt. Dr. Vogt ist geborener Pfälzer, allerdings nicht, wie es die Regierungskommission verlangt, Saarpfälzer. Sie verlagte daher dem zum Bürgermeister gewählten Herrn Dr. Vogt die Bestätigung mit der Begründung, daß die Wahl eines Bürgermeisters, der nicht aus dem Saargebiet stammt, unzulässig sei. Die Gemeindevertretung hatte sich daher in ihrer Sitzung vom 22. Dezember neuerdings mit der Wahl zu befassen. Von den abgegebenen 23 gültigen Stimmen fielen wie bei der ersten Wahl 14 Stimmen auf Dr. Vogt, so daß er abermals zum Bürgermeister der Gemeinde Mittelbergbach gewählt wurde. Gleichzeitig wurde beschlossen, gegen den Beschluß des Präsidenten der Regierungskommission auf Grund des Artikels 53 der Gemeindeverordnung Beschwerde zu erheben. Die 14 Mitglieder des Gemeinderats, die Herrn Dr. Vogt gewählt haben, wie auch die Gemeindebürger, die die beiden vorangegangenen Bürgerwahlen besucht haben, stellen sich einmütig auf den Standpunkt, daß für Mittelbergbach als Bürgermeister nur ein Pfälzer in Betracht kommt. Es wurde daher beschlossen, eine Kommission zu ernennen, die dem Präsidenten der Saarregierung erneut die Wünsche der Bürgererschaft vortragen soll.

Es handelt sich also um einen neuen Fall des Eingriffs der Saarregierung in die kommunale Selbstverwaltung. Stichthaltige Gründe für die Nichtbestätigung des Dr. Vogt hat die Saarregierung nicht. Sie beruft sich auf eine dem Landesrat nicht vorgelegte Verordnung, daß im öffentlichen Dienst des Saargebiets nur Personen aus dem Saargebiet selbst gewählt werden dürfen, obwohl sie selbst sich um diese Bestimmungen nicht im geringsten kümmert. Schon im Jahre 1923 überzog die Zahl der französischen Beamten in der Zentralverwaltung der Regierungskommission bei weitem. Von den 41 höheren Beamten waren allein 31 Franzosen. Wie groß die Zahl der Franzosen in den weniger einflussreichen Stellen war, ließ sich überhaupt nicht feststellen. Tatsache ist, daß die Vertreter der Saargebietsbevölkerung selbst in der Zentralverwaltung nur in ganz verschwindend kleiner Zahl und nur in Stellen ohne nennenswerten Einfluß vorhanden sind. Dieses Mißverhältnis hat sich eher zugunsten der Franzosen und zu Ungunsten der Saar-Deutschen verschlechtert als verbessert.

Versuche zur Aushebung von Saarländern für die französische Armee.

Die Saarfrage berichtete in der Weihnachtsnummer von einem neuen Versuch der französischen Besatzung, Saarländer zum französischen Heeresdienst auszuheben. Am 23. Dezember erschien danach in der Hofstadtstraße in Völklingen ein französischer Gendarm in Uniform, der für den einzigen Sohn einer Witwe eine Einberufung zum französischen Militär überbrachte und den Sohn gleich mitnehmen wollte. Dieses Lebenswürdige Entgegenkommen fand jedoch die gebührende Ablehnung. Der Franzose mußte unverrichteter Sache wieder abziehen. Der junge Mann, um den es sich dreht, ist in Völklingen geboren und wurde durch den Versailler Vertrag zwangsweise Franzose, weil er Lothringer Abstammung ist. Er hat inzwischen gemäß § 27 des Saarstatuts die preußische Angehörigkeit wieder erworben und damit die französische Staatsangehörigkeit verloren. Er ist aber außerdem noch geborener Saarländer, und da gemäß § 30 des Saarstatuts im Saargebiet die allgemeine Wehrpflicht verboten ist, so stellt das Vorgehen der Franzosen einen doppelten Rechtsbruch dar.

Der vorliegende Fall steht nicht vereinzelt da. Gerade in letzter Zeit sind in Völklingen und anderen Gemeinden des Saargebiets ähnliche Vorfälle vorgekommen. Von der Regierungskommission, der ausdrücklich der Schutz der Person übertragen ist, mußte verlangt werden, daß sie solche Vorfälle zu verhindern weiß, dies um so mehr, als die französische Gendarmerie nicht berechtigt ist, im Saargebiet irgendwelche Amtshandlungen gegen Zivilisten vorzunehmen. Wie würde man einschreiten, wenn irgend eine deutsche Behörde Zustellungen direkt an die Saarbevölkerung vornehmen würde. In gleicher Weise, wie es heute die deutschen Behörden tun, hat auch die französische Militärbehörde sich bei Zustellungen der Post zu bedienen, oder die Vermittlung einer saarländischen amtlichen Stelle in Anspruch nehmen. Der Vorfall beweist jedenfalls, daß die französische Regierung, zum mindesten ihre Unterorgane, im Saargebiet sich keinen Deut um die Abmachungen von Locarno kümmern, sondern wie bisher im Saargebiet schalten und walten als seien sie

Herrn des Landes. In Wirklichkeit sind sie Eindringlinge, die unter Vertragsbruch, trotz wiederholten Protestes der Bevölkerung, sich im Saargebiet bequem gemacht haben.

Irrtümlicher Weise!

Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat sich die Regierungskommission nach der einmütigen Ablehnung ihres Wohnungsverordnungsentwurfes im Landesrat entschlossen, einen neuen Entwurf auszuarbeiten.

Für die Regierungspraxis im Saargebiet ist es wiederum bezeichnend, daß die Regierungskommission, wie sie erklärt, „irrtümlicherweise“ durch Verkündung im Amtsblatt bereits die am 1. Januar 1926 ablaufende alte Wohnungsverordnung um drei Monate verlängerte, ohne den Landesrat vorher darüber zu hören.

Das Meineidsverfahren gegen Kotton eingestellt.

Wie die „Neunkirchener Zeitung“ berichtet, ist das Verfahren gegen Ministerialdirektor Kotton wegen Meineids eingestellt worden, weil weder Meineid noch fahrlässiger Falscheid vorliege. Hierzu bemerkt die „Saarbr. Ztg.“: Uns interessiert zunächst sehr, ob das Verfahren durch die Saarbrücker Staatsanwaltschaft eingestellt worden ist oder ob Herr Generalstaatsanwalt Berg gemäß § 146 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Strafverfolgung selbst übernommen hatte.

Saarregierung und Turnvereine.

Der Turnverein Sulzbach beabsichtigte seinen Turnplatz in die Bruchwiese zu verlegen, da er etwas weit vom Orte entfernt ist, woraus sich mancherlei Mißstände ergeben. Er bot ihn deshalb der Forstverwaltung zum Tausch an gegen eine am Schwimmbade gelegene Waldparzelle. Schon wurden Pläne ausgearbeitet zur Beschaffung der Gelder für Rodung und Einhebung. Schon hatte die Gemeinde bereitwilligst erklärt, daß sie die Vermessungs- und Berechnungsarbeiten unentgeltlich vornehmen werde, da kam die niederschmetternde Nachricht, daß die Regierungskommission den Tausch nicht genehmigt habe. Eine Angabe der Gründe wurde nicht für nötig erachtet. Das Verhalten der Behörde paßt aber sehr gut zu der Tatsache, daß sie in den Landeshaushalt keinen Centime zur Pflege der Leibesübungen eingelegt hat.

In dem Verhalten der Regierungskommission kann man nur die kleinliche Rache der zuständigen Stellen für die hervorragende Beteiligung der deutschen Turnvereine an der Jahrtausendfeier der Rheinlande erblicken. Nachsichtige Nadelstichpolitik ist ja bekanntlich eine Spezialität der Franzosen im Saargebiet, die damit ihr Unvermögen, große Aufgaben zu lösen, zu verdecken suchen. Für die ganze Bevölkerung aber ist, sagt sogar die „Saarbr. Ztg.“, die ablehnende Haltung der Regierenden eine erneute nachdrückliche Mahnung, die deutschen Turnvereine nun erst recht mit allen Kräften zu unterstützen.

Die großmütige Saarregierung.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat auf Anregung der Forbacher französischen Unterpräfektur großmütig darauf verzichtet, von lothringischen Händlern beim Besuch saarländischer Märkte die Umsatz- und Gewerbesteuer zu erheben. Nach einer weiteren Forbacher Meldung soll sogar Aussicht bestehen, daß die Regierungskommission an die lothringischen Händler die bisher erhobenen Steuern zurückzahlt. Während die Saarregierung in ihren Berichten und Denkschriften bisher die Aufstellung der vertragsmäßig vorgeschriebenen saarländischen Gendarmerie für unmöglich erklärt hat, weil die Kosten von der Saargebietsbevölkerung nicht aufgebracht werden könnten, verzichtet sie zugunsten französischer Staatsangehöriger auf Steuereingänge, die zu erheben sie das Recht hat. Es geht doch nichts über einen „neutralen“ Saarpräsidenten!

Der Gipfel.

Die „Saarbr. Ztg.“ berichtet:

Assessor Dr. Ferdinand Schmidt hat seine Zulassung als Rechtsanwalt beim Landgericht Saarbrücken beantragt. Man kann hierfür nur eine Erklärung haben. Schmidts Verbrechen des Hoch- und Landesverrats und seine ganze üble Rolle während der separatistischen Schreckensherrschaft in der Pfalz ist, da er es so wollte, gerichtsnotorisch noch einmal festgestellt worden. Als Antwort darauf — sein Antrag. Dafür gibt es nur die Erklärung, daß er heute völlig unzurechnungsfähig sein muß. Ein solcher Gipfelpunkt der Dreistigkeit und Schamlosigkeit ist sonst kaum zu verstehen. Ebenso wenig wie schon sein unter jedem Niveau stehendes Benehmen vor Gericht. Der Richter selbst deutete ja bereits etwas Ähnliches als Grund dafür an, daß er von einer Bestrafung für dieses Benehmen absehe. — Nun, die Stellung der Anwaltskammer wird durchaus eindeutig sein.

Der neuer Lohnkonflikt im Saarbergbau.

Die Saarbergleute führen bekanntlich seit Jahren einen verzweifelten Kampf um eine bessere Existenz, da die ihnen bisher von der französischen Grubenverwaltung zugebilligten Löhne als in jedem Umfange unzureichend anzusprechen sind. Das ist jetzt um so mehr der Fall, als trotz der ständig sinkenden Tendenz des französischen Franken und der dadurch bedingten Verteuerung aller Waren irgendwelche Ausgleichszahlungen nicht gewährt worden sind. Man hatte gehofft, daß die Anwesenheit des französischen Arbeitsministers de Monzie in Saarbrücken und seine Besprechung mit den Bergarbeitervertretern hierin Wandel schaffen würde. Zwar machte de Monzie Zusicherungen unverbindlicher Art und verwies im übrigen die Bergarbeitervertreter an die Bergwerksdirektion in Saarbrücken. Die Besprechungen mit dieser sind aber an der Unnachgiebigkeit der Bergwerksdirektion gescheitert, so daß die Bergarbeitergewerkschaften sich telegraphisch an den französischen Arbeitsminister wandten, nunmehr die Verhandlungen in dem Lohnkonflikt selbst zu übernehmen. Diese Verhandlungen haben unter Vorsitz de Monzies am 19. und 20. Dezember in Paris stattgefunden. Am 2. Verhandlungstag ließ de Monzie den Arbeitervertretern mitteilen, daß die Generaldirektion der Saargruben angewiesen worden sei, ab 1. Januar 1926 die Grundlöhne um 15 Prozent zu erhöhen.

Nach ihrer Rückkehr aus Paris nahmen die Führer der Bergarbeitergewerkschaften die Verhandlungen mit der Direktion der Saargruben in Saarbrücken wieder auf. Sie machten die Direktion darauf aufmerksam, daß nach Auffassung der Arbeiterschaft das von de Monzie gemachte Angebot sowohl hinsichtlich des Zeitpunktes der Inkraftsetzung, wie auch des Ausmaßes der Erhöhung gänzlich unzureichend sei, da die Erhöhung der Grundlöhne um 15 Prozent in Wirklichkeit nur eine Erhöhung des Effektivlohnes um 4—5 Prozent bedeute. Besondere Erbitterung hatte auch die Tatsache hervorgerufen, daß gerade die untersten, am meisten notleidenden Lohnempfänger bei dem französischen Angebot sehr schlecht weggekommen sind. Es wurde verlangt, daß die Lohnerhöhung bereits vor dem 1. Januar eintritt. Die Bergwerksdirektion beschränkte sich darauf, mitzuteilen, daß sie die Wünsche der Organisationen nach Paris weiter leiten würde.

Mit dem Angebot des französischen Arbeitsministers beschäftigten sich sowohl der Bezirksvorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, wie auch der 16er-Ausschuß christlicher Bergarbeiterorganisationen und eine Vertrauensmännerkonferenz der im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Handwerker, Heizer und Maschinisten. In allen Konferenzen wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Angebot der französischen Regierung ungenügend sei. In einer Entschließung des Bezirksvorstandes des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands heißt es unter anderem:

„Trotzdem die dauernde Teuerung im Dezember erheblich war und Verhandlungen bereits am 1. und 19. Dezember stattgefunden haben, wurde die Lohnerhöhung für Dezember nicht bewilligt. Das Lohnangebot, das eine Lohnerhöhung von 60 Centimes bis 1,50 Franken vorsieht, und dadurch den jetzt schon Geringstentlohnerten die geringsten Vorteile bietet, ist nicht geeignet, die Zustimmung des Bergarbeiterverbandes zu finden.“

Der 16er-Ausschuß des Vereins christlicher Bergarbeiter, der nach eingehendem Bericht des Bezirksleiters Kuhnen über die Lohnverhandlungen in Paris das Angebot für zu gering erklärte, beauftragte die Gewerkschaftsleitung, mit den anderen Organisationen gemeinsam vorzugehen, um ein anderes Ergebnis zu erzielen. Sollte der französische Arbeitsminister darauf bestehen, daß die Lohnerhöhung so spät und in der Form, wie jetzt vorgeschlagen, erfolgte, dann müsse der Tarif gekündigt werden. Auch eine Vertrauensmännerkonferenz der Handwerker, Heizer und Maschinisten im christlichen Metallarbeiterverband lehnte nach einem ausführlichen Bericht des Bezirksleiters Pid das Lohnangebot des französischen Arbeitsministers als den wirklichen Teuerungsverhältnissen nicht entsprechend ab. In der vorgeschlagenen prozentualen Lohnerhöhung erblickte die Konferenz eine Mißachtung des Standes der Handwerker, Heizer und Maschinisten und verlangt, daß nicht nur die Lohnerhöhung gleichzeitig, sondern auch durch eine besondere Regelung der Verdienste der vorgenannten Arbeiterkategorien dem Durchschnittslohn der vor Kohle beschäftigten Hauer gleichgestellt wird. Für den Monat Dezember erwartete die Konferenz eine entsprechende Nachzahlung und beauftragt die Bezirksleitung, den zuständigen Stellen die Auffassung der Grubenmetallarbeiter umgehend zu unterbreiten.

Gefährdung saardeutscher Ortschaften durch ein französisches Sprengstofflager.

Explosion eines Sprengstofflagers bei Freimengen.

Wie berechtigt die Proteste der Saarpresse gegen die Errichtung des französischen Sprengstofflagers an der saarländisch-lothringischen Grenze waren, wurde leider schon wenige Monate nach dem Bekanntwerden dieser Vorgänge durch eine Sprengstoffexplosion in unmittelbarer Nähe dieses neuen Munitionslagers erwiesen.

Am 21. Dezember flog das kleine Munitionslager der Saar-Mosel-Gesellschaft unweit Freimengen bei Merlenbach in die Luft. Die Explosion wurde durch das Auseinanderfliegen der Sauerstoffanlage des Remaug-Schachtes verursacht, durch die in dem Dynamitkollen der Saar-Mosel-Gesellschaft lagernden 400 Kilogramm Dynamit entzündet wurden. Die furchtbare Detonation wurde bis Saarbrücken und Saarlouis vernommen. Die Saarpresse meldet hierzu folgende Einzelheiten.

An den in der Nähe liegenden Häusern der Orte Freimengen und Merlenbach wurden durch die Gewalt der Explosion die Dächer abgedeckt und die Fensterscheiben zertrümmert. Im Schulhaus von Freimengen stürzten infolge der Erschütterung die Decken des Schulsaales ein, wobei durch Splitterwirkung herabfallender Dachziegel und Balken 25 Kinder, die sich auf dem Schulhofe in der Pause befanden, zum größten Teil leicht verletzt wurden.

Im Werke selbst hat das Unglück leider zwei Opfer gefordert. Von der Belegschaft wurden zwei Arbeiter getötet. Verletzt wurden, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, etwa 20 Arbeiter. Größere Verluste an Menschenleben sind glücklicherweise durch den Zufall vermieden worden, daß sich ein großer Teil der Arbeiter im Augenblick der Explosion außerhalb des Betriebes bei einem Sauerstofftransport befanden.

Der Sachschaden wird auf 10 bis 12 Millionen Franken geschätzt. Sämtliche kostbare Maschinen der Sauerstofffabrik wurden vernichtet. In der Kirche von Freimengen wurden die wertvollen handgemalten Fenster zerstört.

In der Nähe der Explosionsstätte befindet sich das eingangs erwähnte große Munitionsdepot, in dem riesige Vorräte lagern, sowie eine große Sauerstofffabrik. Diese Anlagen, gegen deren Errichtungen in unmittelbarer Nähe der Saargebietsgrenze die in der Gefahrenzone liegenden saarländischen Ortschaften seither erfolglos protestierten, sind nur durch einen Bahndamm von der Unglücksstelle getrennt und liegen etwa 40 Meter von ihr entfernt.

Wir glauben trotzdem nicht, daß nunmehr die Saarregierung etwa neue Vorstellungen bei der französischen Regierung wegen der gefährdeten Sicherheit der Bewohner der umgrenzenden Orte erheben wird.

Wo bleiben die Rückwirkungen an der Saar?

Diese Frage erhebt die Saarzeitung in ihrer Nummer vom 21. 12. 25. Sie meint, daß man hätte annehmen sollen, der geistige Umschwung, der mit Unterzeichnung des Locarno-Paktes seinen ersten sinnfälligen Ausdruck fand, dürfe nicht ohne Rückwirkung auf die Mentalität der Regierungskommission bleiben. Die von dem Völkerbund eingesetzte Regierungskommission sei zwar zu strengster Neutralität verpflichtet, zu dieser Neutralität aber könne sich die Regierungskommission, von den zurückliegenden Jahren ganz abgesehen, selbst in jüngster Zeit noch nicht entschließen. Um das Defizit der Saarbahnen — von dem man befürchtet, daß es in diesem Jahre 30 Millionen Franken betragen wird — zu bekämpfen, hat die Regierungskommission am 1. Dezember die Güterfrachten erhöht. Von dieser Erhöhung ausgeschlossen bleiben, wie ausdrücklich verordnet wird, die Gebühren für die Kohlenbeförderung nach Frankreich. Daß Frankreich, dem durch den Versailler Vertrag die Kohlengruben des Saargebiets gegeben wurden, an einer billigen Beförderung seiner Saarkohlen ein Interesse hat, liegt auf der Hand. Aber man fragt sich, welche Veranlassung für die Saarbeförderung besteht, durch Steuerleistungen für das Defizit aufzukommen, das durch die unter Selbstkosten vorgenommene Beförderung französischer Güter im Saargebiet entsteht. (Die Steuerlast der Bevölkerung ist überdies höher als in Deutschland, obwohl das Saargebiet keine Reparationsverpflich-

tungen hat.) Woher leitet die Regierungskommission, die zu strengster Neutralität bei der Verwaltung des Saargebietes verpflichtet ist, das Recht ab, die Bevölkerung zugunsten eines fremden Staates mit Steuern zu belasten?

Ein ähnlicher Fall, der in seiner finanziellen Auswirkung zwar unbedeutend ist, für die Mentalität der Regierungskommission bzw. der ihr nachgeordneten Dienststellen aber nicht weniger bezeichnend, ist die verfügte Befreiung des französischen Militärs von Abgaben bei der Benützung der Saarfähren. Alle Welt weiß, daß sich das französische Militär unter Verletzung des Versailler Vertrages im Saargebiet aufhält. Trotzdem genießt es — heute noch — eine Vorzugsbehandlung gegenüber der einheimischen Bevölkerung.

Kürzlich beantragte ein saarländischer Turnverein aus einer kleinen Ortschaft bei der Regierungskommission, um einer Formalität zu genügen, die Genehmigung zur Verlegung seines Turnplatzes, wofür alle Vorbereitungen schon getroffen waren. Die Regierungskommission lehnte ab, ohne Angabe irgendwelcher Gründe. Ergebnis: Erneute Verstimmung in der Bevölkerung. Man kennt die feindselige Haltung der Regierungskommission dem deutschen Turnwesen gegenüber zur Genüge. Im Etat für 1925 wurden sämtliche Unterstützungen für das Turnwesen im Saargebiet gestrichen, während man die Zuwendung zur Förderung des französischen Sprachunterrichts um das Vierfache erhöhte.

Diese unerfreulichen Vorkommnisse aus der letzten Zeit ließen sich noch vermehren. Dies alles sind Poincaré'sche Methoden, die zu dem Geist von Locarno nicht passen. Man kann dem Führer der sozialdemokratischen Landesratsfraktion Hoffmann nur zustimmen, wenn er kürzlich verlangte, der Poincaréismus im Saargebiet müsse nun aufhören.

Die beste Gelegenheit, mit diesem verruchten System im Saargebiet aufzuräumen, bietet sich dem Völkerbundsrat im März bei der Neuwahl der Regierungskommission. Hoffen wir, daß die Saarbevölkerung dann endlich auch etwas von dem Friedensgeiste Locarnos verspürt. Zeit wäre es.

Neue Verhandlungen in Baden-Baden.

Bekanntlich fanden im Oktober 1925 in Baden-Baden zwischen Vertretern der deutschen Reichsregierung und der Saarregierung Verhandlungen zwecks Regelung einer ganzen Reihe schwebender Fragen statt, über die wir in Nummer 21 vom 1. November 1925 berichteten. Nicht erledigt wurden damals die Fragen der Beamtenpensionen, die man im Rahmen neuer Verhandlungen mit dem Gesamtkomplex der durch die Tätigkeit der zur Verfügung der Regierungskommission gestellten deutschen Beamten aufgeworfenen Fragen behandeln wollte. Diese Verhandlungen haben vom 10.—21. Dezember wiederum in Baden-Baden stattgefunden und zur Unterzeichnung einer Abrede geführt.

Die Abrede enthält u. a. Vereinbarungen zur Sicherung der Laufbahn der deutschen Beamten, über Beamtenprüfungen und über eine Reihe anderer beamtenrechtlicher Gegenstände. Sie sieht ferner die Schaffung eines Pensionsrücklage-Fonds vor, den die Regierungskommission auf ihre gesamte Beamtenenschaft ausdehnen will und dessen Mittel in der Weise verständig angelegt werden sollen, daß sie für soziale Zwecke, zum Beispiel für Förderung des Wohnungsbaues insbesondere für Beamte, nutzbar gemacht werden.

Zur Gehaltsfrage ist vorgesehen, daß die Regierungskommission tunlichst bald nach Wiederherstellung gesicherter stabiler Verhältnisse im Saargebiet die Gehaltsbezüge, abgesehen von den örtlich abgestuften Teilen, nicht ungünstiger gestalten wird als nach den deutschen Bestimmungen. Um in der Zwischenzeit das Besoldungswesen im Saargebiet den deutschen Bestimmungen weiter anzupassen, wird die Delegation der Regierungskommission dieser vorzuschlagen, alsbald eine Besoldungsreform vorzunehmen, die unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse namentlich eine wesentliche Erhöhung der Kinderzulage und eine Wiedereinführung der Frauenzulage bringen soll. Die Bekanntgabe näherer Einzelheiten über die Reform ist in kurzem zu erwarten. Die Januargehälter werden auf Anordnung der Regierungskommission bereits am 22. Dezember gezahlt werden. Da ferner die deutsche Regierung in den letzten Tagen den Beamten der unteren Gruppen einmalige Zuwendungen bewilligt hat, beabsichtigt die Regierungskommission, die früher den Unterbeamten gezahlten Vorschüsse zur Beschaffung von Wintervorräten niederzuschlagen.

Die im Oktober in Baden-Baden eingeleiteten Besprechungen wegen der Lage der Sozialrentner im Saargebiet werden im Januar zwischen Sachverständigen der Reichsregierung und der Regierungskommission fortgesetzt werden.

Diese obige Mitteilung über die Vereinbarungen zur Sicherung der Laufbahn der deutschen Beamten ist leider sehr nichtslagend. Wenn wir recht unterrichtet sind, versuchte die Saar-

regierung von der deutschen Regierung die Zusicherung zu erhalten, daß jetzt oder später — man dachte dabei offenbar an die Zeit nach der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland — aus dem Dienst der Saarregierung ausscheidende deutsche Beamte in demselben Dienstgrad und in den gleichen Dienstbefugnissen von der deutschen oder den Landesregierungen übernommen werden. Diese Bestrebungen der Saarregierung liegen in der Richtung, wie sie seinerzeit von der französischen Regierung nach dem Abschluß der Londoner Verhandlungen über das Dawes-Abkommen in der Frage der Amnestierung der rheinischen Separatisten vertreten wurden. Die Saarregierung will für die Personen, deren sie sich zur Durchführung ihrer Franzöfierungspolitik bediente, nicht nur eine spätere Strafverfolgung vermeiden, sondern ihnen auch für ihre Zukunft die Wege ebnen. Unter diesem System ist eine ganze Reihe von deutschen fragwürdigen Persönlichkeiten in Amt und Würden gekommen, die in gleicher Eigenschaft zu übernehmen der deutschen Regierung eigentlich nicht zugemutet werden sollte.

Wir sind nicht darüber unterrichtet, welche Zusicherungen die deutsche Regierung diesen Forderungen der Saarregierung gegenüber gegeben hat. Wir können uns aber nicht denken, daß sie diesen weitgehenden Forderungen nachgegeben hat. Jedenfalls würde man das im Saargebiet um so weniger verstehen, als gerade die Personen, die sich mit aller Kraft gegen die Franzöfierungsbestrebungen der Saarregierung und der französischen Propaganda gewandt haben, vielfach in ihrer Existenz behindert, in ihrem Fortkommen geschädigt, zum Teil durch Ausweisung wirtschaftlich vollständig vernichtet wurden. Wie sollte da ein Ausgleich möglich sein, der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen werden! Wir nehmen daher an, daß die Vertreter der deutschen Regierung ein Ansinnen, wie es von der Saarregierung gestellt worden sein soll, höflich aber bestimmt abgelehnt haben.

Armes Brasilien.

Wie die „Neunkirchner Zeitung“ berichtet, soll Dr. Roos in Sulzbach, der die Stelle eines „Schulinspektors“ innehatte, und dem die französischen Schulen von Reden und Heiligenwald unterstellt waren, nach — Brasilien ausgewandert sein. Dr. Roos hat sich bald nach dem Einzug der Franzosen für bemüht gehalten, alles Schlechte und Böse im deutschen Vaterland zu suchen und alles Gute von Frankreich zu erwarten. Er machte in „Pazifismus“ gegen Deutschland und verherrlichte durch ellenlange Artikel den französischen Militarismus. Er verurteilte die deutsche Treue der Saargebetsbevölkerung und nannte sie „Nationalismus“, lobte aber Herrn Rault und seine Beamten wegen ihres Nationalstolzes. Daß ihm die französischen Schulen von Reden und Heiligenwald als „Schulinspektor“ unterstellt wurden, ist sicherlich nicht auf die Vertretung seiner politischen Auffassung in der Öffentlichkeit zurückzuführen! (?) Man hatte offenbar keinen Besseren! Nun hat er offenbar das Saargebiet verlassen — und niemand weint um ihn. Armes Brasilien! Vielleicht bereitet Herr Roos seinem Gesinnungsgenossen Schoettler dort eine Stätte, da es ja doch nur eine Frage der Zeit sein kann, wenn Schoettler sich auch für die Franzosen als völlig überflüssig erweist.

Kleine Tageschronik.

Die Größe der Saarpfalz.

Das gesamte Saargebiet umfaßt 1921 Quadratkilometer mit rund 700 000 Einwohnern. Von der Pfalz wurden hierzu 55 Gemeinden abgetreten; nämlich Stadt und Bezirksamt St. Ingbert, sowie Teile der Bezirksamter Homburg und Zweibrücken, in denen sich recht wertvolle Kohlengruben befinden. Der pfalz-bayerische Anteil der Fläche des neuen Gebietes beträgt rund ein Viertel, an der Bevölkerung ein Achtel. Die größte Fläche und Einwohnerzahl trat das Bezirksamt St. Ingbert ab, nämlich 27 700 Hektar und 44 000 Einwohner. Dann kommt das Bezirksamt Homburg mit 11 Gemeinden, 13 700 Hektar und 29 600 Seelen. Endlich Zweibrücken mit 15 Gemeinden, 9600 Hektar und 7600 Einwohnern. Der Prozentanteil der Saarpfalz, die insgesamt 44 024 Hektar mit 80 900 Einwohnern umfaßt, gegenüber Bayern beträgt der Fläche nach 0,6 Prozent, der Einwohnerzahl nach 1,2 Prozent. Auf die Pfalz bezogen ergibt sich für diese eine Minderung von 7,4 Prozent der Fläche und 9 Prozent der Einwohnerzahl. Mit einer Bevölkerungsdichte von 195 Einwohnern auf 1 Quadratkilometer übertrifft dieser Landstrich sowohl den Freistaat Bayern (93) als auch die Pfalz selbst (162). Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1910 waren sieben Zehntel katholisch, fast drei Zehntel evangelisch.

In bezug auf Berufsgliederung treffen 56,4 Prozent der Erwerbstätigen auf Bergbau und Industrie; dazu beschäftigten benachbarte preussische Gruben- und Hüttenwerke zum Teil mehr Pfälzer als die pfälzischen Bergwerke selbst. Auf die Landwirte

schaft treffen nicht ganz ein Drittel. Insgesamt gehören ihr 22 611 Personen an, gegenüber 16 800 Berg- und Hüttenarbeitern. Die Industrie der Steine und Erden hat 122 Betriebe mit 2000 Personen auf saarländischem Boden. Im Jahre 1913 hatten die saarpfälzischen Gruben St. Ingbert, Mittelbergbach und Frankenholtz über 804 000 Tonnen Kohle geliefert. Die Bahnstationen St. Ingbert, Homburg und Mittelbergbach gehörten vor dem Kriege zu jenen pfälzischen Eisenbahnstrecken, welche die höchsten Transporteinnahmen hatten. Im letzten Friedensjahr wurden in der heutigen Saarpfalz 18 443 Stück Rindvieh, 17 180 Schweine, 10 064 Ziegen und 2984 Pferde gezählt.

(„Saarbrücker Zeitung“.)

Saarbrücken. Eine besondere Weihnachtsfreude bereitete die badische Regierung den saarländischen Studierenden der Technischen Hochschule zu Karlsruhe, indem sie einen Betrag von 1500 M. zur Verfügung gestellt hat, der dazu dienen soll, das Semesterhonorar zu bezahlen. Es wäre zu wünschen, daß auch andere Regierungen diesem Schritte folgten, der bei manchem saarländischen Vater, der einen Sohn an deutschen Hochschulen studieren läßt, angesichts des derzeitigen Frankenturses ein erleichtertes Aufatmen veranlassen wird. — Die Saar führte seit dem 25. Dezember Hochwasser. Von diesem Tage ab bis zum 31. hatte der Pegelstand die 6 Meter bereits überschritten. Dabei werden starke Wasserzuflüsse aus den Bergen von der oberen Saar und damit weiteres Steigen gemeldet. — Auf der Burbacher Hütt trugen sich innerhalb von 24 Stunden in der zweiten Dezemberwoche nicht weniger als 9 meist schwere Unfälle zu. Dabei verunglückten der 27 Jahre alte Arbeiter Schant tödlich, während zwei Walzer schwere Brandwunden erlitten. — Am 2. Dezember brach in dem mittleren Obergeschloß des Stallgebäudes der ehemaligen Kaserne Feuer aus, wodurch Millionen dichtgestapelter leerer Zigarettenkartons vernichtet wurden. Auch das Lager der Papyrus A.-G. wurde beschädigt.

Clarenthal-Krughütte. Ein schönes Weihnachtsgeschenk erhielt dieser Tage der Bergmann Barth aus der Petrusstraße. Brachte doch der Storch demselben Drillinge. Mutter und Kinder sind wohl und gesund.

Altenwald. Auf der hiesigen Koksanlage entstand ein gefährlicher Brand im großen Teerkessel. Die Feuerwehr konnte das Feuer ersticken, bevor es größere Ausdehnung angenommen hatte; trotzdem ist der Schaden ziemlich erheblich.

Dudweiler. Am Gegenortschaft brach morgens in einer Holzhütte, in der eine Haspelmaschine und die Kleider der Schachtzimmerhauer untergebracht sind, Feuer aus. Die Löschung gelang deshalb nicht, weil kein Feuerlöschgerät in Ordnung war.

Neuweiler. Ein Begräbnis, wie es unser Ort noch selten gesehen hat, bewegte sich am 20. Dezember durch unsere Straßen. Der älteste Bürger unseres Ortes, Kriegsveteran der Feldzüge von 1866 und 1870, Herr Franz Gierend, wurde unter großer Beteiligung zu Grabe getragen. Der Militärverein Sulzbach, dessen Mitglied er war, gab ihm das Ehrengelände. Viele Angehörige bis zum Urenkel hatten sich eingefunden, um ihn auf seinem letzten Gang zu begleiten. Bis zu seinem 83. Lebensjahre bewahrte er eine seltene geistige und körperliche Frische. Als ehemaliger 40er machte er die Kämpfe um Saarbrücken am 2. und 6. August mit. Der später berühmte gewordene General und spätere Zentrumsabgeordnete Freiherr v. Steinäder war damals als Leutnant sein Zugführer.

Wallerfangen. Der so jäh aus dem Leben gerissene Direktor Peter Joseph Lengersdorff der hiesigen Steingutfabrik von Villeron & Boch wurde unter großer Anteilnahme zu Grabe getragen. Welche bedeutende Rolle der Verstorbene in der keramischen Welt inne hatte, bewies der Umstand, daß ihre Vertreter von nah und fern herbeigeeilt waren, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Wer den Verstorbenen kannte, weiß, daß er vornehmlich unermüdlich tätig war in dem Bestreben, auch in schwierigen Zeiten die hiesige Steingutfabrik voll zu beschäftigen.

Mettlach. Der Bau eines neuen Zollgebäudes an der Landstraße von Rechingen nach Weiten geht seinem Ende entgegen. In dem Gebäude werden einige Wohnungen und die Büroräume für die deutschen Zollbeamten eingerichtet. Die betreffende Stelle bildet die Hauptzollstraße zwischen dem Saargebiet und dem angrenzenden Kreise Saarlouis.

Vom Höcherberge. Das in letzter Zeit vielbesprochene Problem der Verkehrsverbesserung zwischen den Orten am Höcherberge und den benachbarten Bahnstationen hat insofern Aussicht auf Verwirklichung, als staatliche Hilfe mit Sicherheit zu erwarten ist. Als Vertreter der interessierten Gemeinden am 16. Dezember mit der pfälzischen Kreisregierung darüber in Unterhandlung traten, ob nicht wie früher eine staatliche Autoverbindung von Waldmohr durch die Orte am Höcherberge nach Mittelbergbach eingerichtet werden könne, wurde diesen Herren in Speyer eröffnet, daß diesbezügliche Abmachungen mit der Saarregierung bereits seit geraumer im Gange und soweit gediehen seien, daß man mit Bestimmtheit zum 1. April des kommenden Jahres den Autobetrieb eröffnen zu können glaube.

St. Wendel. Der Eisenbahn pensionär Konrad Müller, Alleestraße 43 wohnhaft, konnte kürzlich bei verhältnismäßig guter Gesundheit im Kreise seiner Kinder, Enkel und Urenkel seinen 90. Geburtstag feiern.

Personalnachrichten.

Todesfälle:

Saarbrücken: Frau Witwe Philipp Creuzer, Elise, geb. Stord; penf. Eisenbahnschlosser Ludwig Frank, 68 Jahre; Mehrgemeister Julius Gehenn, 55 Jahre; staatl. Bauwertmeister Adolf Sawatzky, 47½ Jahre; Schlossermeister Julius Dettweiler, 57½ Jahre; Kaufmann Philipp Ulrich, 49 Jahre; Ingenieur Gottfried Benz, 64 Jahre; Lehrer i. R. Heinrich Seegmüller, 71 Jahre; Nikolaus Junk, 65 Jahre; Kaufmann Emil Rüping, 51 Jahre; Maler Robert Hopf, 47 Jahre; Franz Hertter, 53 Jahre; Joseph Stolz, 51 Jahre; Oberpostsekretär Fritz Henning, 46 Jahre; Peter Hubert Wolf, 38 Jahre; Fritz Scherschach, 17 Jahre; Ingenieur Martin Klingger; Johann Anell, 58 Jahre; Kaufmann Ludwig Kneip, 53 Jahre; Frau Maria Lukat, geb. Engelbert, 54 Jahre; Frau Witwe Friedrich Wilhelm Schneider, geb. Amalie Susanne Clau, 78 Jahre; Frau Johanna Schück, geb. Salzenberg, 85 Jahre; Frau Witwe Karl Kretschmeier, Lina, geb. Melchior, 58½ Jahre; Frau Witwe Peter Weigert, Wilhelmine, geb. Ebert; Frau Pauline Wildberger, geb. Schmidt, 57 Jahre; Fräulein Anna Schüler, 53 Jahre; Frau Luise Charlotte Bender, geb. Hertel, 57 Jahre; Eisenbahnschlosser Jakob Schäffler jun., 44 Jahre; Frau Witwe Hubert Coenen, Anna geb. Martin, 53 Jahre; Frau Anna Katharina Thieser, geb. Blaise, 23 Jahre; Hedwig Schuh, 24 Jahre. — **Bischmisheim:** Altkircher Christian Schmeer, 70 Jahre; Frau Maria Diener, geb. Semar, 53 Jahre. — **Gersweiler:** Witwe Jakob Meyer, Karoline, geb. Jungfleisch, 76 Jahre; Frau Dora Felten, geb. Grohmann. — **Ottenhausen:** Penf. Grubenschmied Peter Ddon, 66 Jahre. — **Kockershausen:** Matthias Helfen, 22 Jahre. — **Niegelsberg:** Frau Elisabeth Lamour, geb. Korker, 58½ Jahre. — **Jägersfreude:** Johann Mathieu, Mitkämpfer 1870/71, 75 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Witwe Joh. Alf. Wagner, Louise, geb. Heintz, 74 Jahre; Frau Gertrude Mida, geb. Weber, 53 Jahre. — **Elversberg:** Bergschüler Ludwig Herzog, 26 Jahre. — **Bildstock:** Frau Witwe Johann Kuttler, 60 Jahre. — **Neunkirchen:** Frau Rosa Müller, geb. Jung, 40 Jahre; penf. Maschinist Ludwig Ulrich, 88 Jahre; Wilhelmine Wagner, geb. Ulrich, 40 Jahre; Bergmann Peter Bruch, 74 Jahre; Luise Kaiser, 60½ Jahre; Theobald Müller, 70 Jahre; Oberlehrer im Ruhestand Jakob Mohr, 67 Jahre; Johann Randerath, 71 Jahre. — **Wiebskirch:** Bergmann Karl Blatt, 28 Jahre; Witwe Amalie Wolz, geb. Hopfstädter, 62½ Jahre. — **Wellerweiler:** Frau Wilhelmine Hollinger, geb. Schück, 22 Jahre. — **Ottweiler:** Adam Pauli, 56 Jahre; Frau Sofie Sid, geb. Seiler, 75 Jahre; Bergmann Wilhelm Weingardt, 86 Jahre; Zimmermann August Brasse, 53 Jahre; Frau Philippine Bettinger, geb. Hopf, 59 Jahre; Witwe Sophie Dietrich, geb. Sid, 68 Jahre; Kaufmann Ludwig Walkinger sen., 80 Jahre. — **Nalbach:** Oberlehrer Johann Kiefer, 51 Jahre. — **Schwalbach:** Frau Witwe Katharina Junker, geb. Friesenhan, 85 Jahre. — **Eisdorf:** Frau Anna Maria Schück, geb. Weiler, 70 Jahre. — **Kohrbach:** Werkmeister August Droste, 46 Jahre. — **Altbreitenfeldhof:** Frau Witwe Katharina Honeder, geb. Sutter, 74 Jahre. — **Bonls:** Frabrikbeamter a. D. Peter Blach, 49½ Jahre; Oberlehrer a. D. Peter Vogt. — **Bedingen:** Frau Witwe Gertrude Jenner, geb. Wagner, 82 Jahre. — **Beumarais:** Landwirt Peter Rupp Daville, 68 Jahre. — **Saarlouis:** Schuhmachermeister Wenzel Redwed, 70 Jahre. — **Besseringen:** Nikolaus Strupp, 67 Jahre. — **Kerlingen:** Stephan Schmitt, 81 Jahre. — **Holz-mühle:** Frau Joseph Scholly, Anna, geb. Barthel, 40 Jahre.

Vom „Bund der Saar-Vereine“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Der Bund Saarverein, Ortsgruppe Gladbach, hielt am Sonntag, den 13. Dezember d. J., nachmittags 5 Uhr, im Lokale „Schultenhof“ ihre Monatsversammlung ab. Der 1. Vorsitzende eröffnete um 5¼ Uhr die besuchte Versammlung mit einigen Worten wärmster Begrüßung und drückte sein Bedauern aus über den schlechten Besuch, welcher kennzeichnen würde, wie wenig Verständnis und Interesse man noch der guten Sache entgegenbringe. Sein Appell ging an alle Anwesenden und über den Rahmen der Versammlung hinaus, doch mehr wie bisher sich der bedeutungsvollen Aufgabe zu widmen, durch vollständiges Erscheinen in den Versammlungen, um mitwirken zu können, an dem Aufbau unseres geistigen Zieles. Man schritt dann zur Tagesordnung über, indem der 1. Vorsitzende einen längeren Bericht entfaltete über die Tätigkeit der Ortsgruppe und den Geschäftsgang mit der Hauptgeschäftsstelle in Berlin.

In seinem Bericht betonte er vor allem, das Bemühen des Bundes betreffs der Knappheitsangelegenheit unserer Mitglieder, daß es gelungen ist, Herrn Direktor Rarius für die Sache zu gewinnen, dem wir als Sachmann auf diesem Gebiete das größte Vertrauen entgegenbringen können und der das Bestmögliche, was in dieser Angelegenheit geschehen kann, herauszuholen wird. Dann führte der 1. Schriftführer in einem längeren Vortrag den Anwesenden ein anschauliches Bild über den Vertretertag in Herne, verbunden mit einer großen Saarlundgebung, vor Augen. In seinem Vortrag unterstrich er vor allen Dingen, das von den vertretenen Ortsgruppen Rheinland und Westfalen in Herne neu geschaffene Werk der „Arbeitsgemeinschaft“. Zum Schlusse gab er dem Wunsche Ausdruck, daß es der Ortsgruppe Gladbeck hoffentlich in allernächster Zeit gelingen möge, eine ähnliche große Kundgebung wie die in Herne veranstalten zu können zur Befreiung unserer zu Unrecht durch den Versailler Vertrag geknebelten deutschen Saarheimat. Zu Punkt Verschiedenes wurden noch manche Wünsche und Vorschläge aus dem Mitgliederkreise erledigt, u. a. wurde beschlossen, die Jahresversammlung am 24. Januar nächsten Jahres im Schultenhof abzuhalten. Um 8 Uhr schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung mit einem saardeutschen Gruß. Es ging dann zum gemütlichen Teil über, der die Saarländer noch einige humorvolle Stunden bei Lied und Scherz ergötzte.

§ Saarverein Düsseldorf. Nach dem Abbrüden der Franzosen aus Düsseldorf im August vorigen Jahres kamen einige Mitglieder des früheren Saarvereins zusammen und beschlossen, den bereits im Jahre 1920 gegründeten Verein erneut in's Leben zu rufen; die erste Mitgliederversammlung fand am 8. Oktober statt. In dieser Versammlung wurde ein Ausschuss zur Erledigung der erforderlichen Vorarbeit gewählt und die nächste Sitzung auf den 22. Oktober im Hotel-Restaurant Weidenhof anberaumt. Herr Dr. Rill, der in dieser Versammlung bei der Wahl des Vorstandes zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde, erregte mit seinen Ausführungen über Zweck und Ziel des Vereins das lebhafteste Interesse der Anwesenden. Im Verlauf der Sitzung wurde auch das Vereinslokal bestimmt. Die Versammlung einigte sich auf das Restaurant „Schloßhof“, Ecke Hütten- und Scheurenstraße. Hier finden nun die Versammlungen am ersten Donnerstag eines jeden Monats statt, die bisher immer allen Anwesenden einen genussreichen Abend gebracht haben. Die letzte Versammlung am 3. Dezember hatte einen ganz besonders schönen Verlauf genommen. Nach der Besprechung und Regelung verschiedener interner Vereinsangelegenheiten wurden von einem Sänger und Klavierspieler verschiedene sehr schöne Lieder und Musikstücke den Anwesenden zu Gehör gebracht, und außerdem erregten einige sehr humorvolle Gedichte in der heimatischen Mundart, die von einem echten Saarbrüder Bub vorgetragen wurde, die Heiterkeit der Zuhörer. Auch für die kommende Versammlung am 7. Januar haben schon einige Mitglieder ihre Mitwirkung, den Abend zu einem äußerst gemütlichen zu gestalten, zugesagt, und es würde mit sehr großer Freude begrüßt, wenn wir recht viele Landsleute und Freunde unserer Sache bei der nächsten Zusammenkunft in unserer Mitte sehen dürften. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß in der Tagung am 7. Januar ein altelugesessener Saarländer uns mit seinem Besuche erfreuen und uns eingehend die Verhältnisse unserer Heimat schildern wird.

□ Saarverein Dortmund. Die letzte Monatsversammlung fand am 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in unserem Vereinslokal Berg-Hoff am Körner Platz, statt. Unser 1. Vorsitzender, Herr Oberberggrat Dr. Weise, war leider durch eine längere Geschäftsreise verhindert, die Versammlung zu leiten. Für ihn sprang der 2. Vorsitzende, Herr Oberingenieur Ost, ein. Landsmann Ost eröffnete die Versammlung mit einem Rückblick auf den Locarnovertrag, der für unsere Saarheimat von Wichtigkeit ist. Mit Genugtuung konnte die Versammlung den Worten des Versammlungsleiters entnehmen, daß bei der Besprechung des Locarnovertrages im Saarbrücker Landerrat sämtliche Abgeordnete, von Röbling bis Reinhardt, sich auf den Boden der deutschen Regierung gestellt hätten. Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung gab der Versammlungsleiter einen kurzen Bericht über die Delegierten-tagung in Herne und die daran sich anschließende großartige zu Herzen gehende Kundgebung des Saarvereins Herne. Besonders wies der Versammlungsleiter darauf hin, daß für den Bezug des „Saarfreund“ mehr Propaganda aufgewendet werden müßte wie bisher, da eine weitere Verbreitung des „Saarfreund“ in allen Volkskreisen, die Arbeit unseres Bundes und der Bezirksvereine wesentlich unterstützen könne. Ferner machte die Erhöhung der Abonnentenzahl den „Saarfreund“ auch leistungsfähiger. Von der gelegentlich der Herner Delegiertentagung von unserem Verwaltungs-Direktor Vogel in Aussicht gestellten illustrierten Weihnachts-Kr. des „Saarfreund“ nahm die Versammlung hochfreut Kenntnis. Die Ausführungen wurden durch Landsmann Berckel noch ergänzt. Im Anschluß daran machte Landsmann Stuh Vorschläge über Hebung der Geselligkeit unter den jüngeren Landsleuten. Die Angelegenheit soll in einer demnächst stattfindenden Vorstandssitzung,

zu der Herr Stuh eingeladen werden soll, besprochen werden. Der Versammlungsleiter sprach darauf die von unserem Landsmann Dr. Giersberg herausgegebene Druckschrift „Die Saarlüge“. Landsmann Risch machte im Verfolg der Besprechung der Druckschrift „Saarlüge“ interessante Mitteilungen über eine im Jahre 1919 in Metz stattgefundene Versammlung, zu der die damals in Elsass-Lothringen wohnenden Saarländer eingeladen worden waren. Bei dieser Zusammenkunft wurde die aus 4000 Teilnehmern bestehende Versammlung mit einem Guldigungstelegramm an Poincaré, in dem die anwesenden 4000 Saarländer um Befreiung vom Preußenjoch baten, überrascht. Ein Protest war angesichts der Anwesenheit von französischen Militärs und vielen höheren französischen Offizieren der Garnison Metz ausgeschlossen. Landsmann Risch suchte in den 4000 Teilnehmern der Versammlung einen Teil der 150 000 Saarfranzosen, von denen in der Druckschrift „Saarlüge“ die Rede ist. Aus der Versammlung heraus wird noch der Vorschlag gemacht, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten. Da dieselbe vor Weihnachten nicht mehr stattfinden kann, soll die Feier auf den nächsten Versammlungstermin, den 2. Sonntag im Januar, verlegt werden. Schluß der Versammlung gegen 9 Uhr.

Saar- und Pfalz-Verein Erfurt, Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine. Unser Verein hielt am 3. Dezember seine monatliche Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende, Ingenieur Rieger, mit, daß der Senior des Vereins, Eisenbahn-Ingenieur a. D. Gustav Jacobs, kurz nach Vollendung seines 66. Lebensjahre, entschlafen sei. In warmen Worten gedachte er dieses trefflichen, allseits beliebten Mannes, der es verstanden hat, durch sein Wesen und seinen unverwundlichen Humor, die Herzen aller, die mit ihm in Berührung kamen, zu erobern. Allzufrüh hat er uns verlassen. Der Vorsitzende ermahnte, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten und uns noch oft der frohen Stunden erinnern, die er uns bereitet hat. Anschließend wurden die von einem Mitgliede entworfenen Vereinsjahrgänge durchberaten, die mit kleinen Änderungen angenommen wurden. Die nächste Versammlung, die zugleich Generalversammlung ist, findet am 7. Januar statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem „Neuwahl des Vorstandes“.

Bücherschau.

§ In Ketten vom Ruhrgebiet nach St. Martin de Ré von Gustav von Dettinger, Verlag Jul. Herbig, Essen, Ruhrstraße. In Leinen gebunden Preis 6,50 Mark. Ein Buch des Lebens aus der Zeit des passiven Widerstandes. — Der Verfasser schildert in ruhigem und sachlichem Ton, in einfacher und gerade dadurch den Leser von Anfang bis zum Ende packender Form seine und seiner Kameraden Erlebnisse in französischen Gefängnissen und Zuchthäusern des besetzten Gebiets und Frankreichs. Selbst die schwersten Mißhandlungen, die größten Entbehrungen und die gemeinsten Demütigungen, die man den politischen Gefangenen zufügte, weil — sie dem schwer darniederliegenden Vaterland die Treue hielten, haben nicht vermocht den Verfasser zu verbittern. Die schlichte Form der Schilderung der furchtbaren Erlebnisse zeigt deutlich, daß der Schreiber kein Sensationsbuch schreiben, sondern daß er durch das reine Tatsachenmaterial nur ein Dokument für alle Zeiten schaffen wollte, das in unserer heutigen, allzu schnellvergeßenden Zeit dem deutschen Volke und der ganzen Welt zeigen soll, was deutsche Männer um des Vaterlandes willen gelitten haben. Das Buch ist von dem Geist der selbstlosen Aufopferung für das Vaterland befeelt, ist von dem Vertrauen des Wiedererstarkens Deutschlands getragen und durch jede Zeile geht der aufrechte Stolz — trotz Versailles — ein Deutscher zu sein. Die zahlreichen Empfehlungen für das Buch aus allen Parteilagern zeugen für die Bewertung desselben auch durch politische Andersdenkende. — Die sehr geschmackvolle und gute Ausstattung mit 16 Kunstbeilagen gibt dem Buch ein würdiges Gewand.

Auflösung

des Rösselsprungs aus der vorigen Nummer.

Ob man uns viel verspricht, ob man uns grimmig droht,
Ob wir erliden müssen Unrecht, Schmach und Not,
Wir stehn als deutsche Brüder einig Hand in Hand,
Uns trennet kein Gebot, uns trennet nicht Gefahr.
Vertrau auf uns, wir schwören's teures Vaterland:
Deutsch bleibt die Saar!

Briefkasten.

6. — M. von G. in S. mit herzlichem Dank erhalten.
Von L. in S. 2 Mark 1. — mit bestem Dank erhalten.
Von B. in M. Mark 8,90 mit bestem Dank erhalten.

Schaft treffen nicht ganz ein Drittel, insgesamt gehören ihr 22 611 Personen an, gegenüber 16 800 Berg- und Hüttenarbeitern. Die Industrie der Steine und Erden hat 122 Betriebe mit 2000 Personen auf saarländischem Boden. Im Jahre 1913 hatten die saarpfälzischen Gruben St. Ingbert, Mittelbergbach und Frankenholtz über 804 000 Tonnen Kohle geliefert. Die Bahnstationen St. Ingbert, Homburg und Mittelbergbach gehörten vor dem Kriege zu jenen pfälzischen Eisenbahnstationen, welche die höchsten Transporteinnahmen hatten. Im letzten Friedensjahr wurden in der heutigen Saarpfalz 18 443 Stück Rindvieh, 17 180 Schweine, 10 064 Ziegen und 2984 Pferde gezählt.

(„Saarbrücker Zeitung“.)

Saarbrücken. Eine besondere Weihnachtsfreude bereitete die badische Regierung den saarländischen Studierenden der Technischen Hochschule zu Karlsruhe, indem sie einen Betrag von 1500 M. zur Verfügung gestellt hat, der dazu dienen soll, das Semesterhonorar zu bezahlen. Es wäre zu wünschen, daß auch andere Regierungen diesem Schritte folgten, der bei manchem saarländischen Vater, der einen Sohn an deutschen Hochschulen studieren läßt, angesichts des derzeitigen Frankenturses ein erleichtertes Aufatmen veranlassen wird. — Die Saar führte seit dem 25. Dezember Hochwasser. Von diesem Tage ab bis zum 31. hatte der Pegelstand die 6 Meter bereits überschritten. Dabei werden starke Wasserzuflüsse aus den Bergen von der oberen Saar und damit weiteres Steigen gemeldet. — Auf der Burbacher Hütt trugen sich innerhalb von 24 Stunden in der zweiten Dezemberwoche nicht weniger als 9 meist schwere Unfälle zu. Dabei verunglückten der 27 Jahre alte Arbeiter Schank tödlich, während zwei Walzer schwere Brandwunden erlitten. — Am 2. Dezember brach in dem mittleren Obergeschloß des Stallgebäudes der ehemaligen Kaserne Feuer aus, wodurch Millionen dichtgestapelter leerer Zigarettenkartons vernichtet wurden. Auch das Lager der Papyrus A.-G. wurde beschädigt.

Clarenthal-Krughütte. Ein schönes Weihnachtsgeschenk erhielt dieser Tage der Bergmann Barth aus der Petrusstraße. Brachte doch der Storch demselben Drillinge. Mutter und Kinder sind wohl und gesund.

Altenwald. Auf der hiesigen Koksanlage entstand ein gefährlicher Brand im großen Teerkessel. Die Feuerwehr konnte das Feuer ersticken, bevor es größere Ausdehnung angenommen hatte; trotzdem ist der Schaden ziemlich erheblich.

Dudweiler. Am Gegenortschaft brach morgens in einer Holzhütte, in der eine Haspelmaschine und die Kleider der Schachtzimmerhauer untergebracht sind, Feuer aus. Die Löschung gelang deshalb nicht, weil kein Feuerlöschgerät in Ordnung war.

Neuweiler. Ein Begräbnis, wie es unser Ort noch selten gesehen hat, bewegte sich am 20. Dezember durch unsere Straßen. Der älteste Bürger unseres Ortes, Kriegsveteran der Feldzüge von 1866 und 1870, Herr Franz Gierend, wurde unter großer Beteiligung zu Grabe getragen. Der Militärverein Sulzbach, dessen Mitglied er war, gab ihm das Ehrengelächte. Viele Angehörige bis zum Urenkel hatten sich eingefunden, um ihn auf seinem letzten Gang zu begleiten. Bis zu seinem 83. Lebensjahre bewahrte er eine seltene geistige und körperliche Frische. Als ehemaliger 40er machte er die Kämpfe um Saarbrücken am 2. und 6. August mit. Der später berühmte gewordene General und spätere Zentrumsabgeordnete Freiherr v. Steinäder war damals als Leutnant sein Zugführer.

Wallerfangen. Der so jäh aus dem Leben gerissene Direktor Peter Joseph Lengersdorff der hiesigen Steingutfabrik von Villeroy & Boch wurde unter großer Anteilnahme zu Grabe getragen. Welche bedeutende Rolle der Verstorbene in der keramischen Welt inne hatte, bewies der Umstand, daß ihre Vertreter von nah und fern herbeigeeilt waren, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Wer den Verstorbenen kannte, weiß, daß er vornehmlich unermüdlich tätig war in dem Bestreben, auch in schwierigen Zeiten die hiesige Steingutfabrik voll zu beschäftigen.

Mettlach. Der Bau eines neuen Zollgebäudes an der Landstraße von Reuchingen nach Weiten geht seinem Ende entgegen. In dem Gebäude werden einige Wohnungen und die Büroräume für die deutschen Zollbeamten eingerichtet. Die betreffende Stelle bildet die Hauptzollstraße zwischen dem Saargebiet und dem angrenzenden Kreise Saarburg.

Vom Höherberge. Das in letzter Zeit vielbesprochene Problem der Verkehrsverbesserung zwischen den Orten am Höherberge und den benachbarten Bahnstationen hat insofern Aussicht auf Verwirklichung, als staatliche Hilfe mit Sicherheit zu erwarten ist. Als Vertreter der interessierten Gemeinden am 16. Dezember mit der pfälzischen Kreisregierung darüber in Unterhandlung traten, ob nicht wie früher eine staatliche Autoverbindung von Waldbach durch die Orte am Höherberge nach Mittelbergbach eingerichtet werden könne, wurde diesen Herren in Speyer eröffnet, daß diesbezügliche Abmachungen mit der Saarregierung bereits seit geraumer im Gange und soweit gediehen seien, daß man mit Bestimmtheit zum 1. April des kommenden Jahres den Autobetrieb eröffnen zu können glaube.

St. Wendel. Der Eisenbahn pensionär Konrad Müller, Alleestraße 43 wohnhaft, konnte kürzlich bei verhältnismäßig guter Gesundheit im Kreise seiner Kinder, Enkel und Urenkel seinen 90. Geburtstag feiern.

Personalnachrichten.

Todesfälle:

Saarbrücken: Frau Witwe Philipp Creuxer, Elise, geb. Stord; penf. Eisenbahnschlosser Ludwig Frank, 68 Jahre; Mehrgemeister Julius Gehenn, 55 Jahre; staatl. Bauwerkmeister Adolf Sawahy, 47½ Jahre; Schlossermeister Julius Dettweiler, 57½ Jahre; Kaufmann Philipp Ulrich, 49 Jahre; Ingenieur Gottfried Benk, 64 Jahre; Lehrer i. R. Heinrich Seegmüller, 71 Jahre; Nikolaus Junt, 65 Jahre; Kaufmann Emil Rüping, 51 Jahre; Maler Robert Hopf, 47 Jahre; Franz Hertter, 53 Jahre; Joseph Stolz, 51 Jahre; Oberpostsekretär Fritz Hennig, 46 Jahre; Peter Hubert Wolf, 38 Jahre; Fritz Hersbach, 17 Jahre; Ingenieur Martin Klingger; Johann Anell, 58 Jahre; Kaufmann Ludwig Kneip, 53 Jahre; Frau Maria Lufat, geb. Engelbert, 54 Jahre; Frau Witwe Friedrich Wilhelm Schneider, geb. Amalie Susanne Clau, 78 Jahre; Frau Johanna Schüh, geb. Salzenberg, 85 Jahre; Frau Witwe Karl Kreischmeier, Lina, geb. Melchior, 58½ Jahre; Frau Witwe Peter Weigert, geb. Schmidt, 57 Jahre; Fräulein Anna Schüller, 53 Jahre; Frau Luise Charlotte Bender, geb. Hertel, 57 Jahre; Eisenbahnschlosser Jakob Schäßler jun., 44 Jahre; Frau Witwe Hubert Coenen, Anna geb. Martin, 53 Jahre; Frau Anna Katharina Thieser, geb. Blaise, 23 Jahre; Hedwig Schuh, 24 Jahre. — **Wismarheim:** Altführer Christian Schmeer, 70 Jahre; Frau Maria Diener, geb. Semar, 53 Jahre. — **Gersweiler:** Witwe Jakob Meyer, Karoline, geb. Jungfleisch, 76 Jahre; Frau Dora Felten, geb. Grohmann. — **Ottenshausen:** Penf. Grubenschmied Peter Odon, 66 Jahre. — **Kodershausen:** Matthias Helsen, 22 Jahre. — **Niegelsberg:** Frau Elisabeth Lamour, geb. Korfster, 58½ Jahre. — **Jägersfreude:** Johann Mathieu, Mitkämpfer 1870/71, 75 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Witwe Joh. Alf. Wagner, Louise, geb. Heint, 74 Jahre; Frau Gertrude Mida, geb. Weber, 53 Jahre. — **Elversberg:** Bergschüler Ludwig Herzog, 26 Jahre. — **Bildstock:** Frau Witwe Johann Kuttler, 60 Jahre. — **Neunkirchen:** Frau Rosa Müller, geb. Jung, 40 Jahre; penf. Maschinist Ludwig Ulrich, 88 Jahre; Wilhelmine Wagner, geb. Ulrich, 40 Jahre; Bergmann Peter Bruch, 74 Jahre; Luise Kaiser, 60½ Jahre; Theobald Müller, 70 Jahre; Oberlehrer im Ruhestand Jakob Mohr, 67 Jahre; Johann Randerath, 71 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Bergmann Karl Blatt, 28 Jahre; Witwe Amalie Bolz, geb. Hopptädter, 62½ Jahre. — **Wellerweiler:** Frau Wilhelmine Hollinger, geb. Schüh, 22 Jahre. — **Ottweiler:** Adam Pauli, 56 Jahre; Frau Sofie Sid, geb. Seiler, 75 Jahre; Bergmann Wilhelm Weingardt, 86 Jahre; Zimmermann August Brasse, 53 Jahre; Frau Philippine Bettinger, geb. Hopf, 59 Jahre; Witwe Sophie Dietrich, geb. Sid, 68 Jahre; Kaufmann Ludwig Walzinger sen., 80 Jahre. — **Nalbach:** Oberlehrer Johann Kiefer, 51 Jahre. — **Schwalbach:** Frau Witwe Katharina Junker, geb. Friesenhan, 85 Jahre. — **Ersdorf:** Frau Anna Maria Schüh, geb. Weiler, 70 Jahre. — **Kohrbach:** Werkmeister August Droste, 46 Jahre. — **Altbreitenfeldhof:** Frau Witwe Katharina Honecker, geb. Sutter, 74 Jahre. — **Bouis:** Fabrikbeamter a. D. Peter Blah, 49½ Jahre; Oberlehrer a. D. Peter Bogt. — **Reckingen:** Frau Witwe Gertrude Jenner, geb. Wagner, 82 Jahre. — **Beaumarais:** Landwirt Peter Rupp-Laville, 68 Jahre. — **Saarlouis:** Schuhmachermeister Wenzel Redwed, 70 Jahre. — **Besseringen:** Nikolaus Strupp, 67 Jahre. — **Kerlingen:** Stephan Schmitt, 81 Jahre. — **Holz-mühle:** Frau Joseph Scholly, Anna, geb. Barthel, 40 Jahre.

Vom „Bund der Saar-Vereine“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

□ Der Bund Saarverein, Ortsgruppe Gladbach, hielt am Sonntag, den 13. Dezember d. J., nachmittags 5 Uhr, im Lokale „Schultenhof“ ihre Monatsversammlung ab. Der 1. Vorsitzende eröffnete um 5¼ Uhr die besuchte Versammlung mit einigen Worten wärmster Begrüßung und drückte sein Bedauern aus über den schlechten Besuch, welcher kennzeichnen würde, wie wenig Verständnis und Interesse man noch der guten Sache entgegenbringe. Sein Appell ging an alle Anwesenden und über den Rahmen der Versammlung hinaus, doch mehr wie bisher sich der bedeutungsvollen Aufgabe zu widmen, durch vollzähliges Erscheinen in den Versammlungen, um mitwirken zu können, an dem Aufbau unseres geistlichen Zieles. Man schritt dann zur Tagesordnung über, indem der 1. Vorsitzende einen längeren Bericht entfaltete über die Tätigkeit der Ortsgruppe und den Geschäftsgang mit der Hauptgeschäftsstelle in Berlin.

In seinem Bericht betonte er vor allem, das Bemühen des Bundes betreffs der Knappschaffsangelegenheit unserer Mitglieder, daß es gelungen ist, Herrn Direktor Rarius für die Sache zu gewinnen, dem wir als Sachmann auf diesem Gebiete das größte Vertrauen entgegenbringen können und der das Bestmögliche, was in dieser Angelegenheit geschehen kann, herauszuholen wird. Dann führte der 1. Schriftführer in einem längeren Vortrag den Anwesenden ein anschauliches Bild über den Vertikertag in Herne, verbunden mit einer großen Saarlundgebung, vor Augen. In seinem Vortrag unterstrich er vor allen Dingen, das von den vertretenen Ortsgruppen Rheinland und Westfalen in Herne neu geschaffene Werk der „Arbeitsgemeinschaft“. Zum Schluß gab er dem Wunsche Ausdruck, daß es der Ortsgruppe Gladbeck hoffentlich in allernächster Zeit gelingen möge, eine ähnliche große Rundgebung wie die in Herne veranstaltete zu können zur Befreiung unserer zu Unrecht durch den Versailler Vertrag geknebelten deutschen Saarheimat. Zu Punkt Verschiedenes wurden noch manche Wünsche und Vorschläge aus dem Mitgliederkreise erledigt, u. a. wurde beschlossen, die Jahresversammlung am 24. Januar nächsten Jahres im Schützenhof abzuhalten. Um 8 Uhr schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung mit einem saar-deutschen Gruß. Es ging dann zum gemütlichen Teil über, der die Saarländer noch einige humorvolle Stunden bei Lied und Scherz ergöhte.

§ **Saarverein Düsseldorf.** Nach dem Abrücken der Franzosen aus Düsseldorf im August vorigen Jahres kamen einige Mitglieder des früheren Saarvereins zusammen und beschlossen, den bereits im Jahre 1920 gegründeten Verein erneut in's Leben zu rufen; die erste Mitgliederversammlung fand am 8. Oktober statt. In dieser Versammlung wurde ein Ausschuß zur Erledigung der erforderlichen Vorarbeit gewählt und die nächste Sitzung auf den 22. Oktober im Hotel-Restaurant Weidenhof anberaumt. Herr Dr. Kill, der in dieser Versammlung bei der Wahl des Vorstandes zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde, erregte mit seinen Ausführungen über Zweck und Ziel des Vereins das lebhafteste Interesse der Anwesenden. Im Verlauf der Sitzung wurde auch das Vereinslokal bestimmt. Die Versammlung einigte sich auf das Restaurant „Schloßhof“, Ede Hütten- und Scheurenstraße. Hier finden nun die Versammlungen am ersten Donnerstag eines jeden Monats statt, die bisher immer allen Anwesenden einen genussreichen Abend gebracht haben. Die letzte Versammlung am 3. Dezember hatte einen ganz besonders schönen Verlauf genommen. Nach der Besprechung und Regelung verschiedener interner Vereinsangelegenheiten wurden von einem Sänger und Klavierpieler verschiedene sehr schöne Lieder und Musikstücke den Anwesenden zu Gehör gebracht, und außerdem erregten einige sehr humorvolle Gedichte in der heimatischen Mundart, die von einem echten Saarbrücker Bub vorgetragen wurde, die Heiterkeit der Zuhörer. Auch für die kommende Versammlung am 7. Januar haben schon einige Mitglieder ihre Mitwirkung, den Abend zu einem äußerst gemütlichen zu gestalten, zugesagt, und es würde mit sehr großer Freude begrüßt, wenn wir recht viele Landsleute und Freunde unserer Sache bei der nächsten Zusammenkunft in unserer Mitte sehen dürften. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß in der Tagung am 7. Januar ein alteingesessener Saarländer uns mit seinem Besuche erfreuen und uns eingehend die Verhältnisse unserer Heimat schildern wird.

□ **Saarverein Dortmund.** Die letzte Monatsversammlung fand am 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in unserem Vereinslokal Berghoff am Körner Platz, statt. Unser 1. Vorsitzender, Herr Oberberggrat Dr. Weise, war leider durch eine längere Geschäftsreise verhindert, die Versammlung zu leiten. Für ihn sprang der 2. Vorsitzende, Herr Oberingenieur Ost, ein. Landsmann Ost eröffnete die Versammlung mit einem Rückblick auf den Locarnovertrag, der für unsere Saarheimat von Wichtigkeit ist. Mit Genugtuung konnte die Versammlung den Worten des Versammlungsleiters entnehmen, daß bei der Besprechung des Locarnovertrages im Saarbrücker Landesrat sämtliche Abgeordnete, von Röckling bis Reinhardt, sich auf den Boden der deutschen Regierung gestellt hätten. Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung gab der Versammlungsleiter einen kurzen Bericht über die Delegierten-tagung in Herne und die daran sich anschließende großartige zu Herzen gehende Rundgebung des Saarvereins Herne. Besonders wies der Versammlungsleiter darauf hin, daß für den Bezug des „Saarfreund“ mehr Propaganda aufgewendet werden müßte wie bisher, da eine weitere Verbreitung des „Saarfreund“ in allen Volkskreisen, die Arbeit unseres Bundes und der Bezirksvereine wesentlich unterstützen könne. Ferner machte die Erhöhung der Abonnentenzahl den „Saarfreund“ auch leistungsfähiger. Von der gelegentlich der Hermer Delegiertentagung von unserem Verwaltungs-Direktor Vogel in Aussicht gestellten illustrierten Weihnachts-Nr. des „Saarfreund“ nahm die Versammlung hochfreut Kenntnis. Die Ausführungen wurden durch Landsmann Berkessel noch ergänzt. Im Anschluß daran machte Landsmann Stuh Vorschläge über Hebung der Geselligkeit unter den jüngeren Landsleuten. Die Angelegenheit soll in einer demnächst stattfindenden Vorstandssitzung,

zu der Herr Stuh eingeladen werden soll, besprochen werden. Der Versammlungsleiter besprach darauf die von unserem Landsmann Dr. Giersberg herausgegebene Druckschrift „Die Saarlüge“. Landsmann Kirsch machte im Verfolg der Besprechung der Druckschrift „Saarlüge“ interessante Mitteilungen über eine im Jahre 1919 in Meh Rattgefundene Versammlung, zu der die damals in Elßah-Rothringen wohnenden Saarländer eingeladen worden waren. Bei dieser Zusammenkunft wurde die aus 4000 Teilnehmern bestehende Versammlung mit einem Guldigungsstelegramm an Poincaré, in dem die anwesenden 4000 Saarländer um Befreiung vom Preußenjoch baten, überrascht. Ein Protest war angesichts der Anwesenheit von französischem Militär und vielen höheren französischen Offizieren der Garnison Meh ausgeschlossen. Landsmann Kirsch suchte in den 4000 Teilnehmern der Versammlung einen Teil der 150 000 Saarfranzosen, von denen in der Druckschrift „Saarlüge“ die Rede ist. Aus der Versammlung heraus wird noch der Vorschlag gemacht, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten. Da dieselbe vor Weihnachten nicht mehr stattfinden kann, soll die Feier auf den nächsten Versammlungstermin, den 2. Sonntag im Januar, verlegt werden. Schluß der Versammlung gegen 9 Uhr.

Saar- und Pfalz-Verein Erfurt, Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine. Unser Verein hielt am 3. Dezember seine monatliche Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende, Ingenieur Rieger, mit, daß der Senior des Vereins, Eisenbahn-Ingenieur a. D. Gustav Jacobs, kurz nach Vollendung seines 65. Lebensjahre, entschlafen sei. In warmen Worten gedachte er dieses trefflichen, allseits beliebten Mannes, der es verstanden hat, durch sein Wesen und seinen unverwundlichen Humor, die Herzen aller, die mit ihm in Berührung kamen, zu erobern. Aufzählung hat er uns verlassen. Der Vorsitzende ermahnte, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten und uns noch oft der frohen Stunden erinnern, die er uns bereitet hat. Anschließend wurden die von einem Mitgliede entworfenen Vereinsjahrbücher durchgelesen, die mit kleinen Abänderungen angenommen wurden. Die nächste Versammlung, die zugleich Generalversammlung ist, findet am 7. Januar statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem „Neuwahl des Vorstandes“.

Bücherschau.

§ In Ketten vom Ruhrgebiet nach St. Martin de Ré von Gustav von Dettinger, Verlag Jul. Herdt, Essen, Ruhrstraße. In Leinen gebunden Preis 6,50 Mark. Ein Buch des Erlebens aus der Zeit des passiven Widerstandes. — Der Verfasser schildert in ruhigem und sachlichem Ton, in einfacher und gerade dadurch den Leser von Anfang bis zum Ende fassender Form seine und seiner Kameraden Erlebnisse in französischen Gefängnissen und Zuchthäusern des besetzten Gebiets und Frankreichs. Selbst die schwersten Mißhandlungen, die größten Entbehrungen und die gemeinsten Demütigungen, die man den politischen Gefangenen zufügte, weil — sie dem schwer darniederliegenden Vaterland die Treue hielten, haben nicht vermocht den Verfasser zu verbittern. Die schlichte Form der Schilderung der furchtbaren Erlebnisse zeigt deutlich, daß der Schreiber kein Sensationsbuch schreiben, sondern daß er durch das reine Tatsachenmaterial nur ein Dokument für alle Zeiten schaffen wollte, das in unserer heutigen, allzu schnellvergeßenden Zeit dem deutschen Volke und der ganzen Welt zeigen soll, was deutsche Männer um des Vaterlandes willen gelitten haben. Das Buch ist von dem Geist der selbstlosen Aufopferung für das Vaterland befeelt, ist von dem Vertrauen des Wiedererwartens Deutschlands getragen und durch jede Zeile geht der aufrechte Stolz — trotz Versailles — ein Deutscher zu sein. Die zahlreichen Empfehlungen für das Buch aus allen Parteilagern zeugen für die Bewertung desselben auch durch politische Andersdenkende. — Die sehr geschmackvolle und gute Ausstattung mit 16 Kunstbeilagen gibt dem Buch ein würdiges Gewand.

Auflösung

des Räusselungs aus der vorigen Nummer.

Ob man uns viel verspricht, ob man uns grimmig droht,
Ob wir erliden müssen Unrecht, Schmach und Not,
Wir stehn als deutsche Brüder einig Hand in Hand,
Uns trennet kein Gebot, uns trennet nicht Gefahr,
Vertrau auf uns, wir schwören's teures Vaterland:
Deutsch bleibt die Saar!

Briefkasten.

6. — Ml. von G. in H. mit herzlichem Dank erhalten.
Von L. in S. 2 Mark 1. — mit bestem Dank erhalten.
Von B. in M. Mark 8,90 mit bestem Dank erhalten.

Das Blatt aller Rheinländer!



Halbmonatsschrift für den deutschen Westen
Verlag „Rheinischer Beobachter“, Berlin SW 11, Königsgräber Straße 94
Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

Frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit fesselndem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kraftvoll die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefte nur 50 Pfg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großbeeren-Strasse 17.

Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund der Saarvereine wissen muß

sagt das von der
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin
herausgegebene

Merkblatt mit Bildern und Karte des Saargebiets.



Die Sache des Bundes der Saarvereine muß Sache des ganzen deutschen Volkes werden, jeder gute Deutsche, besonders aber jeder, der im Saargebiet geboren ist oder im Saargebiet gelebt hat, soll und muß Mitglied des Bundes der Saarvereine oder seiner Ortsgruppen werden. — Mitgliedsanmeldungen für den Bund der Saarvereine sind zu richten an die:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Fernspr.: Lützow 3249 Königsgräber Straße 94 Fernspr.: Lützow 7249

Der Saarkalender für 1926

ist ein Gedent- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeitfakeln, saarländische Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge guter Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von dauerndem Wert für Kinder und Kindeskind. Der Preis dieses ausgezeichneten Werkes beträgt 2,00 RM. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923, 1924 und 1925 des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königsgräber Straße 94 II.

Die illustrierte Monatschrift:

Elsas-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst
(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsas-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: „... eine Zeitschrift, die ein ausdrucksvolles Anzeichen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbegrenzten Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen.“ — „Germania“, Berlin: „... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden darf, in der richtigen Weise angepackt.“ — „Unabhängige Nationalkorrespondenz“, Politisch und kulturpolitisch interessiert sei die Lektüre dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen. Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut.“ — „Preussische Jahrbücher“: „Die Monatschrift verleiht die Stammesinteressen dieses ferndeutschen Landes in scharfer Verteidigung und gewandtem Angriff.“ — „unwahre Tendenzen abhold große Sachlichkeit.“ — „Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute elsässische Geistesart zum Wort kommen zu lassen.“ — „Schwäbische Volkspresse“ (Temesvár, Rumänien): „musterhaft geleitete Hefte.“ — „Sowohl die politischen Aufsätze wie das übrige der Hefte ausgezeichnet.“

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken. übriges Ausland 2 amerik. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postkassentonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW 7 Nr. 109799.

Leset und verbreitet die von der Geschäftsstelle
„Saar-Verein“ herausgegebene Halbmonatsschrift

„Der Saar-Freund“

Der „Saar-Freund“ ist der treueste und zuverlässigste Berichterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen und dem Mutterlande und das Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“ mit allen wichtigen Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet.

Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung heraus kennen und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch in engster Verbindung stehen.

Bestellungen auf die Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ nimmt jede Postanstalt entgegen. Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Opf.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund“ sind zu richten an:
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königsgräber Straße 94.

Vertriebene aus Elsaß - Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

„Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsas-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von
70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“,
Freiburg i. B., Röderstr. 12.